

Ergebnisbericht

# Sachsen-Monitor 2021/22

Für die Sächsische Staatskanzlei



Ansprechpartner:

Simon Schlinkert | Dr. Susanne Klaus | Michael Mertes | Max Voss | Reinhard Schlinkert |  
Stefan Krüger | Dr. Robert Mühle

dimap – das Institut für Markt- und Politikforschung GmbH  
Konstantinstraße 42  
53179 Bonn

Telefon: +49 228 329693

E-Mail: [bonn@dimap.de](mailto:bonn@dimap.de)



## Inhaltsverzeichnis

1 Vorbemerkungen.....	6
1.1 Das neue politisch-gesellschaftliche Umfeld.....	6
1.2 Erhebungszeitraum, Erhebungsgebiete, Fallzahlen .....	7
1.2.1 Erhebungszeitraum.....	7
1.2.2 Erhebungsgebiete .....	7
1.2.3 Fallzahlen.....	8
1.3 Face-to-Face-Befragungen unter Corona-Bedingungen.....	8
1.4 Redaktionelle Hinweise .....	9
2 Ergebnisse.....	9
2.1 Zukunftserwartungen.....	9
2.1.1 Bewertung der wirtschaftlichen Lage.....	10
2.1.2 Zukünftige Entwicklung (Zukunftserwartungen).....	11
2.2 Leben in Sachsen / Deutsche Einheit.....	13
2.3 Gerechtigkeit und sozialer Aufstieg / Bewertung der persönl. Lebensumstände.....	17
2.3.1 Gerechtigkeit.....	17
2.3.2 Soziale Unterschiede.....	20
2.3.3 Subjektive Schichtzugehörigkeit.....	21
2.3.4 Bewertung der sozialen Mobilität.....	23
2.3.5 Bewertung der persönlichen Lebensumstände.....	25
2.4 Politisches Interesse / Politische Partizipation.....	30
2.5 Zufriedenheit mit der Demokratie/Institutionenvertrauen .....	39
2.5.1 Bewertung der Demokratie.....	39
2.5.2 Wichtige und erfüllbare Erwartungen an die Demokratie.....	40
2.6 Schutz der demokratischen Ordnung / Messung von Ressentiments und von Toleranz.....	44
2.7 Mediennutzung und Medienvertrauen.....	47
2.8 Zusatzteil: Klimaschutz und gesellschaftlich-sozialer Zusammenhalt.....	50
2.9 Fazit .....	54
3 Methodenbericht.....	57



## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1- Zukunftsperspektiven.....	9
Abbildung 2 - Bewertung der wirtschaftlichen Lage.....	10
Abbildung 3 - Zukunftserwartungen.....	13
Abbildung 4 - Entwicklung Sachsens nach der Wiedervereinigung.....	14
Abbildung 5 - Gespräche über die Erfahrungen nach der Wiedervereinigung.....	15
Abbildung 6 - Leben in Ostdeutschland.....	16
Abbildung 7 – Gerechtigkeit in Deutschland I.....	17
Abbildung 8 - Gerechtigkeit in Deutschland II.....	18
Abbildung 9 – Gerechter Anteil I.....	19
Abbildung 10 – Gerechter Anteil II.....	19
Abbildung 11 – Soziale Unterschiede in Deutschland.....	21
Abbildung 12- Subjektive Schichtzugehörigkeit I.....	22
Abbildung 13- Subjektive Schichtzugehörigkeit II.....	22
Abbildung 14 – Chance auf sozialen Aufstieg.....	23
Abbildung 15 – Persönliche Chancen für sozialen Aufstieg.....	24
Abbildung 16 – Chancen der Kinder für sozialen Aufstieg.....	24
Abbildung 17 – Soziales Vertrauen.....	25
Abbildung 18 – Zufriedenheit mit den persönlichen Lebensumständen.....	27
Abbildung 19 – Wichtigste Probleme in Sachsen.....	28
Abbildung 20 - Chancen in Sachsen.....	28
Abbildung 21 - Zukunftssorgen.....	29
Abbildung 22 - Parteipräferenz.....	30
Abbildung 23 - Politikinteresse.....	31
Abbildung 24 - Meinungen.....	32
Abbildung 25 – Politische Einflussnahme I.....	34
Abbildung 26 - Politische Einflussnahme II.....	34
Abbildung 27 - Bürgerbeteiligung.....	37
Abbildung 28 – Direkte Demokratie.....	38
Abbildung 29 – Zufriedenheit mit der Demokratie.....	40
Abbildung 30 - Demokratiekriterien.....	41



Abbildung 31 – Vertrauen in Institutionen I.....	42
Abbildung 32 - Vertrauen in Institutionen II.....	42
Abbildung 33 – Aussagen I.....	43
Abbildung 34 - Aussagen II.....	44
Abbildung 35 – Schutz der demokratischen Ordnung.....	45
Abbildung 36 – Indikatoren für Ressentiments gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen .....	47
Abbildung 37 – Glaubwürdigkeit der Medien I.....	48
Abbildung 38 - Glaubwürdigkeit der Medien II.....	49
Abbildung 39 – Hauptinformationsquellen zum politischen Geschehen.....	49
Abbildung 40 – Berücksichtigung der Personengruppen beim Klimaschutz.....	51
Abbildung 41 – Akteure für den Klimaschutz.....	52
Abbildung 42 – Meinungen zum Klimaschutz I.....	53
Abbildung 43 - Meinungen zum Klimaschutz II.....	53
Abbildung 44 – Aussagen zum Klimaschutz.....	54



## 1 Vorbemerkungen

dimap wurde nach den Jahren 2016 bis 2018 auch 2021 von der Sächsischen Staatskanzlei mit der Durchführung einer repräsentativen Face-to-face-Befragung mittels CAPI (Computer-Assisted Personal Interviews) im Rahmen einer wiederkehrenden Befragung über Einstellungen und Meinungen der sächsischen Bevölkerung beauftragt.

Begleitet wird die Studie von einem mehrköpfigen Beirat, der sich aus Vertretern der Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammensetzt.

### 1.1 Das neue politisch-gesellschaftliche Umfeld

Bisher wurde der Sachsen-Monitor jährlich erstellt, zuletzt 2018. Diesen Rhythmus hat jetzt eine Pause von vier Jahren unterbrochen. Verschiedene Umstände haben dazu beigetragen – nicht zuletzt die Tatsache, dass ab Frühjahr 2020, nach der Wahl zum 7. Sächsischen Landtag 2019, Face-to-face-Befragungen durch die Corona-Pandemie zunächst unmöglich gemacht und später erheblich erschwert wurden.

Der Sachsen-Monitor 2022 erscheint jetzt in einem stark veränderten politisch-gesellschaftlichen Umfeld. Die Befragungen erfolgten nach dem Machtwechsel im Bund von der „Großen“ zur „Ampel“-Koalition im Dezember 2021 und weitestgehend vor dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Februar 2022. Zwischen dem 24. Februar (Kriegsbeginn) und dem 14. März 2022 (letzte Befragungen) fanden 321 von insgesamt 2013 Interviews statt, also gut 15 Prozent aller Befragungen.<sup>1</sup> Angesichts dieser vergleichsweise geringen Zahl dürften Verzerrungen des Gesamtbildes – vor allem im Hinblick auf Zukunftserwartungen – kaum messbar sein. Für diese Feststellung spricht auch, dass gegen Ende der Befragungen die Debatte über Waffenlieferungen an die Ukraine noch in ihren Anfängen stand, während die Debatte über den enormen Anstieg der Energiekosten schon seit Ende 2021 geführt worden war.

Zwei politisch höchst relevante Entwicklungen haben Veränderungen am Fragebogen von 2018 notwendig gemacht: die neue Qualität und Intensität der Debatte über den Klimaschutz und die Corona-Pandemie.

Mit dem neuen Thema „Klimaschutz und gesellschaftlicher-sozialer Zusammenhalt“ befasst sich das Kapitel 2.8 des vorliegenden Sachsen-Monitors. Dieses Kapitel erlangt zusätzliche Aktualität dadurch, dass die Preise für fossile Energieträger infolge des Ukraine-Krieges erheblich gestiegen sind, so dass sich auch die Fragen des gesellschaftlichen-sozialen Zusammenhalts mit neuer Dringlichkeit stellen.

Die Auswirkungen der Pandemie auf das Meinungsklima wurden nicht in einem eigenen Kapitel untersucht; sie lassen sich durch die bisherigen Fragen nach dem Vertrauen der sächsischen Bevölkerung in demokratische Institutionen und Entscheidungsprozesse erfassen. Allerdings sind mit dem Kapitel 2.7 „Mediennutzung und Medienvertrauen“ neue Fragen hinzugekommen, die sich auf das Vertrauen der Bevölkerung in die Medien beziehen – ein Thema von bleibender Dringlichkeit angesichts neuer Formen von Desinformation und inflationärer „Fake News“-Vorwürfe.

<sup>1</sup> Diese 321 Fälle verteilen sich unterschiedlich auf die fünf Regionen: Region 1 = Vogtland/Zwickau: 97; Region 2 = Chemnitz/Erzgebirge: 48; Region 3 = Leipzig/Nordsachsen: 55; Region 4 = Dresden/Sächsische Schweiz: 10; Region 5 = Oberlausitz: 111.



Auch der Sachsen-Monitor 2022 untersucht die Zufriedenheit mit den Lebensumständen im Freistaat Sachsen und die Zukunftserwartungen der Menschen in Sachsen. Sodann steht die subjektive Bewertung der Folgen der Wiedervereinigung im Fokus der Erhebung (Kapitel 2.2); sie ist diesmal deshalb von besonderem Interesse, weil zwischenzeitlich – am 3. Oktober 2020 – der 30. Jahrestag der deutschen Einheit begangen wurde und neue Debatten über Erfolge und Misserfolge auf dem Weg zur inneren Einheit auslöste.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die soziale Lage in Sachsen. Hier zielt das Erkenntnisinteresse u.a. darauf ab, wie die Sachsen die soziale Durchlässigkeit der Gesellschaft und soziale Ungleichheit bewerten (Kapitel 2.3).

Ferner stehen die Evaluierung der politischen Kultur in Sachsen und die Messung der Stabilität und Akzeptanz der Demokratie und der demokratischen Institutionen in Sachsen im Mittelpunkt der vorliegenden Erhebung (Kapitel 2.5). In diesem Zusammenhang befasst sich der Monitor auch mit dem politischen Interesse und der politischen Partizipation der Sachsen (Kapitel 2.4).

Ein weiteres Ziel des Sachsen-Monitors bleibt die Messung besonderer Gefährdungsmomente der Demokratie innerhalb der sächsischen Bevölkerung sowie die Messung von Ressentiments in Sachsen (Kapitel 2.5).

Der besondere Wert eines sich wiederholenden Monitors ergibt sich aus der Möglichkeit, die gewonnenen Erkenntnisse mit denen des Vorgängers zu vergleichen und zu beobachten, ob sich Einstellungen und Meinungen der sächsischen Bevölkerung verändert haben oder gleichgeblieben sind. Deshalb wird in diesem Ergebnisbericht – sowohl in den Grafiken als auch im Text – auf Veränderungen gegenüber dem Sachsen-Monitor 2018 hingewiesen.

## **1.2 Erhebungszeitraum, Erhebungsgebiete, Fallzahlen**

### **1.2.1 Erhebungszeitraum**

Die Erhebung fand vom 3. November 2021 bis 14. März 2022 statt, befragt wurden dabei 2013 zufällig ausgewählte Personen ab 18 Jahren in ganz Sachsen.

### **1.2.2 Erhebungsgebiete**

Im Vergleich zu früheren Sachsen-Monitoren, in denen das Territorium des Freistaates Sachsen in die Gebiete der drei ehemaligen Direktionsbezirke Chemnitz, Dresden und Leipzig unterteilt wurde, verwendet der Sachsen-Monitor 2020 folgende regionale Gliederung mit je 400 Befragten (für eine grafische Darstellung siehe Kapitel 3.1):

Region 1 = Vogtland / Zwickau

Region 2 = Chemnitz / Erzgebirge

Region 3 = Leipzig / Nordsachsen

Region 4 = Dresden / Sächsische Schweiz

Region 5 = Oberlausitz



Neben den Befunden in den Regionen 2, 3 und 4 standen für die Auswertung der Befragungsergebnisse auch die Befunde in den regional jeweils dominierenden Städten Chemnitz, Leipzig und Dresden zur Verfügung.

### 1.2.3 Fallzahlen

Im Vergleich zu früheren Sachsen-Monitoren, für die 1.000 Personen befragt wurden, stützt sich der Sachsen-Monitor 2022 auf Interviews mit 2.013 Befragten.

Bei der Auswertung konnten einige soziodemographische Gruppen nicht berücksichtigt werden, weil deren Fallzahlen für valide Aussagen viel zu niedrig waren oder müssen unter Vorbehalt betrachtet werden, wie die Gruppen Erwerbssituation: „Vorübergehend arbeitslos“ (n=54), „In der Ausbildung“ (n=59), „Nicht berufstätig“ (n=46) und Beruf: „Beamter“ (n=47).

## 1.3 Face-to-Face-Befragungen unter Corona-Bedingungen

Beim Start des diesjährigen Sachsen-Monitors standen Überlegungen im Raum, ob – und wenn ja, wie – unter den Bedingungen der Pandemie und den damit verbundenen gesetzlichen und administrativen Schutzvorschriften diese Studie durchführbar sei. Der wellenartige Verlauf der Pandemie erschwerte die Vorhersagen über den Ablauf der Feldarbeit erheblich; schwer kalkulierbar war vor allem der Einfluss der Pandemie-Situation auf die Anzahl der täglich realisierbaren Befragungen, auf die Chancen, ausreichend Interviewer/innen einsetzen zu können, und insgesamt auf die Dauer des Feldeinsatzes.

Seit Sommer 2021 war die besonders ansteckende Delta-Variante des Corona-Virus vorherrschend. Im September waren die Inzidenzen dann rückläufig und die Impfquoten stiegen. Im November baute sich die 4. Welle mit der sich schnell ausbreitenden Omikron-Variante auf; insbesondere in Sachsen wurden sehr hohe Inzidenzwerte gemeldet, verbunden mit einem hohen Maß an Impfskeptikern.

Ausgestattet mit Erfahrungen aus früheren Befragungen während der Corona-Zeit, einem umfangreichen Hygienekonzept und wöchentlichen Feedbackrunden konnten die Interviewerinnen und Interviewer diese außergewöhnliche Herausforderung bewältigen. Daher kann der Gesamtverlauf der Befragungen für den Sachsen-Monitor 2022 als zwar schleppend, aber zuletzt doch erfolgreich bezeichnet werden.

**Einfluss auf die Befragten:** Die Verweigerungsquote war unter den Corona-Bedingungen nicht anders als vor der Pandemie, es lagen keine negativen Rückmeldungen oder gar Zielpersonen-Beschwerden vor.

**Einfluss auf Interviewer/innen:** Die Rekrutierung gestaltete sich infolge der hohen Inzidenzen schwierig, hinzu kam ein Beherbergungsverbot, welches die Situation für die Interviewer/innen noch verschärfte. (Eine Lösung: Die Übernachtung im polnischen Grenzgebiet.) Auch die Befragungssituationen gestalteten sich schwierig: Selbst bei winterlichen Temperaturen wurde häufig auf Terrasse, Balkon oder im Garten befragt. Und der frühe Sonnenuntergang sorgte für ein kleineres Zeitfenster für tägliche Befragungen im Vergleich zu den Sommermonaten.



## 1.4 Redaktionelle Hinweise

Aus Gründen der besseren Verständlichkeit wird im Bericht i.d.R. verallgemeinernd die männliche Form verwendet. Diese Formulierungen umfassen gleichermaßen weibliche und männliche Personen – an dieser Stelle soll darauf hingewiesen werden, dass sich von den Befragten niemand als divers eingestuft hat.

Sämtliche grafisch dargestellten Ergebnisse in diesem Bericht werden in Prozent angegeben. Eventuell fehlende Werte zu 100 Prozent ergeben sich durch die Antwortmöglichkeiten „keine Angaben“ und „weiß nicht“ bzw. durch Rundungen.

## 2 Ergebnisse

### 2.1 Zukunftserwartungen

Die sächsische Bevölkerung blickt mit großer Mehrheit optimistisch in die Zukunft (73 Prozent, 2018: 75 Prozent). Vor allem die jungen Menschen sehen ihrer Zukunft mit Zuversicht entgegen (18-29 Jahre: 85 Prozent, 30-44 Jahre: 80 Prozent). In den Altersgruppen der 60-69-Jährigen sowie der über 70-Jährigen ist der Optimismus dagegen zurückgegangen, noch gut zwei Drittel sind von einer positiven Zukunft für sich überzeugt (67 bzw. 68 Prozent, 2018: 74 bzw. 73). Das formale Bildungsniveau spielt bei der Einschätzung ebenfalls eine Rolle. Während unter den Hauptschulabsolventen mit sechs von zehn Befragten die Zuversicht im Vergleich zu 2018 rückläufig ist (60 Prozent, 2018: 65 Prozent), blicken mit 87 Prozent derzeit mehr Hochschulabsolventen optimistisch in die Zukunft als 2018 (78 Prozent).

Wenn Sie in die Zukunft blicken: Sehen Sie der Zukunft Sachsens eher optimistisch oder eher pessimistisch entgegen?

Wenn Sie in die Zukunft blicken: Sehen Sie Ihrer persönlichen Zukunft eher optimistisch oder eher pessimistisch entgegen?

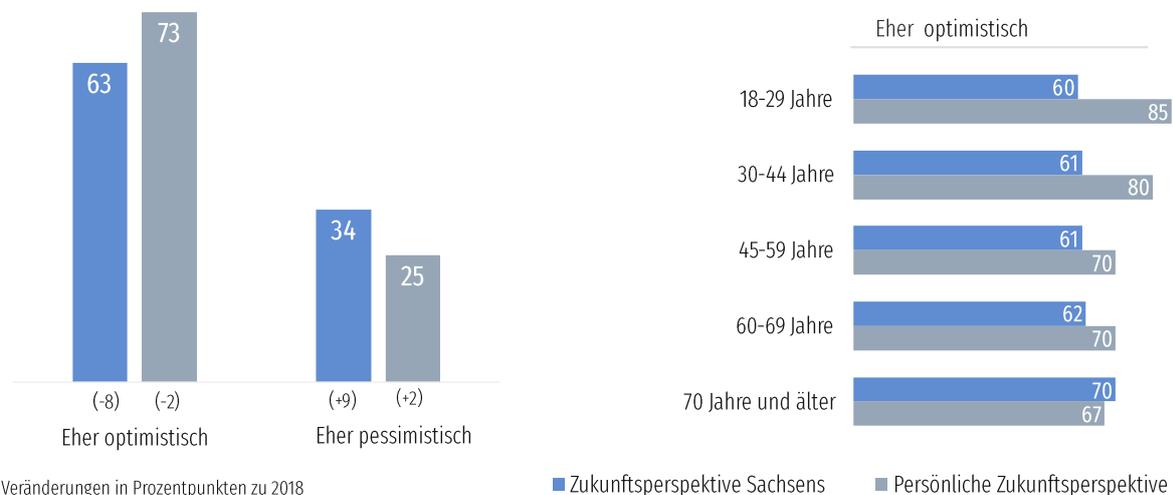


Abbildung 1- Zukunftsperspektiven



Im Vergleich zur Bewertung der persönlichen Aussichten hat sich der Blick der Bürgerinnen und Bürger auf die Zukunft Sachsens gegenüber 2018 insgesamt deutlich eingetrübt. Sechs von zehn Befragten geben sich in dieser Frage optimistisch (63 Prozent). Im Jahr 2018 waren noch 71 Prozent der sächsischen Bevölkerung von einer guten Zukunftsperspektive ihres Freistaates überzeugt. Die über 70-Jährigen zeigen sich deutlich optimistischer (70 Prozent) als die Befragten der übrigen Altersgruppen (nach Altersgruppen aufsteigend: 60, 61, 61, 62 Prozent). Anders als 2018 spielt derzeit die Ortsgröße bei der Einschätzung kaum eine Rolle. Eine Veränderung zeigt sich eher in den drei großen Städten. Waren die Zukunftserwartungen 2018 in Dresden im Vergleich zu Leipzig und Chemnitz eher unterdurchschnittlich ausgeprägt (63 Prozent), so liegt der Anteil in Dresden mit 60 Prozent derzeit deutlich über dem in Chemnitz (49 Prozent, Chemnitz 2018: 75 Prozent). Der größte Optimismus ist bei der Leipziger Bevölkerung zu erkennen (68 Prozent). Aber auch hier bleibt der Wert unter dem von 2018 (75 Prozent).

### 2.1.1 Bewertung der wirtschaftlichen Lage

Die Bewertung der wirtschaftlichen Lage Sachsens hat sich im Vergleich zu 2018 gleichfalls verschlechtert. Derzeit stufen 64 Prozent der sächsischen Bevölkerung sie als sehr gut oder gut ein (2018: 80 Prozent). Unterschiede in der Einschätzung zeigen sich in Abhängigkeit vom formalen Bildungsabschluss der Befragten. Während in den Gruppen der Befragten ohne Hochschulabschluss jeweils sechs von zehn Befragten eine positive Bewertung abgeben (nach Bildungsabschluss aufsteigend: 61, 63, 63 Prozent), zeigen sich bei den Hochschulabsolventen drei Viertel in dieser Hinsicht optimistisch (74 Prozent). In Dresden und Leipzig beurteilen jeweils sieben von zehn Befragten die wirtschaftliche Lage Sachsens positiv (69 bzw. 72 Prozent), in Chemnitz sind es mit sechs von zehn Befragten erkennbar weniger (58 Prozent). Zurückhaltend ist auch die Einschätzung der sächsischen Bevölkerung in den Städten zwischen 20.000 und 100.000 Einwohnern, nur gut die Hälfte sieht hier die Wirtschaftslage in Sachsen als sehr gut oder gut an (53 Prozent).

Wie beurteilen Sie ganz allgemein die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in Sachsen? Ist sie Ihrer Meinung nach sehr gut, eher gut, eher schlecht oder sehr schlecht?

Wenn Sie jetzt an Ihre eigene wirtschaftliche Situation denken, ist Ihre persönliche wirtschaftliche Situation sehr gut, eher gut, eher schlecht oder sehr schlecht?

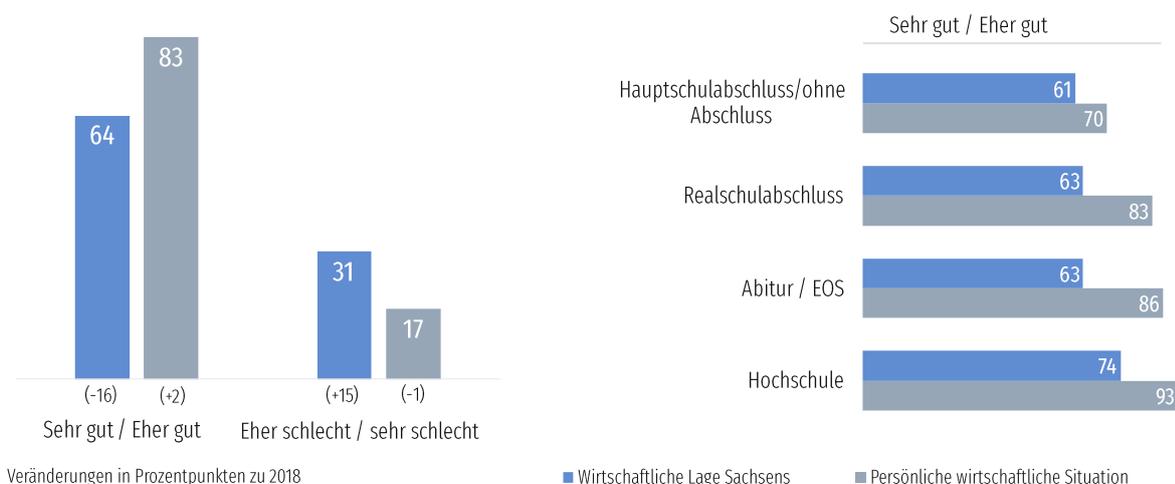


Abbildung 2 - Bewertung der wirtschaftlichen Lage



Die positive Beurteilung der persönlichen wirtschaftlichen Situation hingegen hat in der sächsischen Bevölkerung insgesamt leicht zugenommen (83 Prozent, 2018: 81 Prozent). Unter den Befragten, die mit einem Partner zusammenleben, schätzen neun von zehn Befragten ihre eigene wirtschaftliche Situation als sehr gut oder gut ein (jeweils 88 Prozent). Ähnlich äußern sich verwitwete Personen (89 Prozent). Weniger gut aufgestellt sehen sich Singles mit Kindern und Geschiedene, die zu 65 bzw. 68 Prozent positiv antworten. Auch das formale Bildungsniveau hat Einfluss darauf, wie die Menschen in dieser Hinsicht urteilen. Unter den Hauptschulabsolventen stufen sieben von zehn Befragten ihre wirtschaftliche Situation als sehr gut oder gut ein (70 Prozent), bei den Hochschulabsolventen liegt der Anteil bei 93 Prozent. Deutlich öfter als Befragte mit Hauptschulabschluss sehen Realschulabsolventen und Abiturienten sich wirtschaftlich in einer sehr guten oder guten Lage (83 bzw. 86 Prozent).

## 2.1.2 Zukünftige Entwicklung (Zukunftserwartungen)

Selbstbewusst antworten die Menschen in Sachsen mit Blick auf ihre Eigenständigkeit. 92 Prozent der Befragten geben an, dass sie ihr Leben selbst in der Hand haben. Ausnahmslos zieht sich diese Überzeugung durch alle Bevölkerungsgruppen und Regionen.

Die sächsischen Bürgerinnen und Bürger sind mit überwiegender Mehrheit davon überzeugt, dass ihr persönlicher Erfolg von der eigenen Anstrengung abhängt (83 Prozent). Vor allem die jungen Menschen folgen dieser Auffassung nahezu einstimmig (18-29 Jahre: 90 Prozent, 30-44 Jahre: 92 Prozent). In der Gruppe der über 70-Jährigen sehen sieben von zehn Befragten in ihrem eigenen Zutun den Schlüssel zum Erfolg (73 Prozent). In allen formalen Bildungsniveaus sind die Befragten mehrheitlich von dem Erfolg durch eigenen Einsatz überzeugt, 73 Prozent der Hauptschulabsolventen äußert sich dahingehend. Ebenso teilen 83 Prozent der Realschulabsolventen diese Ansicht und jeweils neun von zehn befragten Abiturienten und Hochschulabsolventen (87 bzw. 89 Prozent).

68 Prozent der Befragten betrachten ihren Wohnort als attraktiv für junge Menschen. In den einzelnen Bevölkerungsgruppen fallen kaum Abweichungen vom Gesamtbild auf. Sehr deutliche Unterschiede werden dagegen in den einzelnen Regionen sichtbar. Am deutlichsten drücken die Bewohner der Region Dresden/Sächsische Schweiz ihre Zuversicht in die Attraktivität des Wohnortes aus (81 Prozent), ähnlich deutlich fällt das Urteil in der Region Leipzig/Nordsachsen aus (77 Prozent). Weniger groß ist diese Überzeugung in den Regionen Chemnitz/Erzgebirge (65 Prozent) sowie Vogtland/Zwickau (60 Prozent). Pessimistisch sehen die Befragten die eigene Region in der Oberlausitz - nur 40 Prozent betrachten sie als attraktiv für junge Menschen. Im Vergleich der großen Städte sind in Dresden und Leipzig neun von zehn Befragten davon überzeugt, dass ihr Wohnort attraktiv für junge Menschen bleibt (88 bzw. 89 Prozent), in Chemnitz vertreten noch zwei Drittel diese Auffassung (65 Prozent). Mit deutlicher Mehrheit sehen die Menschen in Städten über 100.000 Einwohner ihren Wohnort als Zukunftsort für junge Menschen an (84 Prozent). In den kleinen Gemeinden unter 5.000 Einwohnern sind gerade noch 56 Prozent der Befragten davon überzeugt, dass ihr Wohnort für junge Menschen in Zukunft attraktiv sein wird.

Mehr als drei Viertel der sächsischen Bürgerinnen und Bürger sind davon überzeugt, dass sich der Freistaat in der Zukunft wirtschaftlich positiv entwickeln wird (77 Prozent). Überwiegende Zuversicht zieht sich in ähnlicher Weise durch alle Gruppen der Bevölkerung. Die Region Oberlausitz allerdings fällt deutlich hinter die übrigen Regionen zurück und liegt mit 67 Prozent positiven Bewertungen deutlich unter dem Durchschnitt, während sich in den übrigen Regionen jeweils acht von zehn Befragten zuversichtlich äußern (Vogtland/Zwickau: 77 Prozent, Chemnitz/Erzgebirge: 75 Prozent, Leipzig/Nordsachsen sowie Dresden/Sächsische Schweiz jeweils 80 Prozent).



Die Hälfte der sächsischen Bevölkerung ist davon überzeugt, dass in ihrer Region zukünftig mehr Menschen zuziehen als wegziehen werden (53 Prozent). Diese Frage wird nicht in den einzelnen Bevölkerungsgruppen wohl aber in den Regionen, Städten und im Vergleich Stadt-Land sehr unterschiedlich gesehen. In der Region Leipzig/Nordsachsen rechnen drei Viertel der Bewohner mit einem überwiegenen Zuzug (77 Prozent), in der Region Dresden/Sächsische Schweiz gehen knapp zwei Drittel der Befragten ebenfalls davon aus (62 Prozent). In den anderen Regionen geht die Mehrheit der Befragten von einem Wegzug aus: Die Menschen in der Region Vogtland/Zwickau sehen zu 39 Prozent zukünftig mehr Menschen zu- als wegziehen, in der Region Chemnitz/Erzgebirge zu 36 Prozent, in der Region Oberlausitz rechnen damit langfristig drei von zehn Befragten (31 Prozent). In den Gemeinden unter 5.000 Einwohnern sowie in den Städten zwischen 20.000 und 100.000 Einwohnern gehen jeweils vier von zehn Befragten davon aus, dass in ihren Gemeinden der Zuzug überwiegt (36 bzw. 38 Prozent). In den Gemeinden von 5.000 bis 20.000 Einwohnern ist die Hälfte der Befragten dieser Ansicht (50 Prozent). Allein in den Städten über 100.000 Einwohnern sehen die Befragten langfristig eine Zunahme der Bevölkerung (71 Prozent).

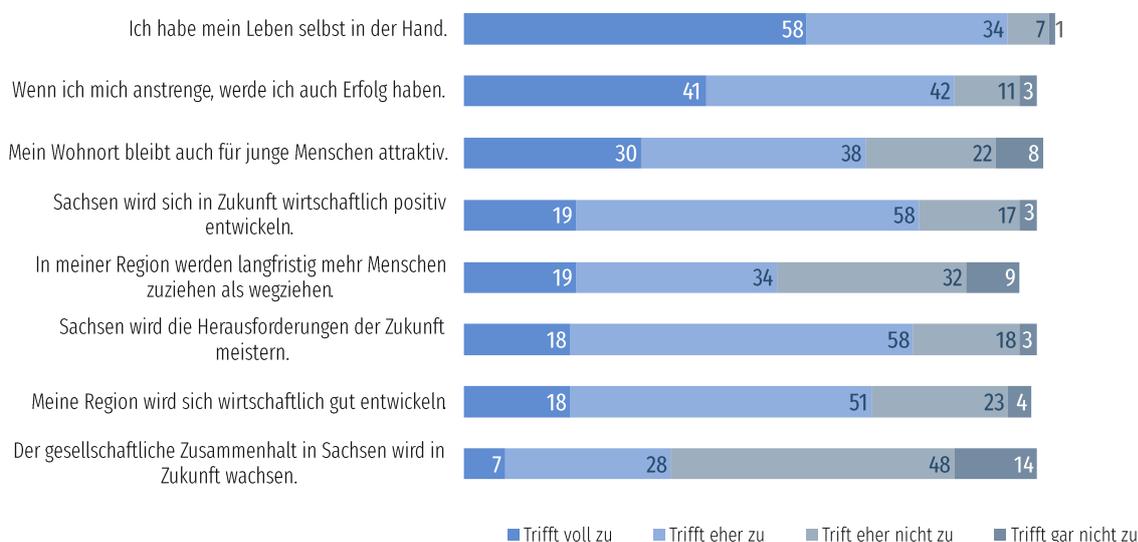
Sachsen wird die Herausforderungen der Zukunft meistern, davon sind drei Viertel der Menschen im Freistaat überzeugt (76 Prozent). Diese Einschätzung wird durchweg in allen Bevölkerungsgruppen und Regionen in ähnlicher Weise von einer großen Mehrheit vertreten.

Von einer guten wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Region sind sieben von zehn Bürgerinnen und Bürgern in Sachsen überzeugt (69 Prozent). Insbesondere Befragte mit Hochschulabschluss drücken in dieser Hinsicht ihre Zuversicht aus (81 Prozent). Unter den Abiturienten sehen 67 Prozent gute wirtschaftliche Perspektiven für ihre Region, bei den Realschul- und Hauptschulabsolventen beurteilen 65 bzw. 66 Prozent der Befragten ihre Region als wirtschaftlich gut aufgestellt. Auch in vier der fünf Regionen wird die wirtschaftliche Zukunft mehrheitlich positiv eingeschätzt: in der Region Vogtland/Zwickau äußern sich 63 Prozent der Befragten entsprechend, in der Region Chemnitz/Erzgebirge 68 Prozent, in der Region Leipzig/Nordsachsen 75 Prozent sowie in der Region Dresden/Sächsische Schweiz 78 Prozent. In der Region Oberlausitz halten sich positive und skeptische Urteile annähernd die Waage: 47 Prozent sind nicht davon überzeugt, dass sich ihre Region wirtschaftlich positiv entwickeln wird, 45 Prozent hingegen sehen die wirtschaftliche Entwicklung optimistisch. Zudem wird in dieser Frage ein deutliches Stadt-Land-Gefälle erkennbar. Während sich in den Großstädten über 100.000 Einwohnern 80 Prozent der Befragten positiv zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region äußern, sind es in den kleinen Gemeinden unter 5.000 Einwohner noch knapp sechs von zehn Befragten (57 Prozent).

Zuversichtlich mit Blick auf einen wachsenden gesellschaftlichen Zusammenhalt in Sachsen äußern sich 35 Prozent der Befragten, während 62 Prozent der Bevölkerung sich diesbezüglich skeptisch zeigen. Wenig Zuversicht gibt es vor allem in Chemnitz, wo sich nur ein Viertel der Befragten positiv mit Blick auf den zukünftigen gesellschaftlichen Zusammenhalt äußert (25 Prozent). Optimistischer urteilen die Bürgerinnen und Bürger in Dresden, wo drei von zehn Befragten einen wachsenden Zusammenhalt annehmen (34 Prozent), in Leipzig sind es vier von zehn (38 Prozent). Mehrheitlich überwiegt jedoch in allen Bevölkerungsgruppen bezüglich des gesellschaftlichen Zusammenhalts in der Zukunft eine eher skeptische Prognose.



Nun lese ich Ihnen einige Aussagen über die Zukunft vor. Stimmen Sie folgender Aussage zu?



**Abbildung 3 - Zukunftserwartungen**

Insgesamt sehen drei Viertel der sächsischen Bevölkerung ihren Wohnort nicht als abgehängt an (76 Prozent). Ein Viertel hingegen stimmt der Sichtweise zu, dass ihr Wohnort als abgehängt zu bezeichnen ist (24 Prozent). In der Region Oberlausitz sieht das die Hälfte der Befragten als gegeben an (49 Prozent). In den übrigen Regionen liegt der Prozentsatz der pessimistischen Urteile deutlich darunter (Vogtland/Zwickau: 25 Prozent, Chemnitz/Erzgebirge: 23 Prozent, Leipzig/Nordsachsen: 22 Prozent). Für die Region Dresden/Sächsische Schweiz findet diese Sichtweise 12 Prozent befürwortende Stimmen. Auch im Vergleich der drei großen Städte sind die negativen Urteile in Dresden am geringsten. 7 Prozent der Befragten geben hier an, ihren Wohnort als „abgehängt“ anzusehen. Erkennbar höher ist der Anteil in Leipzig (22 Prozent) und Chemnitz (25 Prozent).

## 2.2 Leben in Sachsen / Deutsche Einheit

Mit zeitlich wachsendem Abstand verstärkt sich das Anliegen, die Erinnerung an die Friedliche Revolution von 1989 in Sachsen aufrecht zu erhalten. 88 Prozent der sächsischen Bevölkerung stufen dies, mehr noch als 2018, als sehr wichtig ein (2018: 84 Prozent). In dieser Frage haben sich die Sichtweisen der Altersgruppen angenähert. Während 2018 unter den 18-29-Jährigen 63 Prozent zustimmend geantwortet haben, halten es derzeit in dieser Altersgruppe 78 Prozent für sehr wichtig, diese Erinnerung aufrecht zu erhalten. Auch in den höheren Altersgruppen wird darauf sehr großen Wert gelegt (nach Altersgruppen aufsteigend: 86, 91, 89, 91 Prozent, 2018: 81, 89, 88, 95 Prozent).

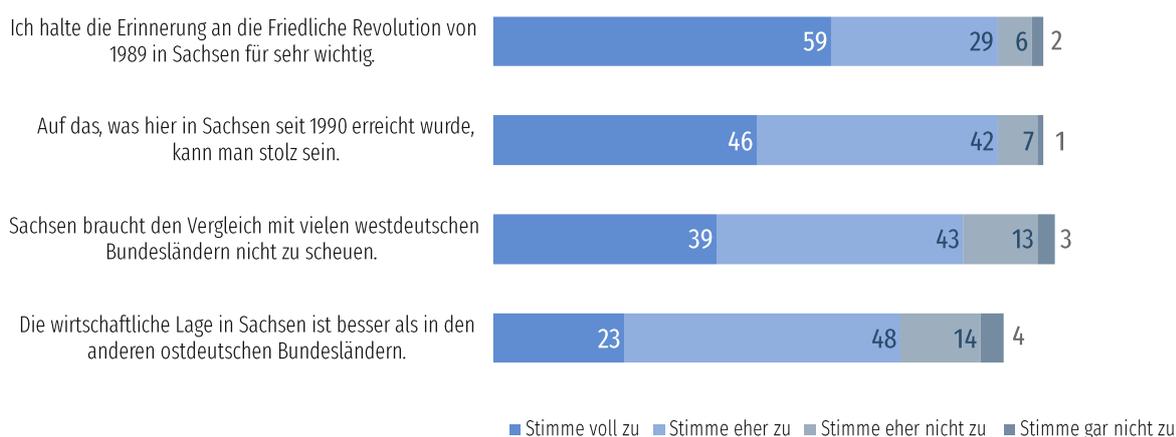
Einig sind sich die Menschen in Sachsen darüber, dass sie stolz sind auf das, was in ihrem Freistaat seit 1990 erreicht wurde (88 Prozent). In dieser Hinsicht herrscht Einverständnis in allen Bevölkerungsgruppen und Regionen. Auch im Vergleich zum Jahr 2018 hat sich an diesem Meinungsbild nichts verändert.



Die sächsische Bevölkerung sieht das eigene Bundesland im Vergleich zu den westdeutschen Bundesländern als durchaus gleichwertig an. 82 Prozent der Befragten vertreten die Auffassung, dass Sachsen den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen braucht (2018: 80 Prozent). In der jüngsten Altersgruppe vertreten mehr Menschen als 2018 diese Einschätzung (71 Prozent, 2018: 67 Prozent), während die 30-44-Jährigen zurückhaltender antworten als 2018 (78 Prozent; 2018: 83 Prozent). Die Befragten ab 45 Jahren sind in höherem Maße noch als 2018 der Ansicht, dass Sachsen den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen brauche (nach Altersgruppen aufsteigend: 85, 85, 86 Prozent, 2018: 83, 82, 84).

In den Augen einer großen Mehrheit der Bevölkerung geht es Sachsen wirtschaftlich besser als den anderen ostdeutschen Bundesländern (71 Prozent). Im Vergleich zu 2018 ist bei der Bewertung in dieser Frage ein Rückgang um 4 Prozentpunkte zu verzeichnen (2018: 75 Prozent). Zu jeweils drei Vierteln äußern sich die Befragten ab 45 Jahren in dieser Hinsicht positiv (nach Altersgruppen aufsteigend: 77, 75, 73 Prozent), deutlicher unter dem Durchschnitt fallen die Antworten der 30-44-Jährigen, vor allem aber die der 18-29-Jährigen aus (64 bzw. 59 Prozent). Während von den Hauptschulabsolventen ähnlich viele Bürgerinnen und Bürger wie 2018 die wirtschaftliche Lage Sachsens gegenüber den übrigen ostdeutschen Bundesländern als besser einstufen (63 Prozent, 2018: 65 Prozent), äußern sich die übrigen Gruppen zurückhaltender als im Jahr 2018 (Realschulabsolventen: 70 Prozent, Abiturienten: 73 Prozent, Hochschulabsolventen: 78 Prozent; 2018: 75, 76, 84 Prozent). In den Regionen Chemnitz/Erzgebirge, Leipzig/Nordsachsen und Dresden/Sächsische Schweiz halten jeweils sieben von zehn Befragten die wirtschaftliche Lage in Sachsen für besser als in anderen ostdeutschen Bundesländern (jeweils 74 Prozent), in der Region Vogtland/Zwickau sind 69 Prozent davon überzeugt. Deutlich restriktiver wird der Vergleich in der Region Oberlausitz gesehen, wo noch 56 Prozent dieser Ansicht sind.

Ich lese Ihnen nun einige Aussagen zu Sachsen vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie der Aussage voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen.



**Abbildung 4 - Entwicklung Sachsens nach der Wiedervereinigung**

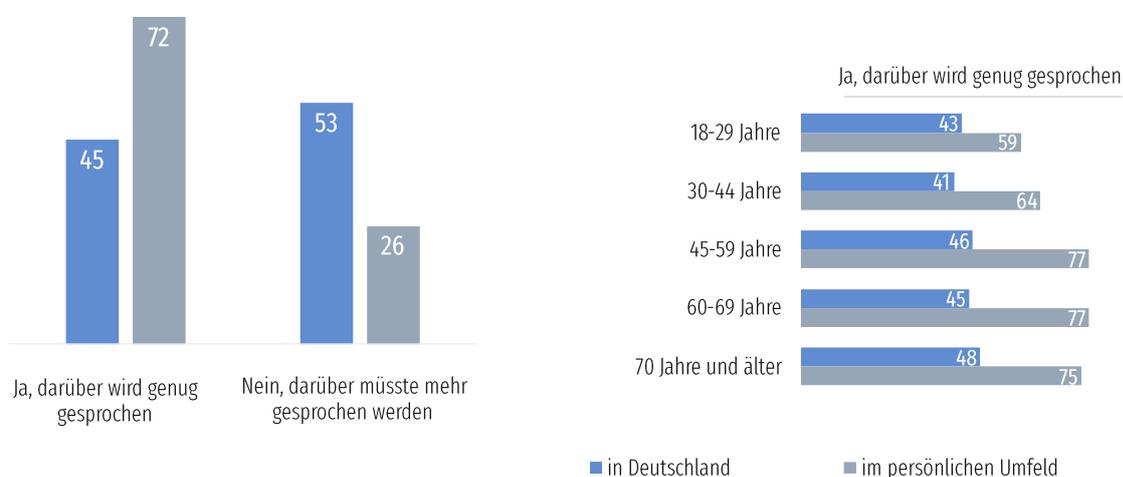
In der Frage, ob in Deutschland ausreichend über die Umbrüche und Erfahrungen in der Zeit nach der Wiedervereinigung gesprochen wird, ist die Bevölkerung in Sachsen gespalten. Gut die Hälfte ist der Auffassung, dass mehr über dieses Thema gesprochen werden sollte (53 Prozent). Sowohl innerhalb der einzelnen Bevölkerungsgruppen als auch in der regionalen Betrachtung lassen sich keine signifikanten Unterschiede



erkennen. Gespräche über die Umbrüche und Erfahrungen nach der Wiedervereinigung finden für 72 Prozent der Befragten in der eigenen Familie und mit Freunden ausreichend statt. Vor allem in den Altersgruppen ab 45 Jahren sind die Menschen mit dem gegebenen Austausch in ihrem persönlichen Umfeld zufrieden (nach Altersgruppen aufsteigend: 77, 77, 75 Prozent). Die 18-29-Jährigen sowie die 30-44-Jährigen sind zu 59 bzw. 64 Prozent diesbezüglich ebenfalls mehrheitlich zufrieden. Jeweils zwei Drittel der Hauptschulabsolventen sowie der Abiturienten geben an, dass innerhalb der Familien und im Freundeskreis genug über die Friedliche Revolution gesprochen wird (63 bzw. 66 Prozent), bei Realschul- und Hochschulabsolventen liegt die Zufriedenheit mit dem Austausch mit 73 bzw. 78 Prozent etwas darüber.

Und nun einige Fragen zu den Jahren nach der Friedlichen Revolution: Würden Sie sagen, dass in Deutschland genug über die Umbrüche und Erfahrungen in der Zeit nach der Wiedervereinigung gesprochen wird?

Und wie ist das in ihrem persönlichen Umfeld (Familie und Freunde)?



**Abbildung 5 - Gespräche über die Erfahrungen nach der Wiedervereinigung**

Mit wachsendem zeitlichem Abstand zur Wiedervereinigung wächst die Zahl der Menschen in Sachsen, die die DDR als Unrechtsstaat einstufen (55 Prozent, 2018: 39 Prozent). Entsprechend steigt auch mit abnehmendem Alter der Befragten diese Einschätzung. Allein in der Gruppe der über 70-Jährigen teilen weniger als die Hälfte diese Auffassung (48 Prozent), in der Gruppe der 18-29-Jährigen sind es 62 Prozent. Der formale Bildungsabschluss ist ebenfalls ausschlaggebend für die Positionierung in dieser Frage. Befragte mit Realschulabschluss sehen zu 51 Prozent die DDR als Unrechtsstaat an, unter den Hochschulabsolventen sind es zwei Drittel (65 Prozent). Deutlich ist auch die unterschiedliche Bewertung in den drei großen Städten. In Leipzig sind sieben von zehn Befragten der Meinung, die DDR sei ein Unrechtsstaat gewesen (71 Prozent), in Dresden stimmen dem 60 Prozent zu, in Chemnitz weniger als die Hälfte (46 Prozent).

Gut die Hälfte der Bevölkerung in Sachsen ist der Überzeugung, die Ostdeutschen würden in Deutschland als Bürger zweiter Klasse betrachtet (55 Prozent), im Vergleich zu 2018 ist hier ein leichter Anstieg zu verzeichnen (2018: 52 Prozent). Vor allem die über 60-Jährigen teilen diese Empfindung mehrheitlich (60-69 Jahre: 64 Prozent, über 70-Jährige: 61 Prozent). Unter den jüngsten Befragten ist diese Wahrnehmung mit vier von zehn Befragten wesentlich geringer ausgeprägt (42 Prozent). Auch der formale Bildungsabschluss hat Einfluss auf das Meinungsbild. Während 40 Prozent der Hochschulabsolventen davon überzeugt sind, die Ostdeutschen würden in Deutschland als Bürger zweiter Klasse gesehen, sind unter den Realschulabsolventen sechs von

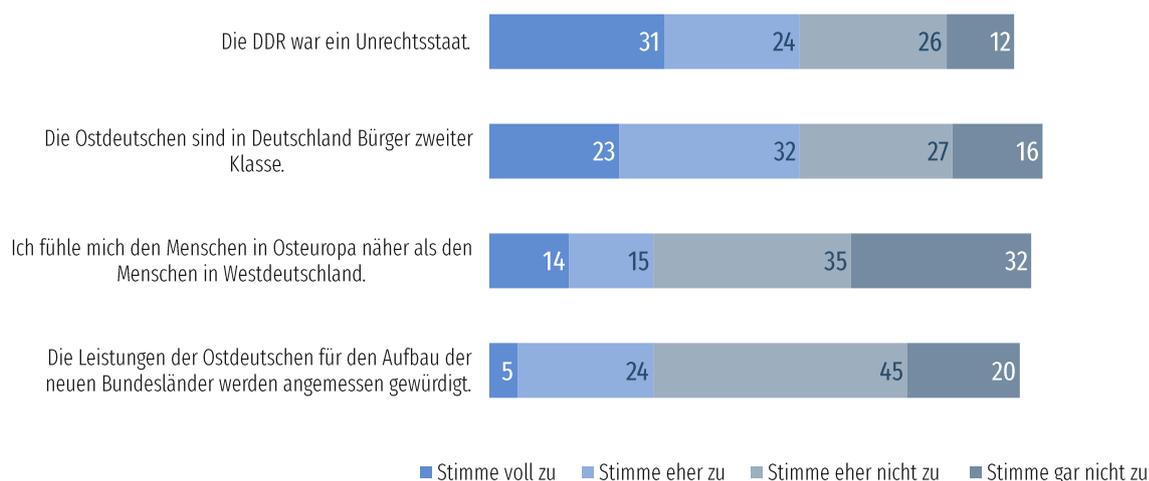


zehn Befragten dieser Ansicht (62 Prozent). Auch in den Städten Leipzig, Dresden und Chemnitz sind deutliche Unterschiede zu verzeichnen. In Leipzig äußert weniger als die Hälfte der Befragten die Auffassung, die Ostdeutschen seien in Deutschland Bürger zweiter Klasse (43 Prozent). In Dresden und Chemnitz hingegen findet sich jeweils eine Mehrheit für diese Sichtweise (56 bzw. 68 Prozent).

Verändert hat sich im Vergleich zu 2018 die räumliche Einordnung der Bürgerinnen und Bürger in Sachsen. Derzeit geben 29 Prozent der Befragten an, sich den Menschen in Osteuropa näher zu fühlen als den Menschen in Westdeutschland, im Jahr 2018 sagten dies 17 Prozent. Zwei Drittel sind gegenteiliger Meinung (67 Prozent, 2018: 79 Prozent). In Altersgruppen und Regionen ist das Meinungsbild vergleichsweise einheitlich. Unterschiede sind beim formalen Bildungsabschluss der Befragten erkennbar. Vier von zehn Hauptschulabsolventen geben an, sich den Menschen in Osteuropa näher zu fühlen als denen in Westdeutschland (40 Prozent), Befragte mit Hochschulabschluss empfinden zu 19 Prozent größere Nähe zu den Menschen in Osteuropa als zu denen in Westdeutschland.

Wie bereits 2018 sehen drei von zehn Befragten die Leistungen der Ostdeutschen für den Aufbau der neuen Bundesländer angemessen gewürdigt (29 Prozent). Der Anteil derjenigen, die in dieser Hinsicht gegenteiliger Auffassung sind, hat im Vergleich um 4 Prozentpunkte zugenommen (65 Prozent, 2018: 61 Prozent). Deutlich abweichend von den übrigen Altersgruppen teilen bei den 18-29-Jährigen vier von zehn Befragten die Ansicht, dass das Verdienst der Menschen in Ostdeutschland angemessen gewürdigt wird (42 Prozent), in den älteren Gruppen sind davon noch drei von zehn Befragten überzeugt (nach Altersgruppen aufsteigend: 28, 27, 27, 29 Prozent).

Ich lese Ihnen nun einige Aussagen vor, zu denen es unterschiedliche Meinungen gibt. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen.



**Abbildung 6 - Leben in Ostdeutschland**



## 2.3 Gerechtigkeit und sozialer Aufstieg / Bewertung der persönl. Lebensumstände

### 2.3.1 Gerechtigkeit

Die sächsische Bevölkerung hat einen kritischen Blick auf Deutschland: Die Mehrheit der Befragten ist der Auffassung, dass es „eher ungerecht“ (57 Prozent gegenüber 39 Prozent „eher gerecht“) zugeht. Lediglich bei der jüngsten Altersgruppe sind die Antworten ausgeglichen. Diese Auffassung durchzieht alle Bevölkerungsgruppen, mit Ausnahme der Hochschulabsolventen und Beamten. Die Haltung der Frauen ist dabei deutlicher ausgeprägt als die der Männer. Während letztere faktisch ausgeglichen tendieren (46 Prozent „eher gerecht“, 51 Prozent „eher ungerecht“), empfinden rund zwei Drittel der Frauen (64 Prozent), dass es in Deutschland „eher ungerecht“ zugehe. Die Einstellung der Frauen dürfte auch mit Blick auf die stark ausgeprägte Einschätzung bei Singles mit Kindern zu erklären sein, worunter weit überwiegend alleinerziehende Frauen zu finden sind. Hier ist das Gefühl der Ungerechtigkeit – neben den Arbeitslosen – mit 72 Prozent mit Abstand am höchsten ausgeprägt. Auffallend ist, dass bei wenig regionalen Unterschieden die Antworten in den Großstädten auseinandergehen: Während in Chemnitz eine kritische Stimmung stark ausgeprägt ist (67 Prozent „ungerecht“), überwiegt bei den Leipzigern die Zustimmung, dass es in Deutschland gerecht zugehe (54 Prozent zu 45 Prozent „ungerecht“).

Finden Sie, dass es in Deutschland alles in allem eher gerecht oder ungerecht zugeht?

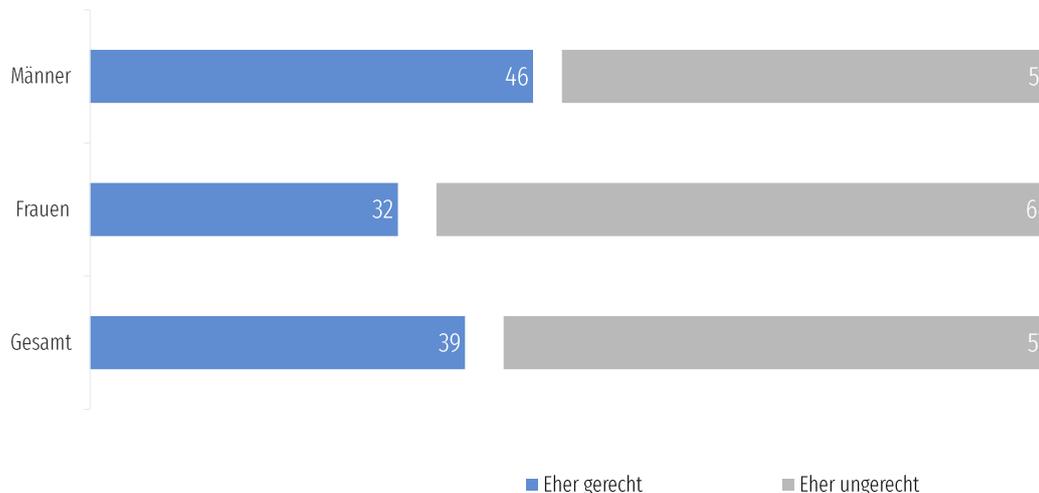
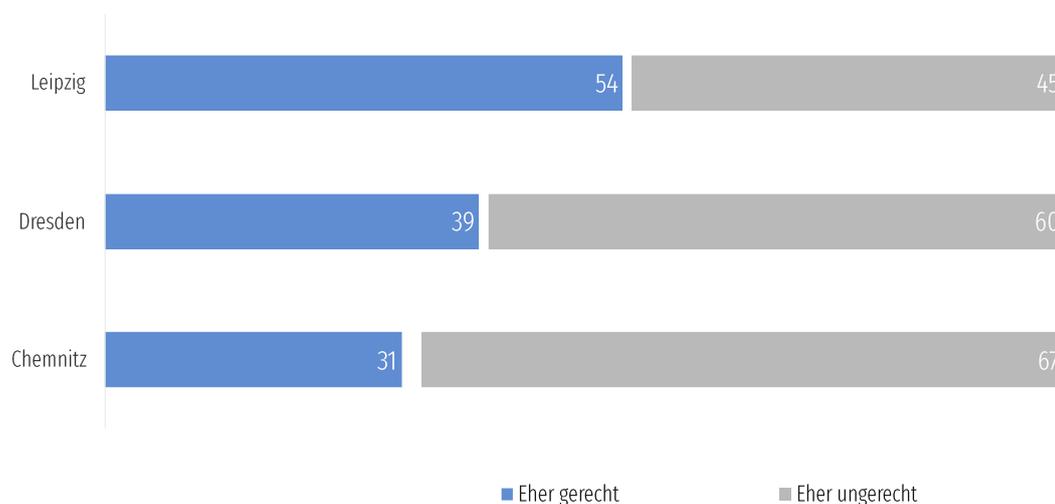


Abbildung 7 – Gerechtigkeit in Deutschland I



Finden Sie, dass es in Deutschland alles in allem eher gerecht oder ungerecht zugeht?

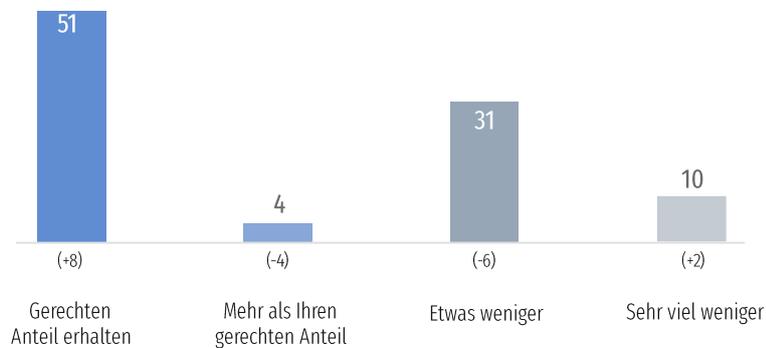


**Abbildung 8 - Gerechtigkeit in Deutschland II**

Die persönliche Einschätzung ist allerdings mehrheitlich positiv (55 Prozent), wenn auch viele Befragte der Auffassung sind, „etwas weniger“ bzw. „sehr viel weniger“ gerechten Anteil als andere in Deutschland zu haben (41 Prozent). Auch hier ist die Haltung der Frauen insgesamt verhaltener (50 Prozent „gerecht“, 47 Prozent „weniger gerecht“), Singles mit Kindern und Geschiedene sind weiter überproportional kritisch. Festzuhalten ist ferner, dass das ausgeglichene Gesamtergebnis sich über die sozialen Schichten und Bildungsabschlüsse und Berufe ausdifferenziert: Mit der „sozialen Leiter“ steigt die Zustimmungsrates auf beispielsweise über 90 Prozent bei Beamten und knapp 80 Prozent bei Universitätsabsolventen; spiegelverkehrt sind die Zahlen für Arbeiter. Ansonsten sind die Einschätzungen über die Regionen hinweg sachsenweit ähnlich geprägt, Unterschiede zwischen Stadt und Land nicht nennenswert differenziert. Schließlich ist das Eigenbild der Chemnitzer wesentlich positiver (61 zu 38 Prozent) als bei der allgemein gehaltenen Gerechtigkeitsfrage.



Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie Ihren...



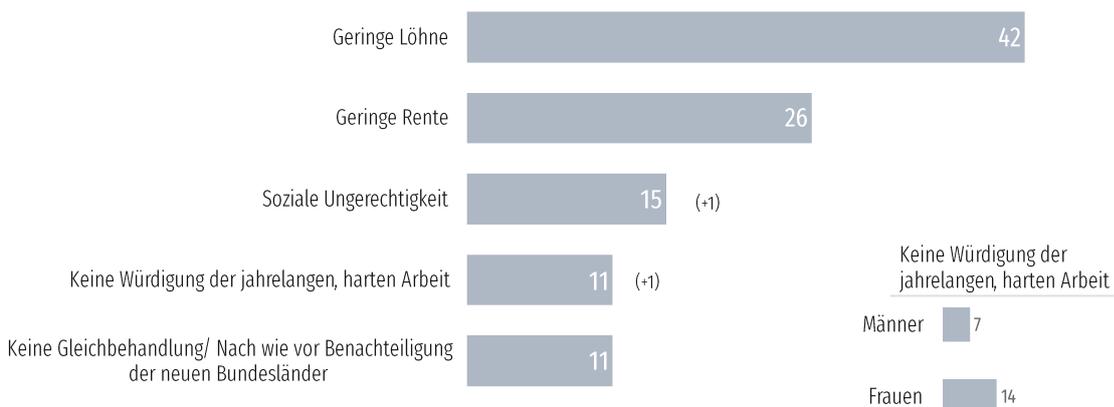
Veränderungen in Prozentpunkten zu 2018

### Abbildung 9 – Gerechter Anteil I

Fragt man offen nach den konkreten Gründen, werden geringe Löhne (42 Prozent), geringe Renten (26 Prozent) sowie mit 15 Prozent das Gefühl sozialer Ungerechtigkeit genannt. Auffallend ist, dass die fehlende Würdigung jahrelanger, harter Arbeit bei Frauen mit 14 Prozent der Nennung ausgeprägt ist, bei Männern hingegen spielt dieses Thema keine Rolle.

Und warum meinen Sie, dass Sie „etwas weniger“ / „sehr viel weniger“ als Ihren gerechten Anteil erhalten?

Filter: Gerechter Anteil = „etwas weniger“ und „sehr viel weniger“



Veränderungen in Prozentpunkten zu 2018  
Nennungen ab 11 Prozent

### Abbildung 10 – Gerechter Anteil II



### 2.3.2 Soziale Unterschiede

Auch in diesem Sachsen-Monitor wurden die Einstellungen der Bevölkerung gegenüber sozialen Unterschieden gemessen. Eine deutliche Mehrheit (61 Prozent) bleibt der Auffassung, dass das Einkommen sich nicht allein nach der Leistung des Einzelnen richten sollte, sondern jeder das haben sollte, was er „für ein anständiges Leben“ brauche (2018: 64 Prozent). Diese breite, grundsätzliche Zustimmung findet sich so in allen Gruppen: bei den Bildungsabschlüssen, den Geschlechtern, Altersgruppen oder der Region. Nur in Leipzig ist der Anteil derjenigen, die der Auffassung sind, dass sich Einkommen nicht allein nach der Leistung richten sollte, noch wesentlich höher (77 Prozent).

Eine knappe Mehrheit der Befragten (53 Prozent) ist der Auffassung, dass Unterschiede beim Einkommen und die Möglichkeit eines sozialen Aufstiegs Anreiz für Leistung sind. 43 Prozent sind gegenteiliger Auffassung. Ältere stimmen eher zu (60 Prozent) als jüngere (44 Prozent der 18-29jährigen), Männer (58 Prozent) mehr als Frauen (48 Prozent). Klare Zustimmung kommt von den Arbeitern (66 Prozent), während sich die Befragten mit höheren Bildungsabschlüssen verhaltener zeigen (Abitur: 43 Prozent Zustimmung, Universitätsabschluss: 47 Prozent Zustimmung). Auffallend ist Chemnitz, wo eine ablehnende Haltung (55 Prozent stimmen der Aussage eher nicht zu bzw. nicht zu) überwiegt.

Der Aussage, dass Rangunterschiede zwischen den Menschen akzeptabel sind, weil sie im Wesentlichen ausdrücken, was man aus seinen Chancen gemacht hat, wird mehrheitlich (45 zu 52 Prozent) nicht zugestimmt - in den einzelnen Bevölkerungsgruppen gibt es hier kaum Unterschiede. Lediglich in der mittleren Mittelschicht findet sich eine knappe Zustimmung zur These (50 Prozent), gleiches gilt ausgeprägter für die Region Chemnitz/Erzgebirge (57 Prozent).

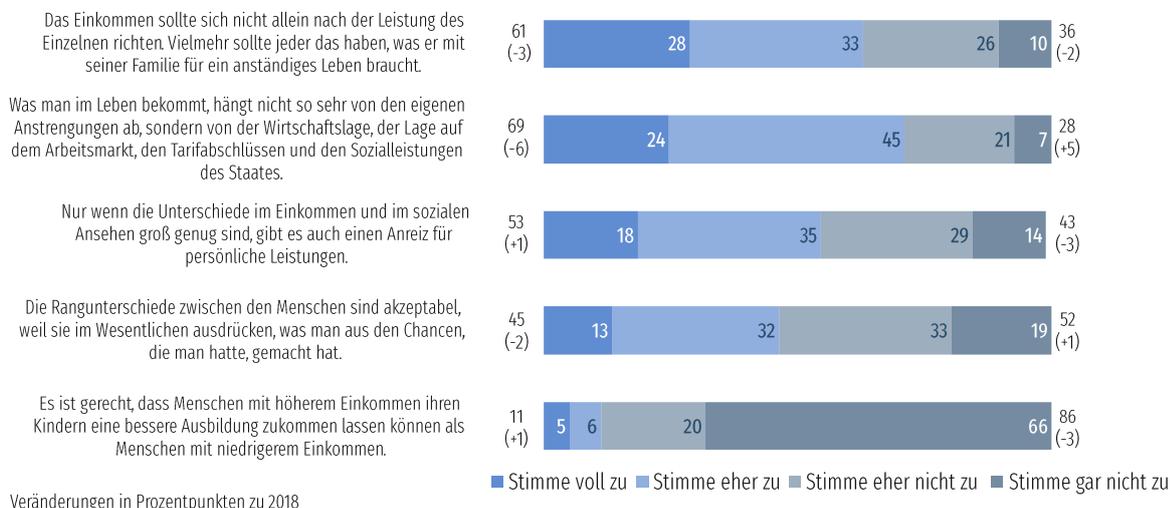
Eine deutliche Mehrheit von 69 Prozent der Befragten teilt die Auffassung, dass das, was man im Leben bekommt, nicht so sehr von den eigenen Anstrengungen abhängt, sondern von der Wirtschaftslage, der Lage auf dem Arbeitsmarkt, den Tarifabschlüssen und den Sozialleistungen des Staates. Bei den über 70jährigen ist die Zustimmung mit 78 Prozent überproportional hoch, bei den Hochschulabsolventen mit 49 Prozent am niedrigsten. Leipzig kommt auf eine vergleichsweise hohe Zustimmung von 77 Prozent (Chemnitz 63 Prozent, Dresden 63 Prozent).

Eine Abhängigkeit der Bildungschancen vom Einkommen der Eltern stößt insgesamt deutlich auf Ablehnung. 86 Prozent der Befragten stimmen der These, dass es gerecht ist, dass Menschen mit höherem Einkommen ihren Kindern eine bessere Ausbildung zukommen lassen können als Menschen mit niedrigem Einkommen „eher oder gar nicht“ zu.

Festzuhalten bleibt, dass bei der Frage zu den sozialen Unterschieden wenig Veränderungen gegenüber den letzten Ergebnissen von 2018 festzustellen sind.



Hier ist eine Liste mit verschiedenen Auffassungen darüber, wie es in der Bundesrepublik mit den sozialen Unterschieden tatsächlich aussieht und wie es sein sollte. Bitte gehen Sie die Aussagen der Reihe nach durch und sagen Sie mir, ob Sie der jeweiligen Auffassung voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.



**Abbildung 11 – Soziale Unterschiede in Deutschland**

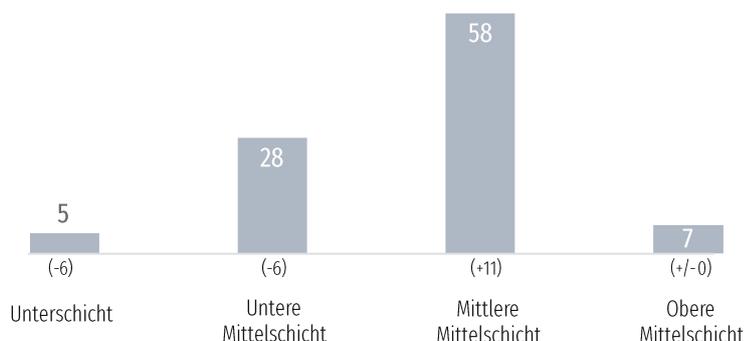
### 2.3.3 Subjektive Schichtzugehörigkeit

In Ergänzung zu den gesammelten Erkenntnissen über den Beschäftigtenstatus der Befragten als gängige Indikatoren für die Schichtzugehörigkeit einer Person, wurden die Befragten gebeten, eine Selbsteinschätzung hierzu vorzunehmen. Diese Selbsteinschätzung stellt einen erheblichen Erkenntnisgewinn insofern dar, als nur auf diese Weise in Erfahrung gebracht werden kann, wie die verschiedenen Bevölkerungsgruppen ihre soziale Lage im Vergleich zu anderen wahrnehmen.

Insgesamt ordnet sich eine deutliche Mehrheit der Befragten (58 Prozent) der mittleren Mittelschicht zu. Das sind 11 Prozent mehr als beim letzten Sachsen-Monitor. Der unteren Mittelschicht fühlen sich 28 Prozent zugehörig, 6 Prozent weniger als 2018. Der Anteil derjenigen, die sich bei der Unterschicht verorten, ist ebenfalls von 11 Prozent (2018) auf nunmehr 5 Prozent deutlich zurückgegangen. Arbeitslose und Menschen ohne Schulabschluss ordnen sich dabei überproportional in der Unterschicht ein.



Es wird heutzutage viel darüber gesprochen, dass es in Deutschland verschiedene Bevölkerungsschichten gibt – die Unterschicht, die untere Mittelschicht, die mittlere Mittelschicht, die obere Mittelschicht.  
Was würden Sie sagen, welcher dieser Schichten rechnen sie sich selbst eher zu?

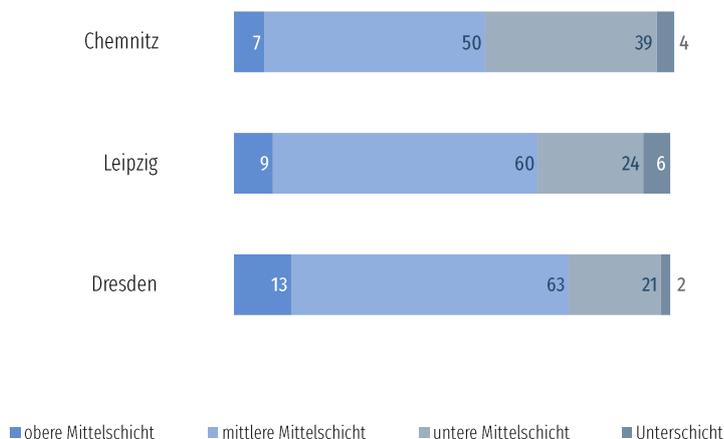


Veränderungen in Prozentpunkten zu 2018

### Abbildung 12- Subjektive Schichtzugehörigkeit I

Die Selbsteinschätzung in den drei sächsischen Großstädten divergiert erkennbar: Während sich in Chemnitz 43 Prozent der unteren Mittelschicht und Unterschicht zuordnen, sind es in Leipzig rund 30 Prozent und in Dresden lediglich 23 Prozent.

Es wird heutzutage viel darüber gesprochen, dass es in Deutschland verschiedene Bevölkerungsschichten gibt – die Unterschicht, die untere Mittelschicht, die mittlere Mittelschicht, die obere Mittelschicht.  
Was würden Sie sagen, welcher dieser Schichten rechnen sie sich selbst eher zu?



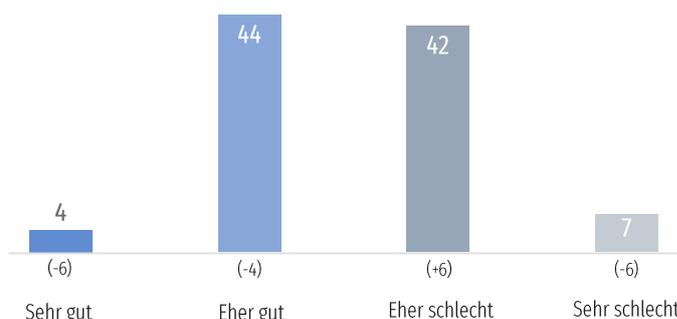
### Abbildung 13- Subjektive Schichtzugehörigkeit II



### 2.3.4 Bewertung der sozialen Mobilität

Die soziale Durchlässigkeit – also die Chancen auf einen sozialen Aufstieg – werden von den Befragten kontrovers bewertet: 48 Prozent halten sie für „gut oder sehr gut“, 49 Prozent indes für „eher schlecht oder sehr schlecht“. Die aktuellen Werte sind verhaltener als bei der letzten Befragung 2018. Damals empfanden noch 54 Prozent die soziale Durchlässigkeit „eher gut oder sehr gut“. Je jünger die Altersgruppe, desto mehr überwiegt der Optimismus. So halten 56 Prozent der 18 bis 29jährigen die Chancen für einen sozialen Aufstieg für gut, bei den über 70jährigen sind es nur 47 Prozent. Auch steigt der Optimismus mit höherem Bildungsniveau sowie in den höheren Schichten: 58 Prozent der Hochschulabsolventen sehen bessere Aufstiegschancen, bei Absolventen mit Realschulabschluss sind es lediglich 45 Prozent. Während die obere Mittelschicht zu 62 Prozent optimistisch ist, sind es bei der unteren Mittelschicht und Unterschicht nur 36 Prozent bzw. 15 Prozent.

Wie sind Ihrer Meinung nach heutzutage die Chancen in Deutschland sozial aufzusteigen – also von einer niedrigeren Bevölkerungsschicht in eine höhere Bevölkerungsschicht aufzusteigen? Würden Sie sagen...?



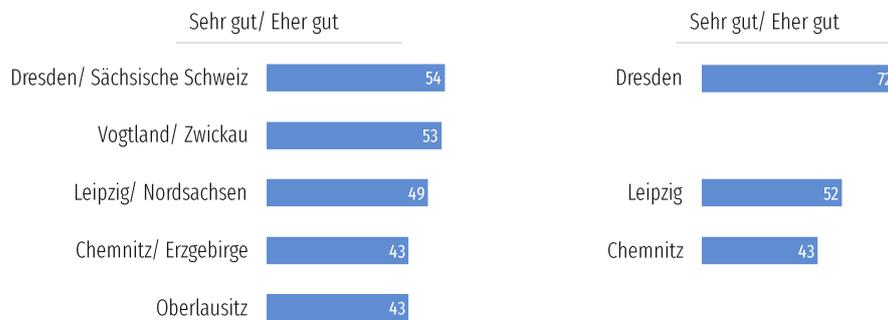
Veränderungen in Prozentpunkten zu 2018

Abbildung 14 – Chance auf sozialen Aufstieg

Wird nach persönlichen Chancen gefragt, ist der Optimismus ausgeprägter: 49 Prozent sind der Auffassung, sozial aufsteigen zu können, 37 Prozent sehen die persönlichen Chancen eher schlecht. Der persönliche Aufstiegsoptimismus ist dabei bei den jüngeren deutlich ausgeprägter: 81 Prozent bei den unter 29jährigen, 72 Prozent bei den 30-44jährigen. Auffallend sind regionale Unterschiede sowie Unterschiede bei den Großstädten: der persönliche Aufstiegsoptimismus ist in der Oberlausitz mit lediglich 43 Prozent unterdurchschnittlich ausgeprägt, den Gegenpol bildet die Region Vogtland/Zwickau mit 53 Prozent. Während 72 Prozent der Dresdner zustimmen, liegt der Anteil der Chemnitzer bei 43 Prozent. Leipzig nimmt mit 50 Prozent einen Mittelplatz ein.



Und wie ist das mit Ihnen persönlich? Wie schätzen Sie Ihre persönlichen Chancen ein, sozial aufzusteigen? Würden Sie sagen...?



**Abbildung 15 – Persönliche Chancen für sozialen Aufstieg**

Mit Blick auf die Aufstiegschancen der eigenen Kinder zeigen sich die Befragten verstärkt optimistisch: 80 Prozent beurteilen die Chancen „gut oder sehr gut“. Das sind nochmals 10 Prozent mehr als 2018 und 16 Prozent mehr als 2017.

Und wie ist das mit Ihren Kindern? Wie schätzen Sie die Chancen Ihrer Kinder ein, sozial aufzusteigen? Würden Sie sagen...?



**Abbildung 16 – Chancen der Kinder für sozialen Aufstieg**

Die Angst vor dem sozialen Abstieg ist in Sachsen nach wie vor gering ausgeprägt. 19 Prozent der Befragten (23 Prozent 2018) schätzen diese Gefahr als „hoch oder sehr hoch“ ein. Je niedriger die soziale



Selbsteinschätzung ist, desto höher liegt der Wert: So sehen in der Unterschicht 48 Prozent diese Gefahr, während die mittlere Mittelschicht mit insgesamt 14 Prozent bereits einen unterdurchschnittlichen Wert aufweist.

Die Gefahr des sozialen Abstiegs ihrer Kinder sinkt auf lediglich noch 19 Prozent der Befragten (22 Prozent 2018, 27 Prozent 2017).

### 2.3.5 Bewertung der persönlichen Lebensumstände

Bei der sächsischen Bevölkerung überwiegt die Skepsis: 62 Prozent sind der Auffassung, dass man mit dem Vertrauen gegenüber anderen Menschen „nicht vorsichtig genug sein“ kann. Innerhalb der Gruppen gibt es deutliche Unterschiede: Während 76 Prozent der Menschen mit Hauptschulabschluss wenig Vertrauen in andere Menschen haben, sind Hochschulabsolventen wesentlich offener: nur 37 Prozent sind der Auffassung, nicht vorsichtig genug sein zu können, 61 Prozent sind der Meinung, dass man „den meisten Menschen vertrauen kann“. Auffällig sind die Unterschiede zwischen Konfessionslosen und Angehörigen einer christlichen Konfession: Während 65 Prozent der Konfessionslosen gegenüber anderen Menschen „nicht vorsichtig genug“ sein wollen, sind es bei den Christen wesentlich weniger (52 Prozent).

Manche Leute sagen, dass man den meisten Menschen vertrauen kann. Andere sagen, dass man im Umgang mit anderen Menschen nicht vorsichtig genug sein kann. Was ist ihre Meinung dazu?

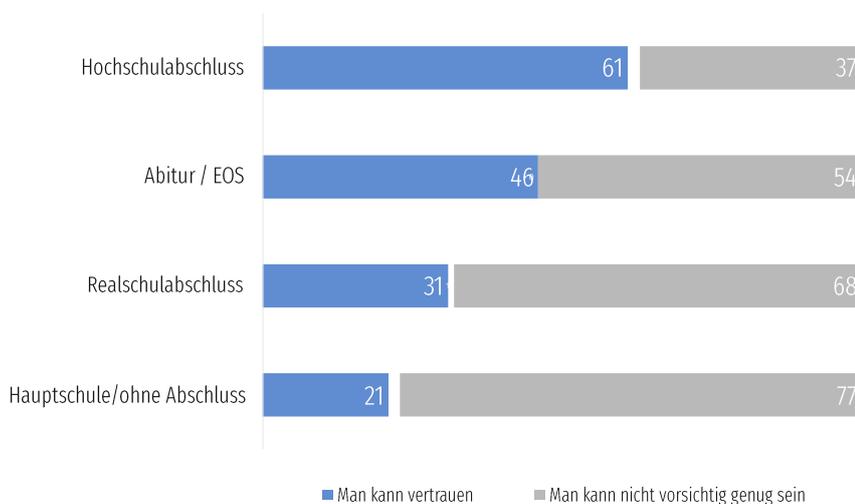


Abbildung 17 – Soziales Vertrauen

Ziel des Sachsen-Monitors ist es auch, die Zufriedenheit der Sachsen mit ihren persönlichen Lebensumständen zu erfassen. Dazu wurden den Befragten verschiedene Aspekte persönlicher Lebensumstände vorgelegt.

Insgesamt sind die Befragten mit ihrer persönlichen Lage sehr zufrieden. Ein Spitzenwert bildet dabei die Zufriedenheit mit der Wohnsituation. 93 Prozent sind mit ihrer Wohnsituation „zufrieden oder sehr zufrieden“, ein Wert, der sich grundsätzlich durch alle Gruppen trägt.



Ebenfalls sehr hoch ist die Zufriedenheit mit dem Ausmaß der Freizeit: 80 Prozent der Befragten zeigen sich zufrieden, lediglich bei der oberen Mittelschicht ist die Zustimmung mit 72 Prozent nicht ganz so ausgeprägt.

79 Prozent sind mit der Sicherheit auf Plätzen und Straßen in ihrer Umgebung zufrieden, auch hier gibt es kaum nennenswerte Abweichungen (Arbeitslose, Unterschicht).

Auch mit der gesundheitlichen Lage ist ein Großteil der Befragten zufrieden (79 Prozent), je niedriger die Schichtzugehörigkeit, desto verhaltener die Zustimmung (Unterschicht: 45 Prozent, untere Mittelschicht: 72 Prozent, mittlere Mittelschicht: 83 Prozent und obere Mittelschicht 93 Prozent Zustimmung).

Hohe Werte gibt es auch bei der Zufriedenheit mit der haus- und fachärztlichen Versorgung (78 Prozent „zufrieden“ oder „sehr zufrieden“). Abstufungen finden sich zwischen Regionen und Städten: Der Anteil der Unzufriedenen liegt – bei mehrheitlich deutlichen Zufriedenheitswerten - in der Stadt Chemnitz mit 32 Prozent sowie im Vogtland bei 33 Prozent am höchsten, gefolgt von der Region Chemnitz/Erzgebirge bei 30 Prozent sowie der Oberlausitz mit 29 Prozent.

Auch bei der Beschäftigungssituation ergeben sich mit 77 Prozent „zufrieden“ oder „sehr zufrieden“ hohe Zustimmungswerte. Arbeitslose, Angehörigen der Unterschicht teilen diese Zustimmung mehrheitlich nicht.

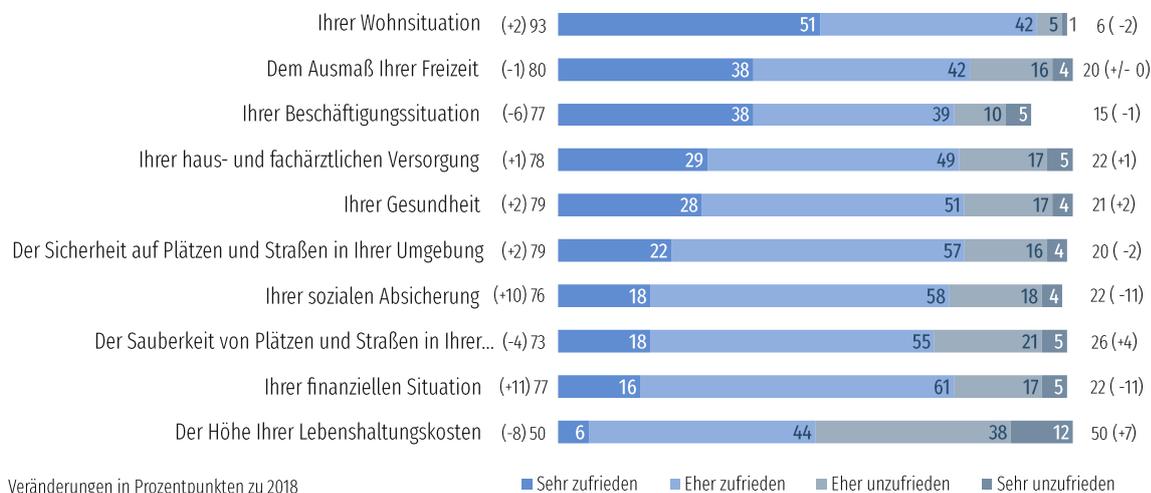
Auch bei der eigenen sozialen Absicherung sind die Zufriedenheitswerte mit 76 Prozent sehr hoch, bei der betroffenen Altersgruppe der Rentner (Altersgruppe über 70 Jahre) ist die Zustimmung nochmals signifikant höher (87 Prozent). Mit der Sauberkeit von Straßen und Plätzen sind 73 Prozent zufrieden, in der Unterschicht ist diese Zustimmung mit 54 Prozent weniger ausgeprägt.

Mit ihrer finanziellen Situation zeigen sich 77 Prozent der Befragten zufrieden.

Im Vergleich zu diesen hohen Zustimmungswerten fällt die Zufriedenheit mit den Lebenshaltungskosten deutlich ab: 50 Prozent sind „zufrieden“ oder „sehr zufrieden“, 50 Prozent zeigen sich „eher oder sehr unzufrieden“. Dies sind insgesamt 8 Prozent niedriger als noch 2018. Insbesondere Frauen zeigen sich mehrheitlich unzufrieden (53 Prozent). Deutlich unzufrieden sind Singles mit Kindern (67 Prozent), Geschiedene (66 Prozent) und Arbeiter (59 Prozent). Ferner äußern sich Angehörige der Unterschicht (70 Prozent) sowie der unteren Mittelschicht (64 Prozent) unzufrieden.



Wie zufrieden sind Sie mit Ihren persönlichen Lebensumständen? Ich lese Ihnen nun einige Aspekte vor und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie persönlich damit sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden sind. Wie ist das mit...?



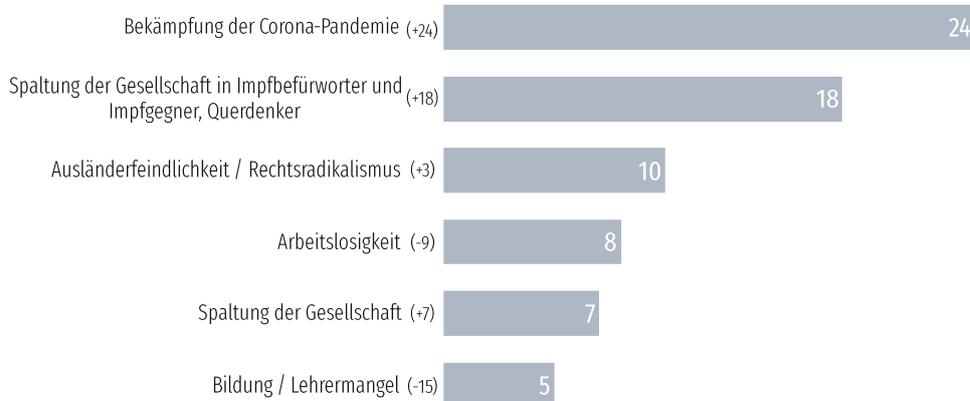
**Abbildung 18 – Zufriedenheit mit den persönlichen Lebensumständen**

Bei den Fragen des Sachsen-Monitors handelt es sich in der Regel um geschlossene Fragen, bei denen den Befragten Antwortmöglichkeiten zur Auswahl vorgegeben werden. Die Frage nach dem gegenwärtig wichtigsten Problem in Sachsen wurde hingegen als offene Frage formuliert. Die unterschiedlichen Antworten der Befragten wurden nach der Erhebung ausgewertet und in Themengruppen zusammengefasst.

Dominierendes Thema ist die Bekämpfung der Corona-Pandemie (24 Prozent) sowie die in diesem Zusammenhang stehenden Herausforderungen wie die Polarisierung in Impfgegner bzw. Impfbefürworter oder die Querdenker-Bewegung (18 Prozent). Danach folgen mit 10 Prozent die Sorge vor Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus, mit 8 Prozent das Thema Arbeitslosigkeit sowie mit 7 Prozent die allgemeine Sorge vor einer Spaltung der Gesellschaft. Das Thema Bildung/Lehrermangel, 2018 noch mit 20 Prozent vorne stehend, wird lediglich von 5 Prozent der Befragten benannt. In den einzelnen Bevölkerungsgruppen gibt es wenige Unterschiede bei der Wichtigkeit der einzelnen Themengruppen. Die Sorge einer gesellschaftlichen Polarisierung durch den Gegensatz zwischen Impfgegnern und Impfbefürwortern/Querdenkern beträgt bei den Hochschulabsolventen bzw. der oberen Mittelschicht 29 Prozent, in Dresden ist der Wert mit 27 Prozent höher als in den anderen Großstädten.



Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste Problem in Sachsen?



Veränderungen in Prozentpunkten zu 2018

**Abbildung 19 – Wichtigste Probleme in Sachsen**

Ebenfalls in einer offenen Frage wurde nach den größten Chancen für Sachsen gefragt. 21 Prozent sehen in der Ansiedlung neuer Industrien und der Förderung der Wirtschaft die größte Chance für den Freistaat, alle weiteren Nennungen liegen unter 10 Prozent. In den einzelnen Bevölkerungsgruppen gibt es keine nennenswerten Unterschiede, einzig Dresden sticht mit 16 Prozent Nennung der Förderung Innovativer Technik hervor. Rund 30 Prozent der Befragten wissen nicht, wie sie auf die Frage antworten sollen.

Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig die größte Chance in Sachsen?



Nennung ab 5 Prozent

**Abbildung 20 - Chancen in Sachsen**



Auf die Frage nach möglichen negativen Entwicklungen in der Zukunft geben 86 Prozent der Befragten an, dass die Zunahme der Gegensätze zwischen Arm und Reich ihnen große Sorge macht. Diese sehr skeptische Einstellung ist in allen Gruppen anzutreffen. An zweiter Stelle steht die Sorge, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt verlorengeht (79 Prozent). Lediglich die jüngste Altersgruppe teilt diese Sorgen in einem etwas geringeren Umfang. Dass es den kommenden Generationen schlechter gehen wird, nehmen 67 Prozent an. Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen sind dabei marginal. Auch der Klimawandel weckt Befürchtungen: 64 Prozent der Befragten machen sich Sorgen, in Leipzig sind es gar 79 Prozent. Unterschiede zwischen den Generationen sind hier nicht auffällig. Die Sorge, dass die Rente nicht zum Leben reicht, teilen schließlich 54 Prozent der Befragten, wobei die Sorge bei den jüngeren (70 Prozent bei den 30-44jährigen), sowie bei den Arbeitern (73 Prozent) überproportional vorherrscht. Die Sorge, dass die deutsche Kultur und Eigenart verloren gehen (53 Prozent), ist schließlich bei jüngeren und Hochschulabsolventen signifikant weniger ausgeprägt.

Fragt man nach den persönlichen Zukunftsaussichten, ergibt sich hingegen ein optimistisches Bild: Lediglich 31 Prozent der sächsischen Bevölkerung machen sich „eher oder sehr große Sorgen“, dass es ihnen persönlich eher schlechter gehen wird, „eher geringe oder keine Sorgen“ machen sich 69 Prozent. Je nach Schichtzugehörigkeit variieren diese Werte indes: während sich nur 12 Prozent der oberen Mittelschicht sorgen, sind es bei der mittleren Mittelschicht 25 Prozent, bei der unteren Mittelschicht 45 Prozent und bei der Unterschicht bereits eine deutliche Mehrheit von 55 Prozent der Befragten. Die Sorge, das wieder zu verlieren, was man sich seit der Wiedervereinigung erarbeitet hat, ist hingegen wenig ausgeprägt: 24 Prozent machen sich sehr große oder eher große Sorgen, 72 Prozent teilen diese Sorgen nicht. In Großstädten und in der Oberlausitz ist der Wert mit 27 Prozent etwas höher, ebenfalls bei den vorübergehend Arbeitslosen mit 39 Prozent. Auch den möglichen Verlust des Arbeitsplatzes umtreibt nur eine Minderheit: 11 Prozent sorgen sich, 81 Prozent machen sich „geringe oder keine Sorgen“. Lediglich bei den Arbeitslosen ist der Anteil der sich Sorgenden erkennbar höher, wenn auch von einem Mehrheitsempfinden in dieser Gruppe weit entfernt (32 Prozent).

Nun lese ich Ihnen einige mögliche negative Aussagen über die Zukunft vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie sich deswegen sehr große, eher große, eher geringe oder keine Sorgen machen? Machen Sie sich Sorgen,...

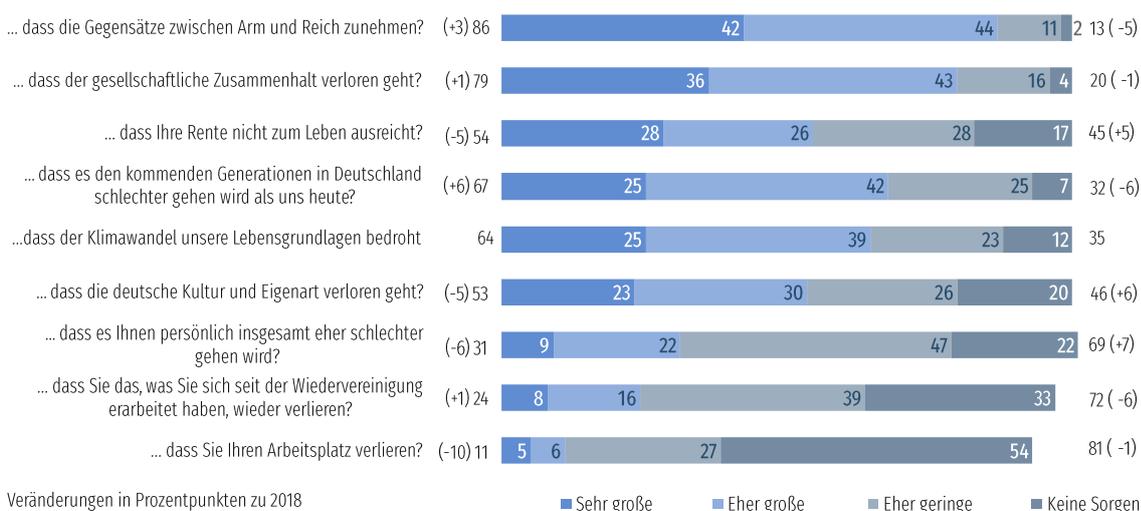


Abbildung 21 - Zukunftssorgen



## 2.4 Politisches Interesse / Politische Partizipation

Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie ab und zu auch mal eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie einer bestimmten Partei in Deutschland zu?

Wenn ja: Welcher Partei neigen Sie zu?



Veränderungen in Prozentpunkten zu 2018

### Abbildung 22 - Parteipräferenz

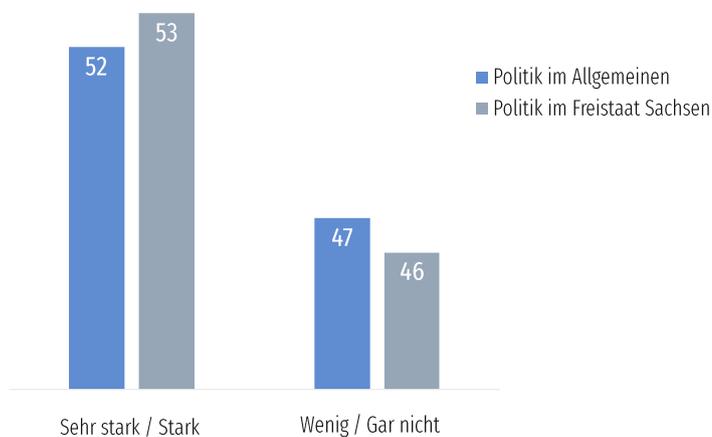
Gegenüber dem Sachsen-Monitor 2018 hat die Zahl derjenigen, die keiner Partei zuneigen, von 66 auf 42 Prozent, das heißt um bemerkenswerte 24 Prozentpunkte abgenommen. Die Befragten wurden gebeten, ihre Neigungen spontan zu nennen. Die Befunde haben einen anderen Charakter als Antworten auf die sogenannte Sonntagsfrage.

Diese Zahl verteilt sich ziemlich gleichmäßig über alle Bevölkerungsgruppen. Auffällig ist die Differenz zwischen Verheirateten ohne Kinder (47 Prozent) und Verheirateten mit Kindern (37 Prozent). Deutlich unter dem Durchschnitt liegen Angehörige der oberen Mittelschicht (33 Prozent) sowie Personen mit Hochschulabschluss, Angehörige einer christlichen Konfession sowie Befragte aus der Region Chemnitz/Erzgebirge und der Stadt Leipzig (jeweils 31 Prozent). Deutlich über dem Durchschnitt liegen Befragte aus der Region Vogtland/Zwickau (57 Prozent), der Stadt Dresden (53 Prozent) und Orten mit einer Einwohnerzahl zwischen 20.000 und 100.000 (51 Prozent).



Wie stark interessieren Sie sich für Politik im Allgemeinen? Würden Sie sagen sehr stark, stark, wenig oder gar nicht?

Wie stark interessieren Sie sich für Politik im Freistaat Sachsen? Würden Sie sagen sehr stark, stark, wenig oder gar nicht?

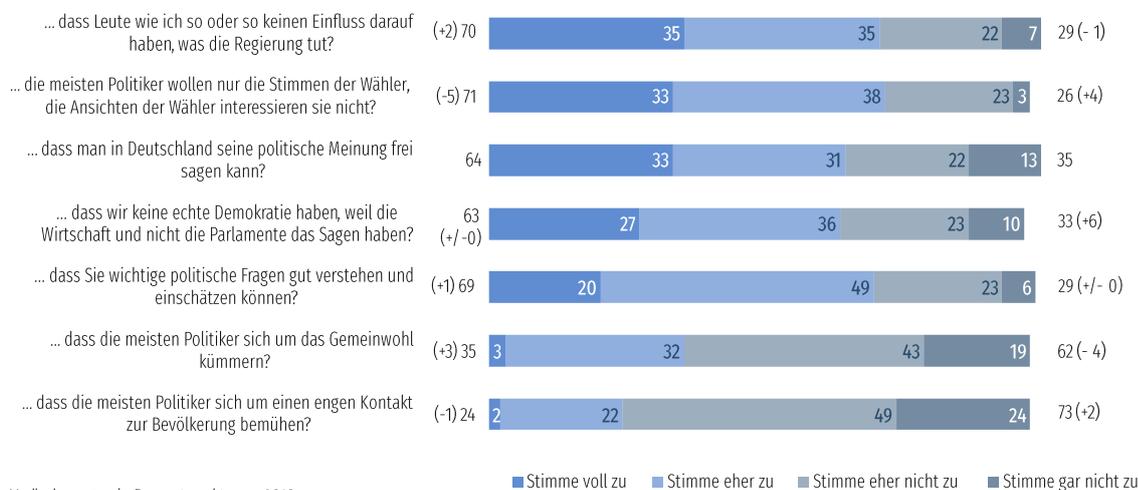


**Abbildung 23 - Politikinteresse**

Aufs Ganze gesehen, gibt es praktisch keinen Unterschied zwischen dem Interesse an Politik im Allgemeinen (Interesse stark/sehr stark: 52 Prozent; +11 Prozentpunkte gegenüber 2018) und an Politik im Freistaat Sachsen (53 Prozent; +10 Prozentpunkte gegenüber 2018). In beiden Bereichen steigt das Interesse mit der Höhe des Bildungsabschlusses und der subjektiven Schichtzuordnung. Bei den 18- bis 29-jährigen fällt ein unterdurchschnittliches Interesse auf. In Bezug auf Politik im Allgemeinen ist es mit 41 Prozent stärker ausgeprägt als in Bezug auf Politik in Sachsen (30 Prozent). Umgekehrt verhält es sich bei der Gruppe 70+: Dort ist das Interesse an Politik in Sachsen (61 Prozent) größer als an Politik im Allgemeinen (55 Prozent). Besonders hoch ist das politische Interesse bei Befragten mit Hochschulabschluss (75 Prozent bzw. 66 Prozent).



Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie persönlich den folgenden Aussagen voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen. Haben Sie das Gefühl, ...



**Abbildung 24 - Meinungen**

Bei jüngeren Befragten (18–44 Jahre) ist das Gefühl, Politiker hätten kein Interesse an den Ansichten der Wählerin und Wähler, mit 61 bis 63 Prozent unterdurchschnittlich, bei älteren Befragten (ab 45 Jahren) mit 72 bis 77 Prozent überdurchschnittlich ausgeprägt. Überdurchschnittlich skeptisch sind Pessimisten (87 Prozent), Personen, die die Verhältnisse in Deutschland eher ungerecht finden (83 Prozent), Arbeiter (74 Prozent) und Befragte mit Hauptschulabschluss (74 Prozent). Unterdurchschnittlich ist die Skepsis dagegen bei Befragten, die die Verhältnisse in Deutschland eher gerecht finden (54 Prozent), Personen mit Hochschulabschluss (56 Prozent), Beamten (61 Prozent) und Optimisten (64 Prozent). Über dem Durchschnitt liegen skeptische Einstellungen in der Region Oberlausitz (77 Prozent).

Ein ähnliches Bild zeigt sich im Hinblick auf das Gefühl „Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“. Bemerkenswert ist hier die Differenz zwischen männlichen (67 Prozent) und weiblichen Befragten (74 Prozent), auffällig auch der Unterschied zwischen konfessionslosen (74 Prozent) und christlichen (64) Befragten. Das Ohnmachtsgefühl wächst mit abnehmender Demokratiezufriedenheit (sehr Unzufriedene: 86 Prozent, sehr Zufriedene: 25 Prozent), abnehmendem Bildungsniveau (Hauptschulabschluss: 80 Prozent, Hochschulabschluss: 52 Prozent), abnehmender Schichtzuordnung (Unterschicht: 83 Prozent, obere Mittelschicht: 43 Prozent), Distanz zur Arbeitswelt (vorübergehend arbeitslos: 81 Prozent, teilweise berufstätig: 70 Prozent, voll berufstätig: 65 Prozent), zunehmendem Alter (70+ Jahre: 78 Prozent, 18–29 Jahre: 57 Prozent).

Ein gutes Verständnis und eine gute Einschätzung wichtiger politischer Fragen trauen sich 77 Prozent der Männer, aber nur 62 Prozent der Frauen zu. Auch hier fällt die Zehn-Punkte-Differenz zwischen christlichen (77 Prozent) und konfessionslosen (67 Prozent) Befragten auf. Besonders hoch ist das Vertrauen in das eigene politische Urteilsvermögen bei Befragten im Alter zwischen 45 und 69 Jahren (72 Prozent), besonders niedrig bei jungen Befragten (62 Prozent). Das Selbstvertrauen wächst mit der Integration in die Arbeitswelt, dem Bildungsniveau, steigender Schichtzuordnung und steigender Demokratiezufriedenheit. Bei Befragten, die anderen Menschen gegenüber misstrauisch sind, liegt es mit 63 Prozent sehr deutlich unter dem Wert, der bei vertrauensbereiten Befragten ermittelt wurde (80 Prozent).



Dass man in Deutschland seine politische Meinung frei sagen kann, empfinden Befragte der Altersgruppe 70+ mit 72 Prozent deutlich stärker als die 18- bis 29-Jährigen (64 Prozent). Angesichts dieses Befundes bei jüngeren Befragten fällt allerdings auf, dass Personen, die sich in Ausbildung befinden, zu 81 Prozent angeben, sie fühlen sich frei, ihre politische Meinung zu sagen. Nur 51 Prozent der vorübergehend Arbeitslosen und sogar nur 43 Prozent der Nicht-Berufstätigen teilen diese Empfindung. Deutlich über dem Durchschnitt liegt sie bei Personen, für die es in Deutschland eher gerecht zugeht (86 Prozent), bei Befragten mit Hochschulabschluss (81 Prozent), Angehörigen der oberen Mittelschicht (78 Prozent), vertrauensbereiten Personen (77 Prozent), christlichen Befragten (74 Prozent), Optimisten (71 Prozent) und Befragten ohne Kinder (Singles 71, verheiratet 70 Prozent). Auffällig ist der Unterschied zwischen den Regionen Vogtland/Zwickau (70 Prozent) und Oberlausitz (59 Prozent) sowie zwischen den Städten Leipzig (72 Prozent) und Chemnitz (49 Prozent). Extrem ist die Diskrepanz zwischen Befragten mit sehr hoher (94 Prozent) und sehr niedriger (20 Prozent) Demokratiezufriedenheit.

„Wir haben keine echte Demokratie, weil die Wirtschaft und nicht die Parlamente das Sagen haben“, meinen überdurchschnittlich viele 60- bis 69-Jährige (70 Prozent) und unterdurchschnittlich viele 18- 44-Jährige (58 Prozent). Bei den Nicht-Berufstätigen sind 77 Prozent, bei den vorübergehend Arbeitslosen 73 Prozent dieser Auffassung; doch nur 44 Prozent der in Ausbildung befindlichen Befragten meinen das. Differenziert man nach Bildungsniveau, so ist diese Auffassung besonders stark unter Personen mit Realschulabschluss vertreten (69 Prozent) und besonders schwach unter Personen mit Hochschulabschluss (51 Prozent). Dem entsprechen die Befunde im Blick auf die subjektive Schichtzuordnung: Höhere Zustimmungswerte bei Angehörigen der Unterschicht und der unteren Mittelschicht (70 bzw. 72 Prozent), deutlich niedrigere Zustimmungswerte bei Angehörigen der oberen Mittelschicht (37 Prozent). Auch hier gibt es eine enorme Diskrepanz zwischen Befragten mit sehr hoher (89 Prozent) und sehr niedriger (32 Prozent) Demokratiezufriedenheit.

Die Zahl derjenigen, deren Meinung nach die meisten Politiker sich um das Gemeinwohl kümmern (35 Prozent), verhält sich komplementär zur Zahl der Befragten, deren Ansicht nach die meisten Politiker sich nicht für die Ansichten der Wähler interessieren (71 Prozent). Relativ hoch ist diese positive Sicht bei Befragten mit Hochschulabschluss (51 Prozent), aus der oberen Mittelschicht (50 Prozent) und bei den 18- bis 29-Jährigen (44 Prozent), besonders niedrig bei Angehörigen der unteren Mittelschicht (27 Prozent) und vorübergehend Arbeitslosen (24 Prozent). Eine auffällige Diskrepanz gibt es zwischen der Region Oberlausitz (27 Prozent) und der Region Chemnitz/Erzgebirge (38 Prozent) und sowie der Stadt Chemnitz (32 Prozent) und der Stadt Leipzig (40 Prozent).

Bei der Frage, ob sich nach dem Eindruck der Befragten die meisten Politiker um einen engen Kontakt zu Bevölkerung bemühen, ergibt sich durch alle soziodemographischen Gruppen hindurch ein recht homogenes Bild. Auffällige Abweichungen zeigen sich bei Personen mit Hochschulabschluss (35 Prozent bejahend, 61 Prozent verneinend) und bei Arbeitern (18 Prozent bejahend, 77 Prozent verneinend).



Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?

Politische Einflussnahme I

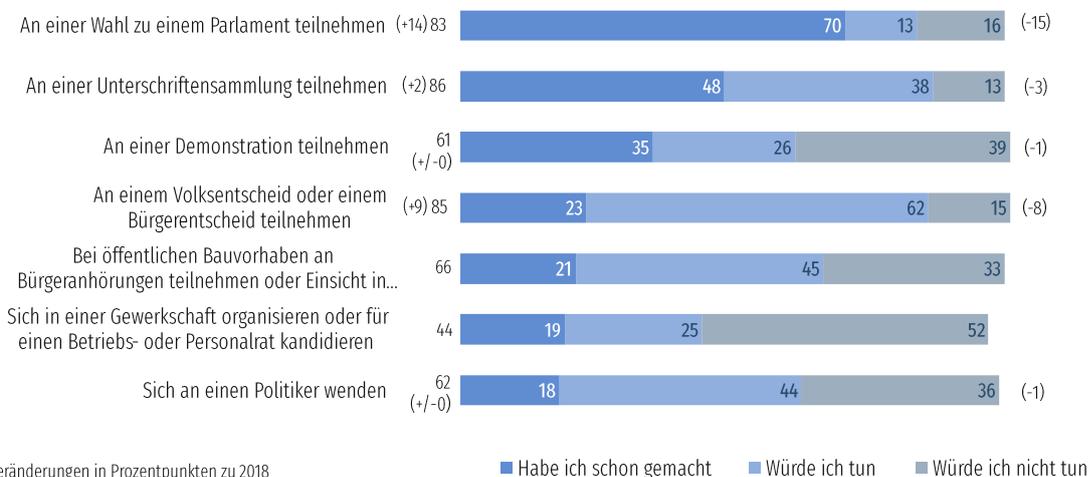


Abbildung 25 – Politische Einflussnahme I

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?

Politische Einflussnahme II

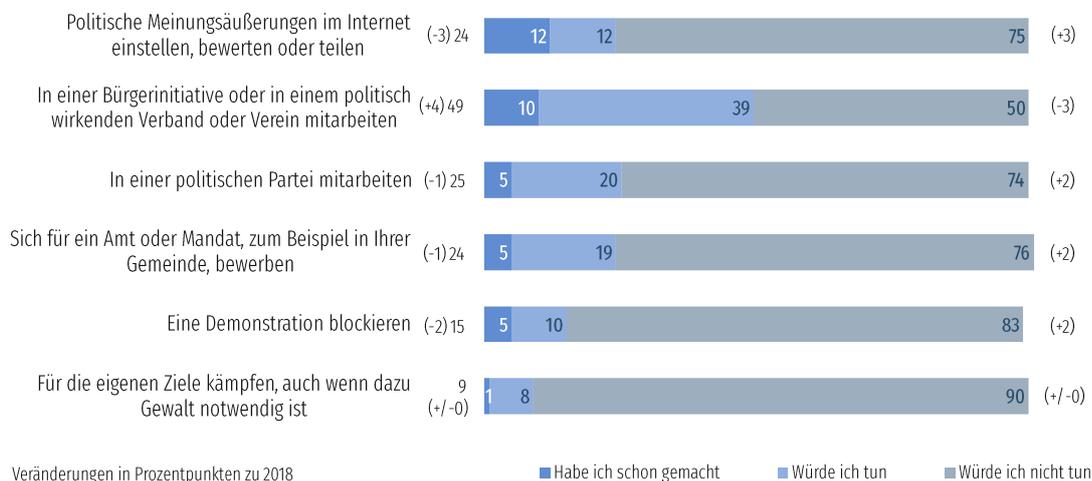


Abbildung 26 - Politische Einflussnahme II

Die Beteiligung an einer Wahl zum Parlament ist bei 18- bis 29-jährigen mit 67 Prozent leicht unterdurchschnittlich, ebenso bei alleinlebenden Personen; bei Singles ohne Kinder beträgt sie nur 58 Prozent. Während die Zahl derjenigen, die schon einmal an einer Parlamentswahl teilgenommen haben, bei den Beamten besonders hoch ist (80 Prozent), fällt sie bei den Arbeitern besonders niedrig aus (57 Prozent); knapp ein Viertel (23 Prozent) der befragten Arbeiter erklärt, gar nicht an einer Wahl teilnehmen zu wollen. Die Zahl derjenigen, die schon einmal gewählt haben, nimmt deutlich zu mit dem Bildungsniveau (Hauptschulabschluss: 50 Prozent,



Hochschulabschluss: 83 Prozent) und mit der subjektiven Schichtzuordnung (Unterschicht: 56 Prozent, obere Mittelschicht 79 Prozent). Knapp ein Drittel (31 Prozent) der Befragten mit Hauptschulabschluss würde nicht wählen gehen. Besonders niedrig ist die Zahl derjenigen, die schon einmal gewählt haben, in der Region Oberlausitz (57 Prozent) und in der Stadt Leipzig (63 Prozent), besonders hoch in der Region Dresden/Sächsische Schweiz (86 Prozent) und in der Stadt Dresden (92 Prozent).

Ihr passives Wahlrecht würden unterdurchschnittlich viele Männer (71 Prozent) und überdurchschnittlich viele Frauen (81 Prozent) nicht wahrnehmen. Für ein Amt oder Mandat würden sich jedoch überdurchschnittlich viele 30- bis 44-Jährige (30 Prozent) und 18- bis 29-Jährige (28 Prozent) bewerben. Deutlich unter den Durchschnitt derjenigen, die die Wahrnehmung des passiven Wahlrechts für sich ausschließen, liegen die voll Berufstätigen (69 Prozent); allerdings würden überdurchschnittlich viele Arbeiter (81 Prozent) sich nicht für ein Amt oder Mandat bewerben. Die Zurückhaltung sinkt mit steigendem Bildungsabschluss (Hauptschulabschluss: 85 Prozent, Hochschulabschluss: 64 Prozent) und mit steigender Schichtzuordnung (Unterschicht: 88 Prozent, obere Mittelschicht: 57 Prozent). Befragte in der Stadt Dresden sind deutlich weniger abgeneigt, ihr passives Wahlrecht wahrzunehmen (73 Prozent), als Befragte in Chemnitz (83 Prozent); höher als anderswo ist die Zurückhaltung in Orten von 20.000 bis unter 100.000 Einwohnern (82 Prozent).

An einem Volks- oder Bürgerentscheid haben sehr viel weniger Befragte (23 Prozent) schon einmal teilgenommen als an einer Wahl (70 Prozent). Deutlich unter dem Durchschnitt liegt hier die Zahl der 18- bis 29-Jährigen (10 Prozent); das dürfte daran liegen, dass sie weniger Gelegenheiten hatten, denn 68 Prozent erklären, sie würden an einem Volks- oder Bürgerentscheid teilnehmen. Niedrig sind die Teilnahmezahlen bei Personen, die nicht, noch nicht oder nicht mehr ins Berufsleben integriert sind (nicht Berufstätige: 10 Prozent; vorübergehend Arbeitslose oder in der Ausbildung: je 11 Prozent); auffallend sind auch die niedrigen Resultate bei Arbeitern (13 Prozent). In den Regionen Dresden/Sächsische Schweiz (31) und Leipzig/Nordsachsen (28 Prozent) sowie in den Städten Dresden (47 Prozent) und Leipzig (32 Prozent) liegen die Resultate weit über, in der Stadt Chemnitz (5 Prozent) extrem unter dem Durchschnitt.

Besonders häufig (57 Prozent) haben an einer Unterschriftensammlung schon einmal teilgenommen die 45- bis 59-Jährigen (57 Prozent) und die voll Berufstätigen (54), besonders selten (37 Prozent) die Befragten der Altersgruppe 70+ und die Rentner/Pensionäre (40 Prozent). Deutlich unter dem Durchschnitt (30 Prozent) liegt das Ergebnis für Befragte mit Hauptschulabschluss, deutlich darüber das Ergebnis für Befragte mit Hochschulabschluss (67 Prozent). In der Region Dresden/Sächsische Schweiz haben 55 Prozent und in der Stadt Dresden 73 Prozent schon einmal an einer Unterschriftensammlung teilgenommen, in Chemnitz sind es nur 28 Prozent gewesen.

An einer Demonstration haben überdurchschnittlich viele 45- bis 59-Jährige (45 Prozent) und teilweise Berufstätige (45 Prozent) teilgenommen, dagegen Personen der Altersgruppe 70+ (26 Prozent) und Rentner/Pensionäre (27 Prozent) besonders selten. Auch hier zeigt sich wieder eine deutliche Spreizung nach Bildungsniveau (von 24 bis 53 Prozent) und subjektiver Schichtzuordnung (32 bis 45 Prozent). In den Regionen Vogtland/Zwickau (26 Prozent) und Oberlausitz (29 Prozent) sowie in der Stadt Chemnitz (29 Prozent) haben unterdurchschnittlich viele Befragte schon einmal an einer Demonstration teilgenommen; überdurchschnittlich viele Befragte dort (42, 41 bzw. 44 Prozent) erklären, sie würden das auch künftig nicht tun. Ganz anders das Bild in der Region Leipzig/Nordsachsen und in der Stadt Leipzig: Dort haben 44 bzw. 51 Prozent der Befragten schon einmal an einer Demonstration teilgenommen.

Beteiligung an Bürgeranhörungen bei öffentlichen Bauvorhaben oder Einsicht in die Planungsunterlagen geben nur 5 Prozent der 18- bis 29-Jährigen an; wie bei der Teilnahme an einem Volks- oder



Bürgerentscheid kann auch hier vermutet werden, dass solche Handlungen noch außerhalb des Erfahrungshorizonts der meisten Angehörigen dieser Altersgruppe liegen. Deutlich über dem Durchschnitt liegt der Beteiligungswert bei Verheirateten mit Kindern (29 Prozent), Angehörigen der oberen Mittelschicht (26 Prozent) und Befragten aus der Region Dresden/Sächsische Schweiz (25 Prozent), deutlich unter dem Durchschnitt in der Stadt Chemnitz (8 Prozent).

Die Zahl derjenigen, die sich schon einmal in einer Gewerkschaft organisiert oder für einen Betriebs- oder Personalrat kandidiert haben bzw. beides in Zukunft tun würden, beträgt bei den 18- bis 29-Jährigen 54 Prozent, bei den 30- bis 44-Jährigen 55 Prozent und bei den 45-59-Jährigen 52 Prozent; bei Angestellten sind es 55, bei Arbeitern 45 Prozent.

In einer Bürgerinitiative oder in einem politisch wirkenden Verband oder Verein mitgearbeitet haben erst 3 Prozent der 18- bis 29-Jährigen, aber 45 Prozent von ihnen können sich das für die Zukunft vorstellen. Bei Personen mit Kindern – Singles oder Verheirateten – ist die Bereitschaft zur zivilgesellschaftlichen Mitarbeit überdurchschnittlich ausgeprägt: Singles 63 Prozent, Verheiratete 55 Prozent. Es fällt auf, dass überdurchschnittlich viele voll Berufstätige (58 Prozent) sich zivilgesellschaftlich engagieren oder ein solches Engagement erwägen; bei Rentnern/Pensionären ist diese Neigung gering (38 Prozent). Besonders hoch ist sie bei Angehörigen der oberen Mittelschicht (70 Prozent), Personen mit Hochschulabschluss (69 Prozent), Befragten mit Abitur (64 Prozent), Befragten mit hoher Demokratiezufriedenheit (60 Prozent) und Angehörigen einer christlichen Konfession (58 Prozent).

Wenn es um die Mitarbeit in einer politischen Partei geht, sagen 24 Prozent der männlichen und 15 Prozent der weiblichen Befragten, sie könnten sich ein solches Engagement vorstellen. Nicht vorhanden ist diese Bereitschaft bei zwei Dritteln der 18- bis 29-Jährigen und der 30- bis 44-Jährigen (66 bzw. 64 Prozent), bei rund drei Vierteln der 45- bis 59-Jährigen (73 Prozent) und gut vier Fünfteln der 60- bis 69-Jährigen sowie der Altersgruppe der über 70-Jährigen (je 83 Prozent). Die Nichtbereitschaft, eine Parteimitarbeit zu erwägen, nimmt mit wachsendem Bildungsniveau von 81 Prozent (Hauptschulabschluss) auf 62 Prozent (Hochschulabschluss) ab, ebenso mit steigender Schichtzuordnung von 84 Prozent (Unterschicht) auf 59 Prozent (obere Mittelschicht). Auch unter Befragten aus Leipzig (66 Prozent) und Personen mit hoher Demokratiezufriedenheit (59 Prozent) liegt die Abneigung gegen eine Parteimitarbeit deutlich unter dem Durchschnitt.

Unter den Befragten, die sich schon einmal an einen Politiker gewandt haben, stechen die Freiberufler/Selbstständigen mit 37 Prozent, die Inhaber eines Hochschulabschlusses und die Angehörigen der oberen Mittelschicht mit jeweils 34 Prozent hervor. Mehr als die Hälfte der Befragten mit Hauptschulabschluss (57 Prozent) und der Unterschichtangehörigen (52 Prozent) schließen einen solchen Schritt für sich aus.

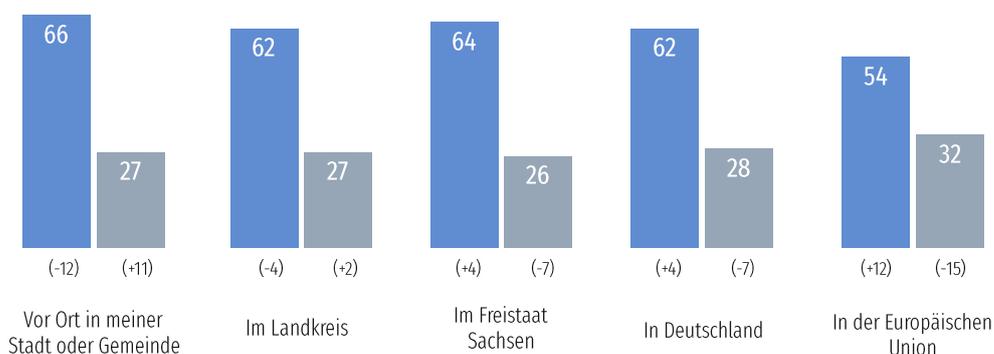
Politische Meinungsäußerungen im Internet einstellen, bewerten oder teilen ist eine Praxis, die bei den 18- bis 29-Jährigen (20 Prozent) und den 30- bis 44-Jährigen (19 Prozent) deutlich weiter verbreitet ist als bei den Älteren, ebenso bei Befragten mit höheren Bildungsabschlüssen (Abitur und Hochschulabschluss: je 19 Prozent) im Vergleich zu Befragten mit niedrigeren Bildungsabschlüssen (Hauptschule: 5 Prozent, Realschule: 11 Prozent). Personen, die sich der oberen Mittelschicht zuordnen, nutzen das Internet für politische Meinungsäußerungen häufiger (22 Prozent) als Personen aus niedrigeren Schichten. Mit 82 Prozent ist die Zahl derjenigen, die dieses Mittel nicht nutzen, in der Region Vogtland/Zwickau deutlich ausgeprägter als in anderen Gegenden; besonders hoch liegt sie auch in Städten unter 5.000 Einwohnern (84 Prozent). Im Städtevergleich liegt Dresden bei der politischen Internet-Nutzung an erster Stelle mit 23 Prozent, Chemnitz an dritter Stelle mit 15 Prozent.



Befragte im Alter zwischen 18 und 29 Jahren haben schon öfter eine Demonstration blockiert (10 Prozent) oder würden es tun (13 Prozent) als Befragte ab 45 Jahren. Sieht man von den nicht berufstätigen Befragten ab, ist die Ablehnung dieser Protestform umso höher, je stärker die Befragten in die Arbeitswelt integriert sind (voll oder teilweise Berufstätige: 81 bzw. 80 Prozent, vorübergehend Arbeitslose oder in der Ausbildung Befindliche: 77 bzw. 69 Prozent). Während 86 Prozent der Personen mit Hauptschulabschluss eine Demonstration nicht blockieren würden, wären nur 70 Prozent der Personen mit Hochschulabschluss dagegen. Bei der Schichtzugehörigkeit zeigt sich ein anderes Bild: Überdurchschnittlich viele Angehörige der Unterschicht (20 Prozent) und der oberen Mittelschicht (27 Prozent) haben schon einmal eine Demonstration blockiert oder wären bereit dies zu tun, in der unteren und mittleren Mittelschicht sind dies 12 Prozent bzw. 15 Prozent. Überdurchschnittlich hoch ist die Zahl derjenigen, die schon einmal eine Demonstration blockiert haben oder dazu bereit wären, in der Stadt Leipzig (30 Prozent); überdurchschnittlich hoch ist die Zahl der Ablehnenden in Städten mit 5.000 bis unter 20.000 Einwohnern (90 Prozent).

Für die eigenen Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist, haben bereits getan oder würden tun 18 Prozent der 18- bis 29-jährigen und 14 Prozent der 30- bis 44-jährigen. Mit zunehmendem Alter steigt die Ablehnung der Gewaltoption von 91 (45- bis 49-Jährige) auf 98 Prozent (70+) ab. Sie nimmt auch zu mit steigender Schichtzuordnung (Unterschicht: 77 Prozent, obere Mittelschicht: 92 Prozent). Die Ablehnung der Gewaltoption ist deutlich stärker in der Oberlausitz (93 Prozent) und der Stadt Leipzig (90 Prozent) als in den Regionen Leipzig/Nordsachsen (88 Prozent) und Chemnitz/Erzgebirge (87 Prozent) sowie der Stadt Chemnitz (84 Prozent).

Auf welcher politischen Ebene wünschen Sie sich ganz persönlich mehr Bürgerbeteiligung und auf welcher Ebene wünschen Sie sich das nicht?



Veränderungen in Prozentpunkten zu 2018

■ Wünsche ich mir mehr Beteiligung

■ Wünsche ich mir nicht mehr Beteiligung

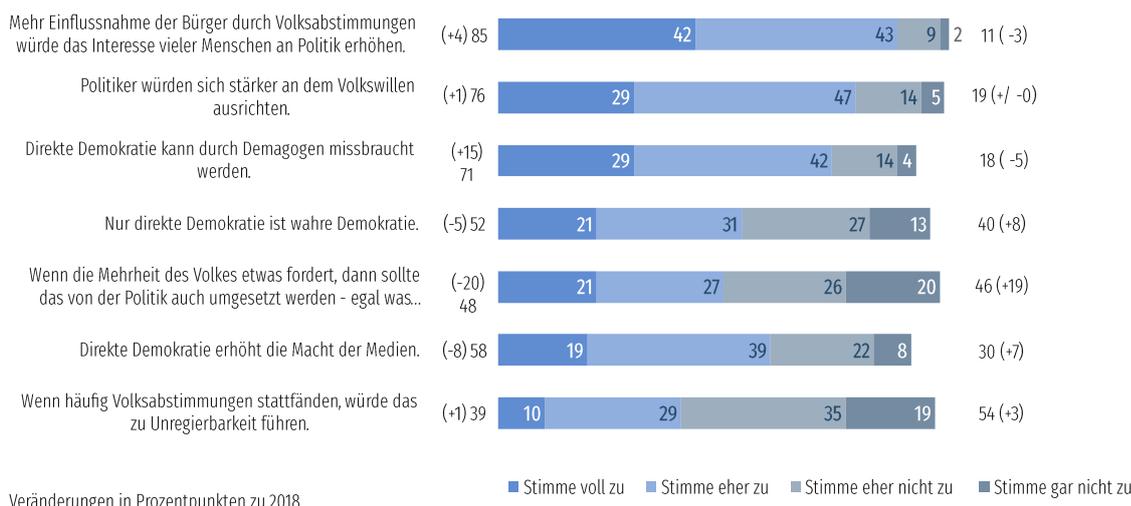
### Abbildung 27 - Bürgerbeteiligung

Bis zu zwei Dritteln der Befragten wünschen sich mehr Beteiligung auf der Kommunal-, Landes- und Bundesebene; nur im Blick auf die Europäische Union sind es gerade einmal 54 Prozent. Am stärksten ist dieser Wunsch im Blick auf die kommunale Ebene ausgeprägt. Überdurchschnittlich hoch ist die Antwort „Weiß nicht“ jeweils bei Arbeitern (11 Prozent), Befragten mit Hauptschulabschluss (12 Prozent), Unterschichtangehörigen (12 Prozent) und Personen in der Region Oberlausitz (12 Prozent), zum Teil auch in der Region Vogtland/Zwickau. Schwächer ausgeprägt ist der Wunsch nach mehr Beteiligung jeweils bei Befragten aus der Region



Vogtland/Zwickau (49 Prozent) und Personen aus Orten unter 5.000 Einwohnern (44 Prozent). Besonders stark ausgeprägt ist er hingegen in der Stadt Chemnitz (71 Prozent) und unter Befragten mit sehr niedriger Demokratiezufriedenheit (66 Prozent).

Es gibt Forderungen nach mehr direkter Demokratie. Das heißt, dass die Bürger über einzelne politische Fragen direkt abstimmen können. Ich lese Ihnen nun einige Aussagen zur Direkten Demokratie vor, zu denen es unterschiedliche Meinungen gibt. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie voll zustimmen, eher stimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zu -stimmen.



**Abbildung 28 – Direkte Demokratie**

Aufs Ganze gesehen ergeben die Antworten zu den Vor- und Nachteilen direkter Demokratie ein recht homogenes Bild. Es fällt auf, dass Befragte, die sich der Unterschicht zuordnen, die Vorteile der direkten Demokratie jeweils deutlich skeptischer beurteilen als der Durchschnitt. So glauben nur 67 Prozent von ihnen, dass sich dadurch das Interesse vieler Menschen an Politik erhöhen würde. 61 Prozent vertreten die Meinung, dass Politiker sich dann stärker am Volkswillen ausrichten würden und 46 Prozent, dass nur direkte Demokratie wahre Demokratie sei.

Befragte zwischen 18 und 29 Jahren meinen lediglich zu 44 Prozent, nur direkte Demokratie sei wahre Demokratie – im Gegensatz zu den 45- bis 49-Jährigen, von denen 60 Prozent das so sehen. Auch Befragte aus der oberen Mittelschicht sind lediglich zu 27 Prozent dieser Ansicht. Eine stärkere Diskrepanz zeigt sich hier zwischen den Städten Leipzig (60 Prozent) und Dresden (49 Prozent).

Deutliche Differenzen zeigen sich auch im Blick auf die Ansicht, die Politik müsse den Mehrheitswillen umsetzen – egal was Gerichte, Parlamente oder das Grundgesetz dazu meinen. Zwischen den verschiedenen Altersgruppen klafft hier ein Unterschied zwischen den jüngeren (40 Prozent) und den älteren Jahrgängen (52 Prozent). Enorm ist bei dieser Frage auch der Unterschied zwischen Angehörigen der Unterschicht und der unteren Mittelschicht (57 bzw. 54 Prozent) einerseits und der oberen Mittelschicht (17 Prozent) andererseits. Während 56 Prozent der Befragten in der Region Vogtland/Zwickau das so sehen, sind es nur 43 Prozent in der Region Chemnitz/Erzgebirge.

Die Sorge vor Unregierbarkeit als Folge häufiger Volksabstimmungen liegt deutlich über dem Durchschnitt in der oberen Mittelschicht (49 Prozent) und der Stadt Dresden (44 Prozent), deutlich darunter in der



Unterschicht (31 Prozent) und der Stadt Leipzig (27 Prozent). Weniger Sorgen (59 Prozent) als der Durchschnitt machen sich Angehörige der Unterschicht vor der Gefahr eines Missbrauchs direkter Demokratie durch Demagogen. Überdurchschnittlich stark ist diese Sorge in der Region Vogtland/Zwickau (77 Prozent) und der Stadt Chemnitz (80 Prozent). Überdurchschnittlich viele Befragte im Alter zwischen 18 und 29 Jahren (66 Prozent) und Angehörige der oberen Mittelschicht (67 Prozent) meinen, direkte Demokratie erhöhe die Macht der Medien, wobei offen bleibt, ob das als Vor- oder Nachteil gesehen wird.

## 2.5 Zufriedenheit mit der Demokratie/Institutionenvertrauen

### 2.5.1 Bewertung der Demokratie

Die Stabilität eines demokratischen Regierungssystems ist nicht allein von seinem inneren Gefüge, insbesondere seiner Verfassung, abhängig, sondern auch von der politischen Kultur im Land – also u.a. davon, wie die Bürgerinnen und Bürger die Demokratie als Staats- und Regierungsform bewerten. Deshalb lohnt es sich, die demokratischen Überzeugungen der Bevölkerung regelmäßig zu messen. Ein mittlerweile etabliertes Messinstrument dafür ist die Bewertung der Demokratie als Staats- und Regierungsform im Allgemeinen sowie die Bewertung, wie die Demokratie im eigenen Land in der Praxis funktioniert.

Im diesjährigen Sachsen-Monitor fand dieses Instrument zur Messung der Stabilität der Demokratie erneut Anwendung. Im Ergebnis halten 91 Prozent der Sachsen die Demokratie für eine gute Regierungsform, ein ähnlich hoher Wert wie 2018 (89 Prozent).

Damit, wie die Demokratie in Deutschland in der Praxis funktioniert, zeigen sich 59 Prozent „eher oder sehr zufrieden“. Der Wert ist im Vergleich zu 2018 nahezu gleichgeblieben (58 Prozent), 39 Prozent sind „eher oder sehr unzufrieden“. Damit, wie die Demokratie in der Praxis in Sachsen funktioniert, sind 61 Prozent „eher oder sehr zufrieden“, ebenfalls ein nahezu gegenüber 2018 gleichgebliebener Wert (62 Prozent)

Auffällig sind die regionalen Unterschiede innerhalb von Sachsen: In der Oberlausitz liegt der Anteil der Zufriedenen mit der Demokratie in Deutschland bei lediglich 49 Prozent (Unzufriedene: 47 Prozent). Bei der Frage nach der Zufriedenheit mit der Demokratie in Sachsen ist die Zustimmung wesentlicher ausgeprägter: 55 Prozent der Menschen in der Oberlausitz zeigen sich zufrieden. In den Großstädten variieren die Antworten auf beide Fragen deutlich: Leipzig nimmt einen Zufriedenheits-Spitzenplatz ein: 69 Prozent (bezogen auf Deutschland) bzw. 66 Prozent (bezogen auf Sachsen) zeigen sich zufrieden. Für Dresden betragen die Werte 54 Prozent (Deutschland) bzw. 59 Prozent (Sachsen), für Chemnitz schließlich 54 Prozent (Deutschland) bzw. 53 Prozent (Sachsen).

Je nach Schichtzugehörigkeit gibt es deutliche Unterschiede in der Bewertung der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland (in Klammern: Sachsen) funktioniert. Während die obere Mittelschicht sich zu 74 Prozent (70 Prozent) „eher zufrieden“ oder „sehr zufrieden“ zeigt, teilt die mittlere Mittelschicht diese Wertung abgeschwächt noch mit 62 Prozent (67 Prozent). Bei der unteren Mittelschicht ist eine knappe Mehrheit von 51 Prozent dieser Auffassung (53 Prozent), bei der Unterschicht sind es nur noch 34 Prozent (30 Prozent).



Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland / in Sachsen in der Praxis funktioniert, alles in allem sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden?

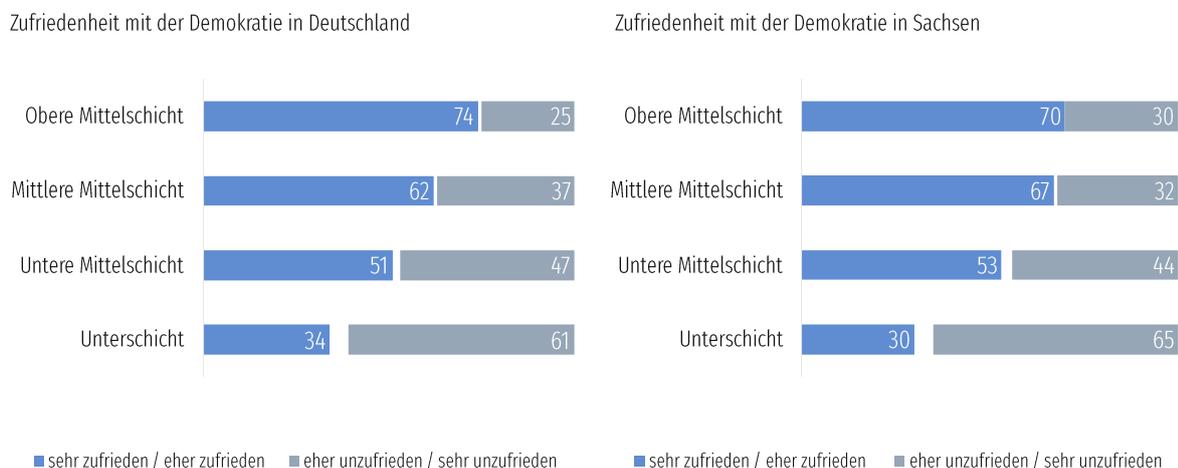


Abbildung 29 – Zufriedenheit mit der Demokratie

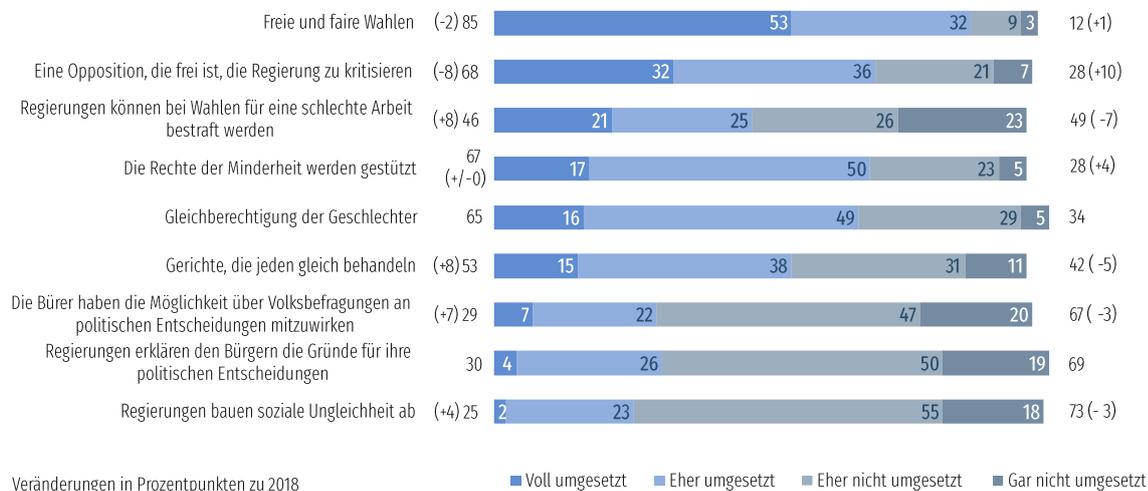
### 2.5.2 Wichtige und erfüllbare Erwartungen an die Demokratie

Um die Frage zu beantworten, warum manche Menschen mit dem Funktionieren der Demokratie zufriedener sind als andere, wurden zunächst die Erwartungen der Sachsen an die Demokratie erfragt, um anschließend zu überprüfen, ob die einzelnen Aspekte in den Augen der Sachsen in Deutschland umgesetzt werden.

Sämtliche vorgeschlagenen Aspekte sind nach der Auffassung der Befragten wichtig für eine Demokratie. Allerdings werden nicht alle Aspekte nach Meinung der Befragten in Deutschland genügend umgesetzt.



Und nun sagen Sie mir bitte, ob die genannten Aspekte in Deutschland voll umgesetzt, eher umgesetzt, eher nicht umgesetzt oder gar nicht umgesetzt sind.



**Abbildung 30 – Demokratiekriterien**

### Vertrauen in die Institutionen der Demokratie

Ein weiterer entscheidender Indikator für die Stabilität und Akzeptanz des demokratischen Regierungssystems ist das Vertrauen, dass die Bürgerinnen und Bürger den Institutionen der Demokratie und des Rechtsstaates entgegenbringen. Die diesjährige Erhebung des Sachsen-Monitors bestätigt wie bereits bei den vergangenen Sachsen-Monitoren die Erkenntnis: Je weiter entfernt Parlamente und Regierungen vom lokalen Umfeld sind, desto geringer ist das Vertrauen der Sachsen in sie. Dabei ist festzuhalten, dass sich die erheblichen Vertrauensverluste, die 2018 gegenüber der vorhergehenden Untersuchung zu verzeichnen waren, insgesamt wieder deutlich verbessert haben.

Am wenigsten vertrauen die Bürgerinnen und Bürger den Parteien im Allgemeinen (22 Prozent „sehr großes“ oder „großes Vertrauen“) sowie – neu abgefragt – den Kirchen (24 Prozent) und den Medien (26 Prozent). Die Werte für die Europäische Kommission (30 Prozent, +9 Prozentpunkte) und das Europäische Parlament (34 Prozent, +14 Prozentpunkte) haben sich auf niedrigem Niveau wieder erkennbar verbessert. Beim Bundestag (43 Prozent, +8 Prozentpunkte) und der Bundesregierung (40 Prozent, +6 Prozentpunkte) verbesserten sich die Zustimmungswerte ebenfalls, dennoch bringt die sächsische Bevölkerung beiden Bundesinstitutionen weiterhin mehrheitlich „wenig“ oder „gar kein Vertrauen“ entgegen.

Anders bei den sächsischen Institutionen, denen eine Mehrheit der Befragten Vertrauen entgegenbringt: 50 Prozent vertrauen dem Landrat ihres Landkreises (+ 8 Prozentpunkte), 52 Prozent dem Sächsischen Landtag (+9 Prozentpunkte) sowie 53 Prozent der sächsischen Landesregierung (+8 Prozentpunkte). Auch – neu abgefragt – den Sozialpartnern (Gewerkschaften 50 Prozent, Arbeitgeber 55 Prozent), dem Bundesverfassungsgericht (62 Prozent) sowie dem RKI (56 Prozent) wird Vertrauen entgegengebracht, ebenfalls den Gerichten (60 Prozent, +7 Prozentpunkte) sowie der Partei, der man nahesteht (53 Prozent, -22 Prozentpunkte).



Mit Blick auf die lokale Ebene ist das Vertrauen – wie bereits in den Vorjahren - am größten: dem Gemeinderat vertrauen 60 Prozent der Befragten (+5 Prozentpunkte), dem Bürgermeister 64 Prozent (+8 Prozentpunkte). Den Spitzenplatz nehmen – neu abgefragt – die Wissenschaftler mit 71 Prozent sowie die Polizei ein, der ebenfalls 71 Prozent der Befragten Vertrauen entgegenbringen (-2 Prozentpunkte)

Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben: sehr großes Vertrauen, großes Vertrauen, wenig Vertrauen oder gar kein Vertrauen? Wie ist das mit..

Vertrauen in Institutionen I

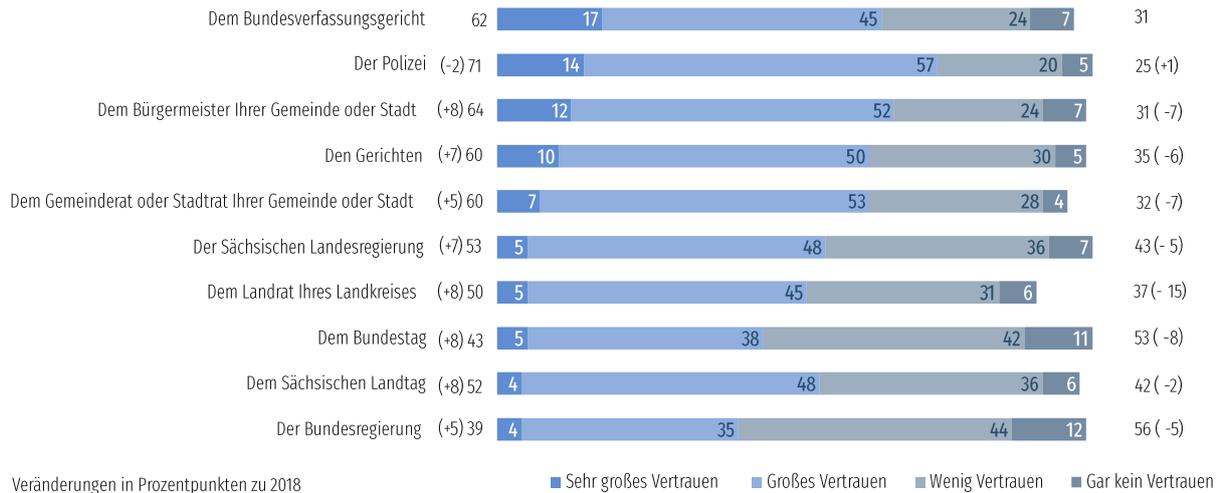


Abbildung 31 – Vertrauen in Institutionen I

Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben: sehr großes Vertrauen, großes Vertrauen, wenig Vertrauen oder gar kein Vertrauen? Wie ist das mit..

Vertrauen in Institutionen II

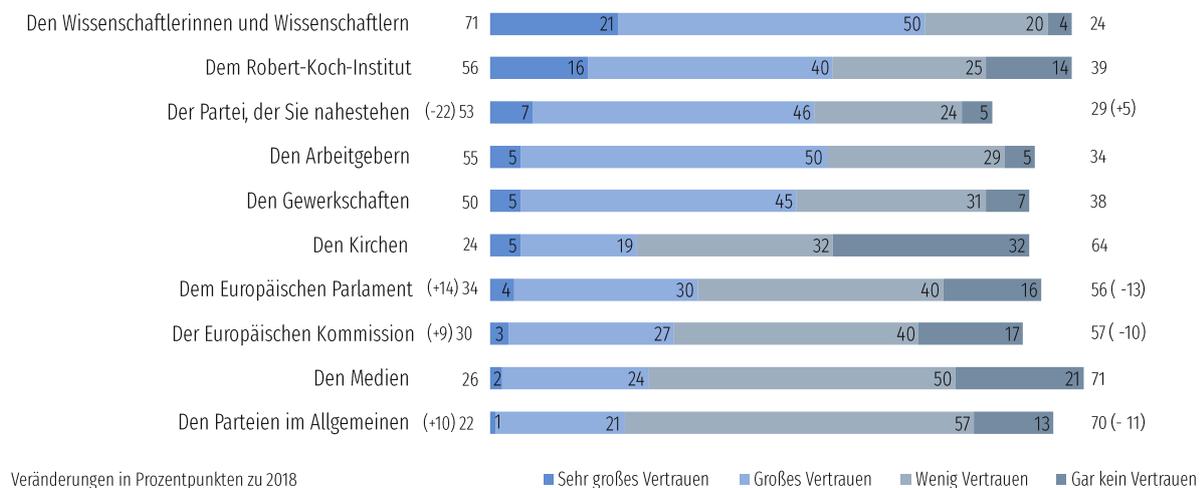


Abbildung 32 - Vertrauen in Institutionen II



Ergänzend zu der Abfrage des Vertrauens in die Institutionen oder gesellschaftlichen Gruppen hat der Sachsen-Monitor auch nach der Meinung zu diversen politischen und demokratietheoretischen Aussagen gefragt. Dabei zeigt sich einerseits ein unmissverständliches Bekenntnis zur Demokratie und Ablehnung von Diktatur, aber andererseits auch Zustimmung zu einem „stärkeren“ Staat.

Die Frage, ob im nationalen Interesse unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform sei, beantworten 85 Prozent ablehnend. Eigene Auffassungen mit Gewalt durchzusetzen, kann sich ebenfalls eine übergroße Mehrheit von 94 Prozent der Befragten nicht vorstellen. Ebenfalls stimmen 87 Prozent der Aussage zu, dass ein „eine lebensfähige Demokratie ... ohne politische Opposition nicht denkbar“ wäre.

Trotz des klaren Bekenntnisses zum Prinzip der Oppositionsfreiheit plädieren immerhin 36 Prozent der Befragten für eine „einzige starke politische Partei“, die Deutschland jetzt brauche. Darüber hinaus sind 45 Prozent der Befragten der Auffassung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf Minderheiten nehme. 49 Prozent lehnen diese Auffassung ab. Je nach Bildungsniveau variieren die Antworten: Sehen von den Hauptschülern 53 Prozent zu viel Rücksichtnahme, sind es bei den Hochschulabsolventen lediglich 36 Prozent, beim Ressentiment-Typ „niedrig“ sind es 43 Prozent, beim Ressentiment-Typ „hoch“ sind es 72 Prozent.

Schließlich bejahen 66 Prozent der Sachsen, dass es in diesen Zeiten „unbedingt eine starke Hand“ brauche, 10 Prozent mehr als noch 2018. Eine übergroße Mehrheit von 81 Prozent ist überdies der Auffassung, dass Verbrechen härter bestraft werden sollen. Auch befürworten 65 Prozent, „härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorzugehen“, um Recht und Ordnung zu bewahren (- 12 Prozentpunkte gegenüber 2018).

Ich lese Ihnen nun einige Aussagen vor, zu denen es unterschiedliche Meinungen gibt. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen.

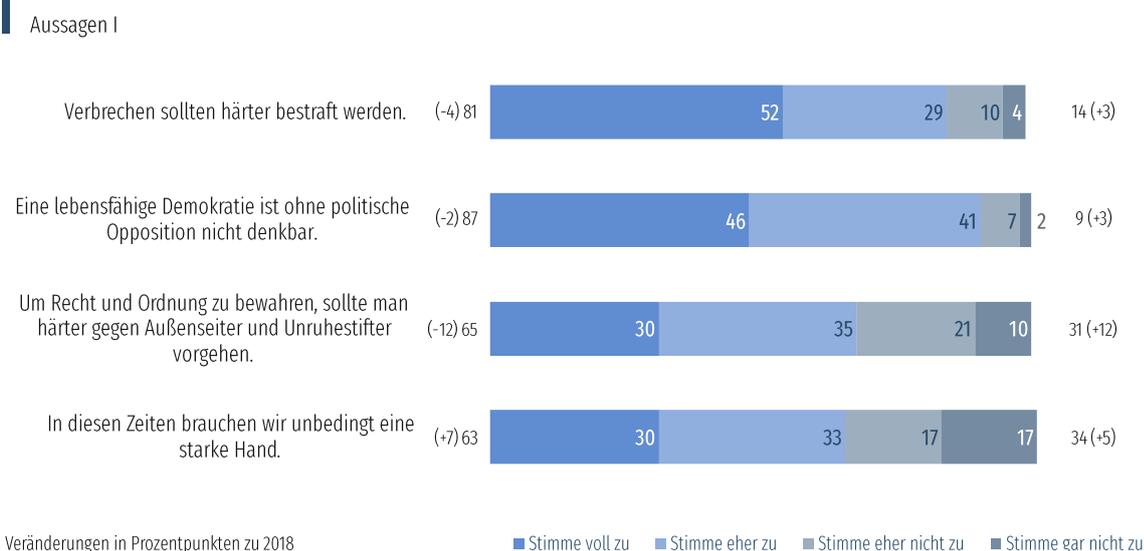


Abbildung 33 – Aussagen I



Ich lese Ihnen nun einige Aussagen vor, zu denen es unterschiedliche Meinungen gibt. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie voll zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen.

Aussagen II

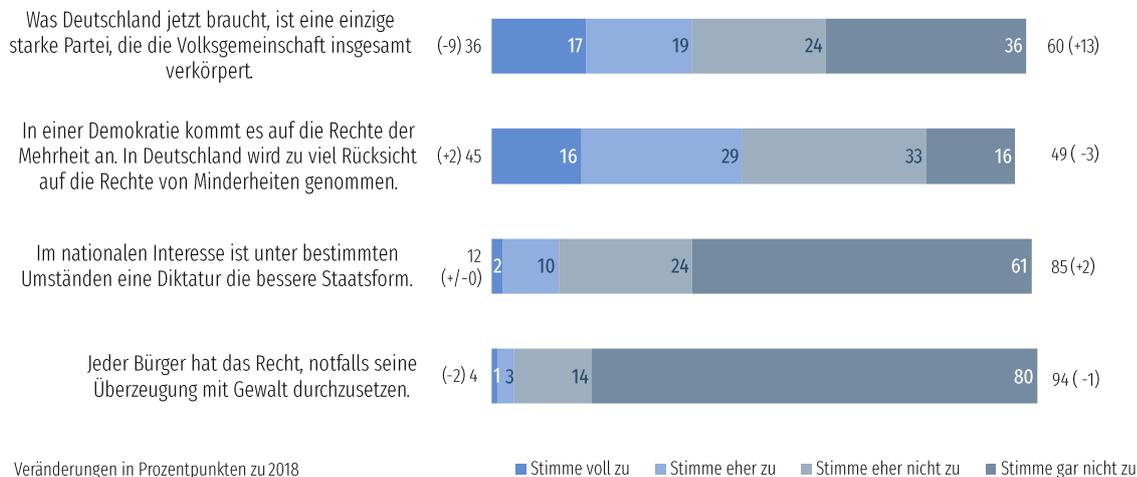


Abbildung 34 - Aussagen II

## 2.6 Schutz der demokratischen Ordnung / Messung von Ressentiments und von Toleranz

Die Fragen zur Einschätzung der Sachsen zu einer Reihe von Möglichkeiten zum Schutz der Demokratie zeigen, dass die Befragten vor allem auf zivilgesellschaftliches Engagement in unterschiedlichen Institutionen sowie auf Bemühungen im Rahmen der politischen Bildungsarbeit setzen. Im Einzelnen wird ein Engagement der Bürger in demokratischen Parteien mit 90 Prozent und in Vereinen, Kirchen und Gewerkschaften mit 87 Prozent als wichtig bzw. sehr wichtig eingeschätzt. Politische Bildungsarbeit wird im Rahmen der Schulen von 88 Prozent, im Rahmen der Erwachsenenbildung von 80 Prozent hervorgehoben.

Den Einsatz des Verfassungsschutzes halten ebenfalls etwa 80 Prozent für wichtig oder sehr wichtig: 82 Prozent plädieren für die Beobachtung von verdächtigen Gruppen und Personen. 78 Prozent würden verfassungswidrige Parteien vom Bundesverfassungsgericht verbieten lassen.

Im Kampf gegen extremistische Gruppen halten drei von vier Sachsen Bürgerinitiativen vor Ort (74 Prozent) und zwei von drei Sachsen die Teilnahme an Demonstrationen (65 Prozent) für sinnvoll.

Dagegen darf erwartet werden, dass ein Verbot von Demonstrationen für keine wichtige Maßnahme zum Schutz der Demokratie gehalten wird. Trotzdem ist noch jeder Fünfte anderer Meinung und hält ein solches Verbot für wichtig oder sogar sehr wichtig.

Im Allgemeinen werden hohe Zustimmungswerte zu allen vorgeschlagenen Maßnahmen zum Schutz der Demokratie erreicht.



Natürgemäß wird es aber immer auch Abweichungen geben. Von Interesse ist, welche Gruppen die Vorschläge anders, insbesondere geringer bewerten als die Gesamtheit. Betrachtet man die Zahlen in diesem Sinne, so wird erkennbar, dass Befragte mit niedrigem Grad der Demokratiezufriedenheit, Nicht-Berufstätige, Befragte mit hohem Ressentiment und solche, die sich selbst eher der Unterschicht zuordnen, die angebotenen Maßnahmen häufig für weniger wichtig halten als die Gesamtheit der Befragten.

In der räumlichen Betrachtung fällt der Vergleich zwischen den Zustimmungswerten der Dresdener und denen der Leipziger auf: In allen Fragen erzielen die Hauptstädter die höheren Werte als die Bewohner der größten sächsischen Stadt. Diese Beobachtung lässt sich quantifizieren: Die mittleren Zustimmungswerte – wie viele Befragte haben eine Maßnahme als wichtig oder sehr wichtig bezeichnet – betragen in Leipzig etwa 86 Prozent, in Dresden dagegen nur 74 Prozent, mithin eine stattliche Differenz von 12 Prozentpunkten. Chemnitz sortiert sich bei diesem Vergleich mit 78 Prozent in der Mitte ein. Die Frage nach dem Demonstrationsverbot, die sich nicht an die Systematik der anderen Fragen hält, wurde hierbei außen vorgelassen.

In Deutschland gibt es viele Möglichkeiten, aktiv die demokratische Ordnung in Deutschland zu schützen. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie die folgenden Möglichkeiten für sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder gar nicht wichtig halten.

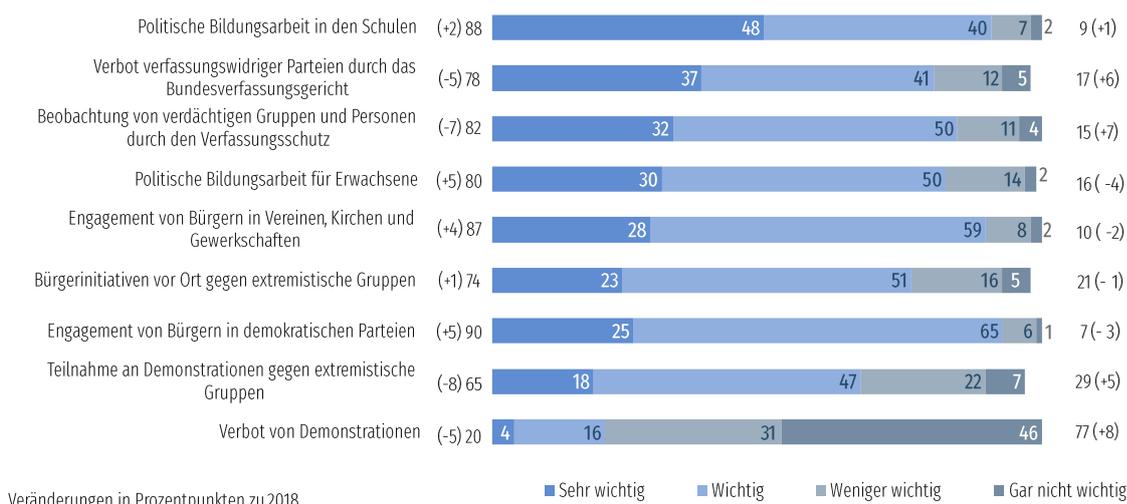


Abbildung 35 – Schutz der demokratischen Ordnung

In einem umfangreichen Komplex wurden erneut Fragen gestellt, die das Ausmaß „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ und nationalistischer Einstellungen sichtbar machen sollen. Durch die Übernahme der meisten Fragen aus dem 2018er Sachsen-Monitor in den aktuellen Sachsen-Monitor ist ein Vergleich möglich. Allerdings wurden für den Sachsenmonitor 2022 Items hinzugefügt oder herausgenommen, so dass eine vollständige Vergleichbarkeit nur im Blick auf die wiederholten Items gegeben ist.

Hinzugekommen sind die Items „Juden haben zu viel Macht in der Welt“<sup>2</sup> in der Kategorie „Antisemitismus“ und „Die Verbrechen des Nationalsozialismus werden in der Geschichtsschreibung übertrieben“ in der

<sup>2</sup> Es lehnt sich an das Item „Jews have too much control over global affairs“ im globalen Antisemitismus-Index der Anti-Defamation League an. Im Jahr 2019 wurde diese Aussage von 15 Prozent der deutschen Befragten als „wahrscheinlich wahr“ eingestuft (<https://global100.adl.org/country/germany/2019>).



Kategorie „Nationalismus“. Das zusätzliche Item in der Kategorie „Antisemitismus“ wurde im Blick auf Verschwörungserzählungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und der Impfdebatte aufgenommen. Das Item „Übertreibung des NS-Verbrechen“ wurde bislang im Rahmen des Fragekomplexes „DDR/Deutsche Einheit“ abgefragt.

Insgesamt wurden 18 Aussagen vorgelegt, die sich 11 Gruppen zuordnen lassen. Die folgende Abbildung / Tabelle gibt einen Überblick über das Antwortverhalten.

Aussagen	Zustimmung
(Indikatoren für Ressentiments)	(Stimme eher / voll zu)
<b>Fremdenfeindlichkeit</b>	
Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.	40 (-16)
Meine persönliche Wohnumgebung ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.	9 (-12)
<b>Nationalismus</b>	
Deutschland sollte bei der Durchsetzung seiner Interessen keine Rücksicht auf andere Länder nehmen.	23 (-4)
Die Verbrechen des Nationalsozialismus werden in der Geschichtsschreibung übertrieben.	11 (neu)
<b>Etabliertenvorrechte</b>	
Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind.	32 (-5)
<b>Rassismus</b>	
Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.	10 (-6)
Die Weißen sind zurecht führend in der Welt.	14 (+2)
<b>Sozialdarwinismus</b>	
Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.	15 (+5)
<b>Antisemitismus</b>	
Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.	11 (+/-0)
Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind.	22 (+1)
Juden haben zu viel Macht in der Welt.	16 (neu)
<b>Homophobie</b>	
Eine sexuelle Beziehung zwischen Personen desselben Geschlechts ist unnatürlich.	23 (-9)
<b>Sexismus</b>	
Frauenrechte und die Gleichstellung der Frau werden vollkommen überzogen behandelt.	26 (+3)



Diskriminierung von Frauen ist heute kein Problem mehr in Deutschland	32 (-10)
<b>Abwertung von Langzeitarbeitslosen</b>	
Die meisten Langzeitarbeitslosen machen sich auf Kosten der Anderen ein schönes Leben.	51 (+1)
<b>Ressentiments gegenüber Muslimen</b>	
Durch die vielen Muslime in Deutschland fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	38 (-11)
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	29 (-12)
<b>Sinti- und Roma-Feindlichkeit</b>	
Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Gegend aufhalten.	35 (-22)

**Abbildung 36 – Indikatoren für Ressentiments gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen**

Besonders hohe Zustimmung zu Aussagen, die auf ein Ressentiment hinweisen, fanden mit jeweils mehr als einem Drittel Zustimmung („Stimme voll zu“ oder „Stimme eher zu“) Ressentiments gegen Langzeitarbeitslose (51 Prozent), gegen Ausländer (Angst vor Überfremdung von 40 Prozent angegeben), gegen Muslime (38 Prozent geben an, sich fremd im eigenen Land zu fühlen) und gegen Sinti und Roma in der Nachbarschaft (35 Prozent). Bei der Frage, welche Gruppen der Bevölkerung hier besonders häufig Ressentiments zu erkennen geben, fällt – wenig überraschend – eine Häufung bei solchen Probanden auf, die sich selbst am gesellschaftlichen Rand sehen oder fürchten, sich dorthin zu bewegen: Arbeiter, Arbeitslose - deren Ressentiment gegen Langzeitarbeitslose allerdings deutlich unterdurchschnittlich ausfällt -, Befragte mit geringem oder ohne Schulabschluss, Bürger, die sich selbst der Unterschicht zuordnen, die die Zukunft pessimistisch sehen oder die Zustände in Deutschland eher ungerecht finden und mit der Demokratie in Deutschland wenig zufrieden sind. Auch Singles mit Kindern – häufig vermutlich alleinerziehende Mütter – tauchen in dieser Auflistung nicht selten auf.

Aufs Ganze gesehen, ist bei den Indikatoren für Ressentiments und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ein Rückgang gegenüber 2018 zu beobachten. Besonders auffällig ist dieser Rückgang bei der Fremdenfeindlichkeit, den Ressentiments gegenüber Muslimen und Sinti und Roma sowie im Hinblick auf Homophobie. Beim Antisemitismus ist weder eine Veränderung zum Besseren noch eine Veränderung zum Schlechteren feststellbar.

## 2.7 Mediennutzung und Medienvertrauen

Die Befragten differenzieren sehr stark bei der Glaubwürdigkeit einzelner Mediengattungen. Dabei fällt auf, dass eine Minderheit der jüngsten Altersgruppe modernen Kommunikationsmitteln wie Facebook, YouTube, Instagram und Twitter stärker positiv gegenüber eingestellt ist, wobei aber auch hier eine deutliche Mehrheit diesen Medienkanälen weniger Glaubwürdigkeit unterstellt.

Während 63 Prozent die öffentlich-rechtlichen Sender sowie 60 Prozent der Befragten Tageszeitungen für glaubwürdig halten (ein Drittel jeweils „weniger glaubwürdig“), ist die Bewertung der Boulevardpresse völlig anders: 82 Prozent der Befragten halten Sie für weniger oder gar nicht glaubwürdig. Auch die privaten Sender werden von einer Mehrheit (56 Prozent) für wenig glaubwürdig gehalten. Gleiches gilt für YouTube (57 Prozent weniger glaubwürdig), wobei viele Ältere zu diesem Informationskanal gar keine Meinung haben.



Immerhin 35 Prozent der jüngsten Altersgruppe sprechen YouTube Glaubwürdigkeit zu, wobei die Ablehnung auch in dieser Altersgruppe klar akzentuiert ist (60 Prozent wenig glaubwürdig). Facebook wird noch kritischer gesehen (64 Prozent wenig glaubwürdig), wobei auch hier viele Ältere dieses Kommunikationsinstrument nicht nutzen. Instagram halten nur 7 Prozent für glaubwürdig (jüngste Altersgruppe 18 Prozent), 60 Prozent für wenig glaubwürdig (bei den jüngsten sind es 77 Prozent). Ähnliche Zahlen bei Twitter: 7 Prozent Glaubwürdigkeit (20 Prozent bei den Jüngsten), 58 Prozent „wenig Glaubwürdigkeit“ (70 Prozent bei den Jüngeren). Bei Zeitschriften und Magazinen bietet sich ein eher uneinheitliches Bild: 51 Prozent halten sie für unglaubwürdig, 39 Prozent für glaubwürdig. Nur die jüngste Altersgruppe hält sie mehrheitlich für glaubwürdig.

Ich nenne Ihnen jetzt einige Medien. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie diese für glaubwürdig oder für weniger glaubwürdig halten.

Glaubwürdigkeit von Medien I

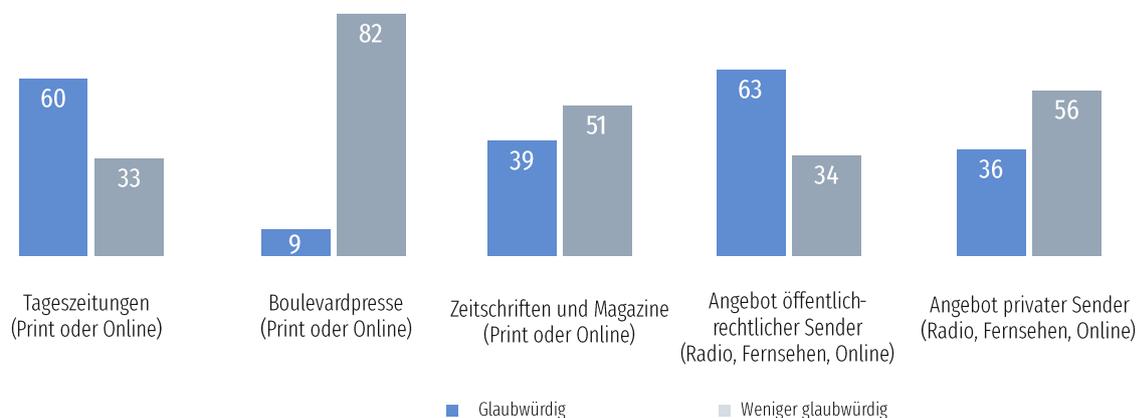


Abbildung 37 – Glaubwürdigkeit der Medien I



Ich nenne Ihnen jetzt einige Medien. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie diese für glaubwürdig oder für weniger glaubwürdig halten.

Glaubwürdigkeit von Medien II

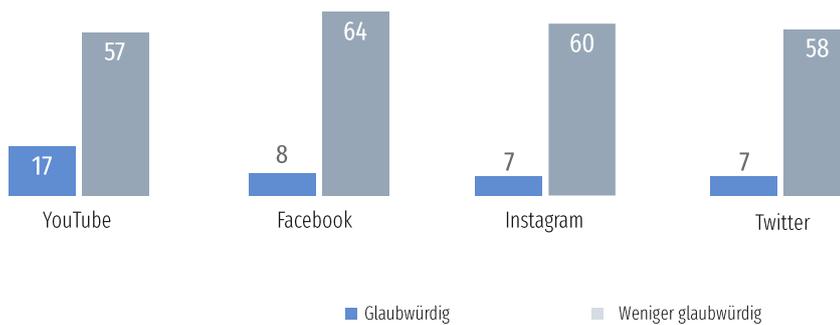


Abbildung 38 - Glaubwürdigkeit der Medien II

Die Befragten informieren sich aus Medien, die sie für besonders glaubwürdig halten: An der Spitze stehen das öffentlich-rechtliche Fernsehen (66 Prozent) und das öffentlich-rechtliche Radio (44 Prozent), gefolgt von den Tageszeitungen (42 Prozent). Das Privatfernsehen kommt auf 28 Prozent der Nennungen (etwas mehr bei unterer subjektiver Schichtzugehörigkeit), gefolgt von den Online-Angeboten der öffentlich-rechtlichen wie auch der privaten Sender. Social-Media-Kanäle werden von weniger als 10 Prozent genutzt, wobei das Mediennutzungsverhalten der unter 30jährigen sich erkennbar zugunsten von Social-Media unterscheidet.

Aus welchen der genannten Medien beziehen Sie hauptsächlich Ihre Informationen über das politische Geschehen? Bitte nennen Sie maximal drei konkrete Medien.

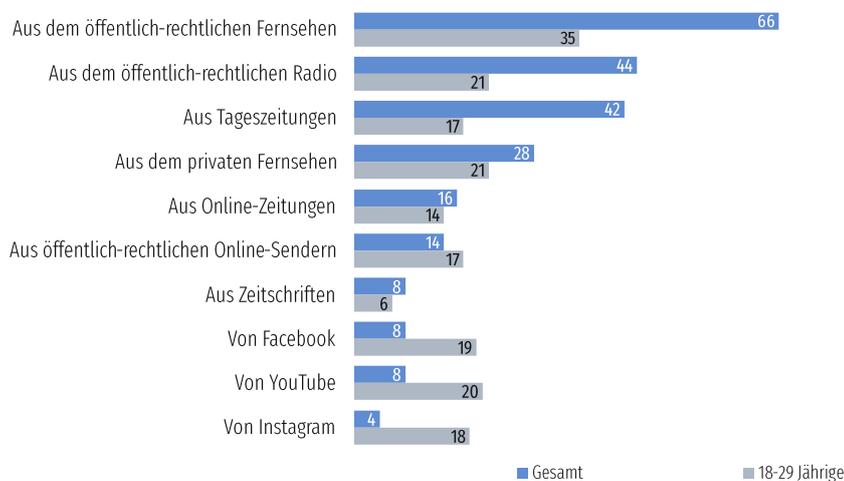


Abbildung 39 – Hauptinformationsquellen zum politischen Geschehen



Auch bei der konkreten Benennung von Medien, aus denen man seine Informationen hauptsächlich bezieht, bestätigen sich diese Präferenzen. An der Spitze der Nennungen steht das öffentlich-rechtliche Fernsehen (50 Prozent), gefolgt von den Tageszeitungen (26 Prozent) und dem öffentlich-rechtlichen Radio (26 Prozent). Mit 18 Prozent folgt das Privatfernsehen, internetbasierte Kommunikationsinstrumente spielen bei allen Befragten keine Rolle, lediglich bei den unter 29jährigen wird YouTube mit 12 Prozent genannt.

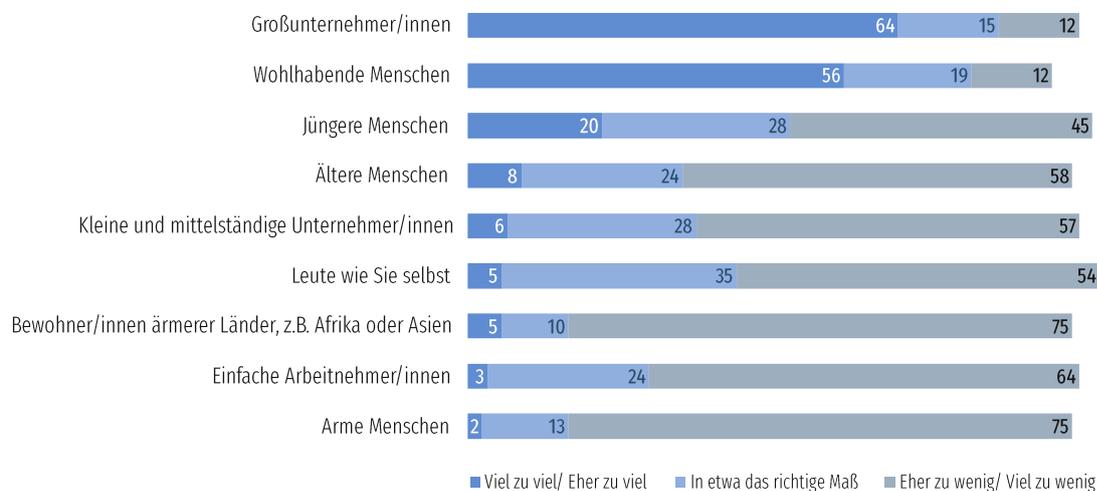
## 2.8 Zusatzteil: Klimaschutz und gesellschaftlich-sozialer Zusammenhalt

Um die Einstellungen der Sachsen zum Thema Klimaschutz und dessen Kontext zum gesellschaftlich-politischen Zusammenhalt besser ausdifferenzieren zu können, fragte der Sachsen-Monitor, inwieweit bestimmte Gruppen mit ihren jeweiligen Interessen und Standpunkten bei der Diskussion um den Klimaschutz berücksichtigt werden. Die Antworten weisen insgesamt darauf hin, dass Defizite bei der Interessenwahrnehmung ärmerer Menschen gesehen werden, während große Unternehmen oder Wohlhabende eher von der Diskussion um den Klimaschutz profitieren.

75 Prozent der Befragten sehen die Interessen und Standpunkte von Bewohnern ärmerer Länder in der öffentlichen Diskussion um Klimaschutz nicht berücksichtigt. Auch wenn es um arme Menschen oder die einfachen Arbeitnehmer geht, zeigen sich die Sachsen skeptisch: 75 Prozent beziehungsweise 70 Prozent der Befragten sind der Auffassung, dass deren Interessen „zu wenig oder viel zu wenig“ berücksichtigt werden. Differenziert wird die Berücksichtigung von Wirtschaftsinteressen bewertet: 64 Prozent der Befragten sehen die Interessen der Großunternehmer „zu sehr bzw. viel zu sehr“ berücksichtigt, auch profitierten Wohlhabende (54 Prozent). Kleine und mittelständische Unternehmen sehen die Befragten dagegen „eher oder viel zu wenig“ (57 Prozent) berücksichtigt. Bei der Frage, wie die Interessen von „Leuten wie sie selbst“ wahrgenommen werden, überwiegt ebenfalls Skepsis. Während in den Antworten ein Ungleichgewicht zwischen „unten“ und „oben“ klar herausgearbeitet werden kann, kann von unterschiedlichen Auffassungen der einzelnen Generationen keine Rede sein.



Inwieweit werden in der öffentlichen Diskussion um Klimaschutz in Deutschland in der Regel die Interessen und Standpunkte der folgenden Personengruppen berücksichtigt bzw. nicht berücksichtigt...?

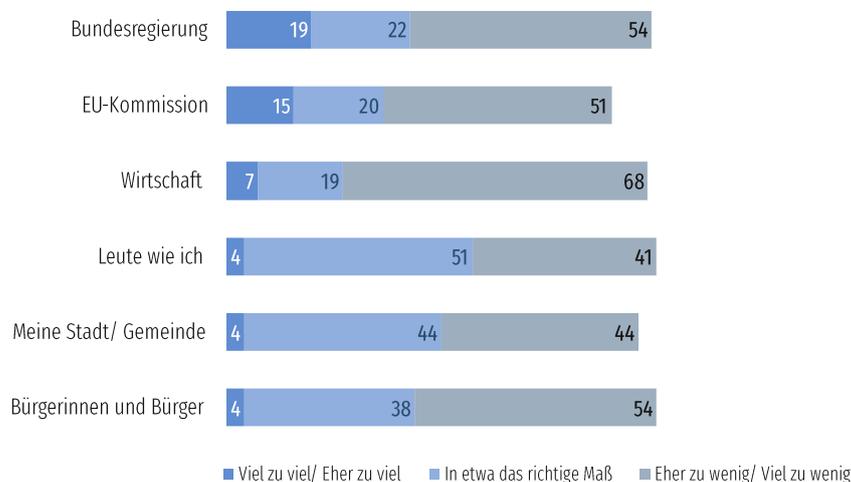


**Abbildung 40 – Berücksichtigung der Personengruppen beim Klimaschutz**

Fragt man nach dem Beitrag verschiedener Akteure zum Klimaschutz, ist das Gesamtbild ebenfalls skeptisch eingefärbt. Die „rote Laterne“ hält die Wirtschaft noch vor der Politik. 68 Prozent der Befragten sind der Auffassung, dass sie zu wenig für den Klimaschutz tue. Die Bundesregierung folgt mit 54 Prozent „wenig bzw. viel zu wenig“. Nicht anders ist das Urteil über die EU-Kommission (51 Prozent zu wenig). Beim Blick auf die lokale Gemeinde hellt sich das Gesamtbild etwas auf: 44 Prozent sind der Meinung, dass die Stadt/Gemeinde das „richtige Maß“ habe. Skeptisch bleiben die Befragten, wenn nach den Bürgerinnen und Bürgern gefragt wird (54 Prozent „wenig, viel zu wenig“). Einzig der Blick auf „Leute wie ich“ ist bei den Befragten in der Gesamtheit stärker positiv 1 Prozent meinen, „in etwa das richtige Maß“ für den Klimaschutz gefunden zu haben. Bei den Antworten fallen keine signifikanten Unterschiede zwischen den Generationen auf. Anders verhält es sich bei der sozialen Ausdifferenzierung. Je höher die Bildungsabschlüsse und je höher die Schichtzugehörigkeit, desto kritischer sind die Aussagen. Der Druck, mehr für den Klimaschutz zu tun, „kommt von oben“!



Wieviel wird bislang von den folgenden Akteuren für den Klimaschutz getan?



**Abbildung 41 – Akteure für den Klimaschutz**

85 Prozent der Befragten geben an, dass Klimaschutz ein Thema für alle sei. 85 Prozent sind der klaren Auffassung, dass das Klima sich verstärkt durch den Einfluss des Menschen verändert. Für 57 Prozent erwartet das persönliche Umfeld, dass möglichst alle etwas zum Klimaschutz beitragen. Je älter die Befragten sind, desto höher sind die Zustimmungswerte. 67 Prozent sind der Auffassung, dass es auch Vorschriften und Regeln geben sollte, damit die Einzelnen genug für den Klimaschutz tun.

Bei der Frage, ob Verhaltensweisen geändert werden sollten oder neue Technologien genutzt werden sollte, die die Beibehaltung bisheriger Gewohnheiten erlauben, zeigt sich die sächsische Bevölkerung gespalten: 49 Prozent setzen auf neue Technologien, 47 Prozent auf eine Veränderung unserer Gewohnheiten und unserer Lebensweise. Bei den Arbeitern sprechen sich 66 Prozent für neue Technologien und die Beibehaltung der bisherigen Lebensweise aus. Insgesamt bleibt festzuhalten, dass bei niedrigerer Schichtzugehörigkeit auch die Bereitschaft zur Veränderung der Verhaltensweisen einhergeht. Auch die Frage, ob in kleinen Schritten vorzugehen ist oder die Politik einen umfassenden Plan aufsetzen soll, der zügig umzusetzen ist, wird uneinheitlich beantwortet: 46 Prozent plädieren für kleine Schritte, 51 Prozent für den großen Plan. Die Jüngeren setzen dabei auf den großen Plan, die unteren Schichten eher auf die kleinen Schritte.



Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie eher zu?

Meinungen – Klimaschutz I

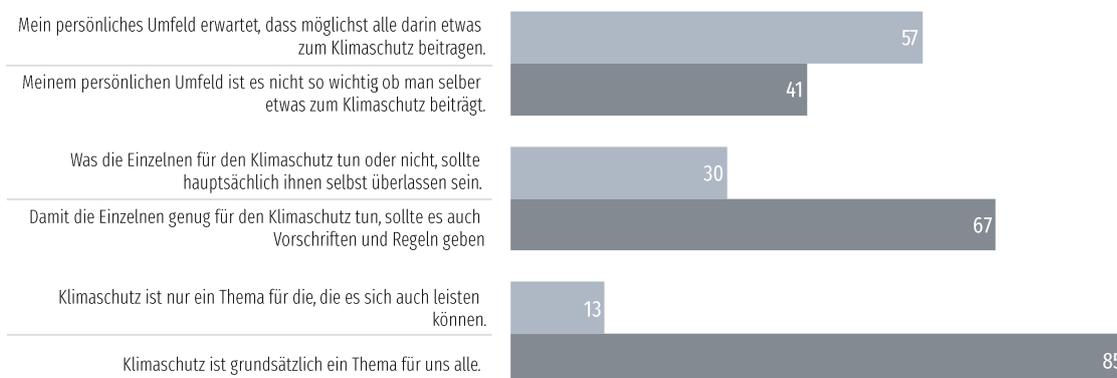


Abbildung 42 – Meinungen zum Klimaschutz I

Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie eher zu?

Meinungen – Klimaschutz II

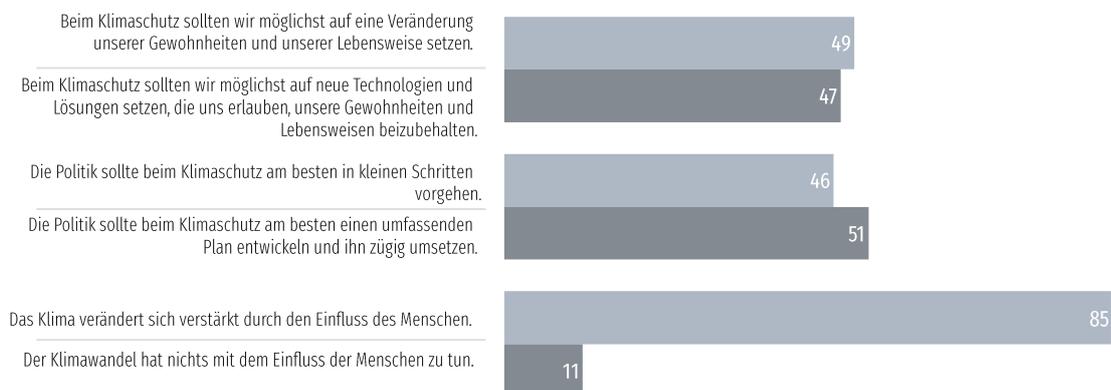


Abbildung 43 - Meinungen zum Klimaschutz II

Die sächsische Bevölkerung hält wenig davon, dass die Politik beim Klimaschutz vorgeben soll, was zu tun ist. Insgesamt sind 63 Prozent gegenteiliger Auffassung. Diese Haltung ist in allen Gruppen anzutreffen. Skeptisch sind die Befragten auch, als Privatpersonen das Klima zu schützen, solange große Unternehmen weiter die Umwelt verschmutzen. Dies bringe nichts, äußern insgesamt 73 Prozent der Befragten. Einzig bei den Hochschulabsolventen ist eine Mehrheit anderer Auffassung.



Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

Antwortmöglichkeiten 1-6 (stimme gar überhaupt nicht zu – stimme voll und ganz zu)

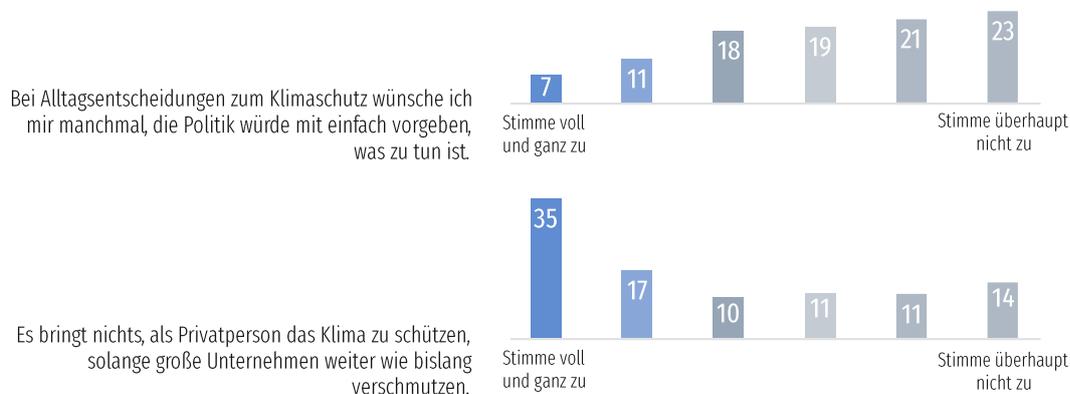


Abbildung 44 – Aussagen zum Klimaschutz

## 2.9 Fazit

Die Befunde des Sachsen-Monitors 2022 reflektieren das Meinungsbild Ende 2021/Anfang 2022. Das heißt, sie sind an mehreren Stellen erkennbar geprägt von den Erfahrungen während der Corona Pandemie, aber noch weitestgehend unberührt von der Ukraine-Krise 2021 und dem Beginn des Ukraine-Krieges 2022. Bei einem deutlich späteren Abschluss der Interviews hätten die Folgen dieses Krieges für Deutschland gewiss die Beantwortung bestimmter Fragen, vor allem zu den Zukunftserwartungen, beeinflusst.

Unabhängig davon weisen die Befunde des Sachsen-Monitors 2022 gegenüber den Ergebnissen des Sachsen-Monitors 2018 einige bemerkenswerte Veränderungen auf.

Nach wie vor blicken rund drei Viertel der Befragten optimistisch in die persönliche Zukunft, und mehr als vier Fünftel sehen ihre eigene wirtschaftliche Situation positiv; dagegen sind der Optimismus im Blick auf die Zukunft Sachsens etwas und die Bewertung der wirtschaftlichen Situation des Landes stark rückläufig. Die eigene Wohnsituation wird von den allermeisten Befragten als zufriedenstellend bezeichnet; besonders unzufrieden sind sie jedoch mit der Höhe der Lebenshaltungskosten. Überwiegend skeptisch wird die Aussicht auf stärkeren gesellschaftlichen Zusammenhalt bewertet.

Die Entwicklung in Sachsen seit der friedlichen Revolution von 1989 wird ganz überwiegend positiv beurteilt, aber es gibt auch einen starken Wunsch, in Deutschland möge mehr über die ostdeutschen Erfahrungen nach der Wiedereinigung gesprochen werden. Stark ausgeprägt ist auch das Gefühl, die Leistung der Ostdeutschen für den Aufbau der neuen Bundesländer werde nicht angemessen gewürdigt. Bemerkenswert



ist der Befund, dass in den vergangenen vier Jahren die Minderheit (17 Prozent) derjenigen, die sich den Menschen in Osteuropa näher fühlen als den Menschen in Westdeutschland, auf 29 Prozent angestiegen ist.

Eine Mehrheit der Sachsen findet nach wie vor, dass es in Deutschland eher ungerecht zugeht – obwohl über 50 Prozent der Befragten finden, im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben, erhielten sie persönlich ihren gerechten Anteil. Bei der globalen Frage, ob es in Deutschland eher ungerecht zugehe, zeigen sich enorme Unterschiede zwischen Leipzig, Dresden und Chemnitz: In Leipzig sieht nur eine starke Minderheit das so, in Chemnitz eine Zweidrittelmehrheit.

Bei der Selbsteinordnung in eine soziale Schicht hat die Zahl derjenigen, die sich der mittleren Mittelschicht zugehörig fühlen, deutlich zugenommen, die Zahl derjenigen, die sich als Teil der Unterschicht oder der unteren Mittelschicht betrachten, dagegen abgenommen. Auch hier zeigen sich Unterschiede zwischen Dresden, Leipzig und Chemnitz: die Dresdner stufen ihre eigene Schichtzugehörigkeit etwas höher ein als die der Leipziger und deutlich höher als die der Chemnitzer.

Die Chancen auf eigenen sozialen Aufstieg werden skeptischer gesehen als 2018. Dagegen werden die Chancen der eigenen Kinder auf sozialen Aufstieg sehr viel optimistischer beurteilt (80 Prozent) als vor vier Jahren (70 Prozent) oder gar 2017 (64 Prozent).

Als wichtigstes aktuelles Problem werden die Bekämpfung der Corona Pandemie und die Spaltung der Gesellschaft in Impfbefürworter und -gegner genannt. Im Vergleich zu 2018 haben die Sorgen wegen steigender Arbeitslosigkeit und Mängeln des Bildungssystems stark abgenommen. Als größte Chance für Sachsen werden Industrieansiedlung und Wirtschaftsförderung genannt, konkret in den Bereichen innovative Technik und Ausbau der erneuerbaren Energien.

Die größte Sorge gilt der Zunahme des Gegensatzes zwischen Arm und Reich und dem Verlust des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Kaum Sorgen machen sich die meisten Befragten hingegen um den Verlust dessen, was sie sich seit der Wiedervereinigung erarbeitet haben, und um ihren eigenen Arbeitsplatz.

Das Interesse an Politik hat seit 2018 deutlich zugenommen, ebenso die Bereitschaft, den eigenen politischen Willen durch Teilnahme an einer Wahl oder einer Volksabstimmung zu bekunden. Seit 2018 deutlich zugenommen hat die Zahl derjenigen, die angeben, einer bestimmten Partei zuzuneigen; entsprechenden gesunken (von 66 auf 42 Prozent) ist die Zahl der „Neutralen“. Leicht zugenommen hat die Bereitschaft, in einer Bürgerinitiative oder einem politisch wirkenden Verband oder Verein mitzuarbeiten. Bundes- und Landespolitik interessieren die Befragten gleichermaßen. Der Wunsch nach stärkerer Bürgerbeteiligung hat im Blick auf die kommunale Ebene ab-, im Blick auf die Landes-, Bundes- und EU-Ebene zugenommen.

Eine größere Wertschätzung repräsentativ-rechtsstaatlicher Formen der Demokratie scheint darin zum Ausdruck zu kommen, dass der Satz „Nur direkte Demokratie ist wahre Demokratie“ etwas und der Satz „Wenn das Volk mehrheitlich in einer Volksbefragung etwas fordert, dann sollte das von der Politik auch umgesetzt werden – egal was Gerichte, Parlamente oder das Grundgesetz dazu meinen“ sehr stark an Zustimmung verliert.

Über 90 Prozent der Sachsen halten die Demokratie für eine gute Regierungsform. Fragt man konkret, wie die Demokratie in der deutschen und sächsischen Praxis funktioniert, sind die Werte deutlich niedriger (rund 60 Prozent). Überdurchschnittlich zufrieden sind die Leipziger, unterdurchschnittlich zufrieden die Menschen in der Oberlausitz und in den – nach eigener subjektiver Schichtzugehörigkeit – unteren sozialen Schichten.

Sehr hohe Zufriedenheit herrscht im Blick auf die Freiheit und Fairness der hiesigen Wahlen, sehr hohe Unzufriedenheit dagegen im Blick auf den Abbau sozialer Ungleichheit. Unter den staatlichen Institutionen in



Deutschland genießen Polizei und Bundesverfassungsgericht das höchste Vertrauen, gefolgt vom kommunalen Bereich sowie den übrigen Landes- und Bundesinstitutionen.

Während die Affinität für eine bestimmte Partei zugenommen hat, ist das Vertrauen in die „Partei, der ich nahestehende“, stark gesunken. Parteien allgemein genießen am wenigsten Vertrauen, aber doch deutlich mehr als 2018. In hohem Ansehen steht dagegen die Wissenschaft.

Im Vergleich zu 2018 sind autoritäre Einstellungen zurückgegangen, dennoch meinen mehr Befragte als früher, „in diesen Zeiten“ werde eine „starke Hand“ unbedingt gebraucht. (Offen bleibt, ob mit „diesen Zeiten“ die Pandemie-Situation gemeint ist.) Gleichzeitig verliert der Gedanke an Zustimmung, Deutschland brauche jetzt eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.

Die Instrumente zum Schutz der demokratischen Ordnung werden im Großen und Ganzen so eingeschätzt wie 2018. Weniger Zuspruch findet inzwischen vor allem die Teilnahme an Demonstrationen gegen extremistische Gruppen, dafür mehr Zuspruch das Verbot bestimmter Demonstrationen. Politische Bildungsarbeit an den Schulen erfreut sich weiterhin sehr hoher Wertschätzung.

Bei den Indikatoren für Ressentiments und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist insgesamt ein Rückgang gegenüber 2018 zu beobachten. Besonders auffällig ist dieser Rückgang bei der Fremdenfeindlichkeit, den Ressentiments gegenüber Muslimen und Sinti und Roma sowie im Hinblick auf Homophobie. Beim Antisemitismus ist weder eine Veränderung zum Besseren noch eine Veränderung zum Schlechteren feststellbar.

Als besonders glaubwürdig gelten traditionelle Medien wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk und die Tageszeitungen, als wenig verlässlich die Sozialen Medien. Allerdings beziehen junge Befragte ihre Informationen über das politische Geschehen deutlich weniger aus traditionellen Quellen und häufiger aus dem Internet.

Bei der Frage, wessen Interessen in der öffentlichen Diskussion um Klimaschutz berücksichtigt werden, findet eine große Mehrheit, dass arme Menschen und einfache Arbeitnehmer zu kurz kommen, während Großunternehmen und wohlhabende Menschen zu stark Gehör finden. Der kommunalen Ebene und den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern werden größere Klimaschutzanstrengungen attestiert als der Bundesregierung, der EU-Kommission oder der Wirtschaft.

Die allermeisten Befragten teilen die Überzeugung, dass der Klimawandel von Menschen gemacht ist. Sie betrachten den Klimaschutz als ein „Thema für uns alle“, setzen aber eher auf verbindliche Regeln als auf freiwillige Verhaltensänderungen. Solange große Unternehmen Hauptverursacher des Klimawandels bleiben, sieht die Mehrheit keine Lösung darin, dass allein Privatpersonen zum Klimaschutz beitragen.

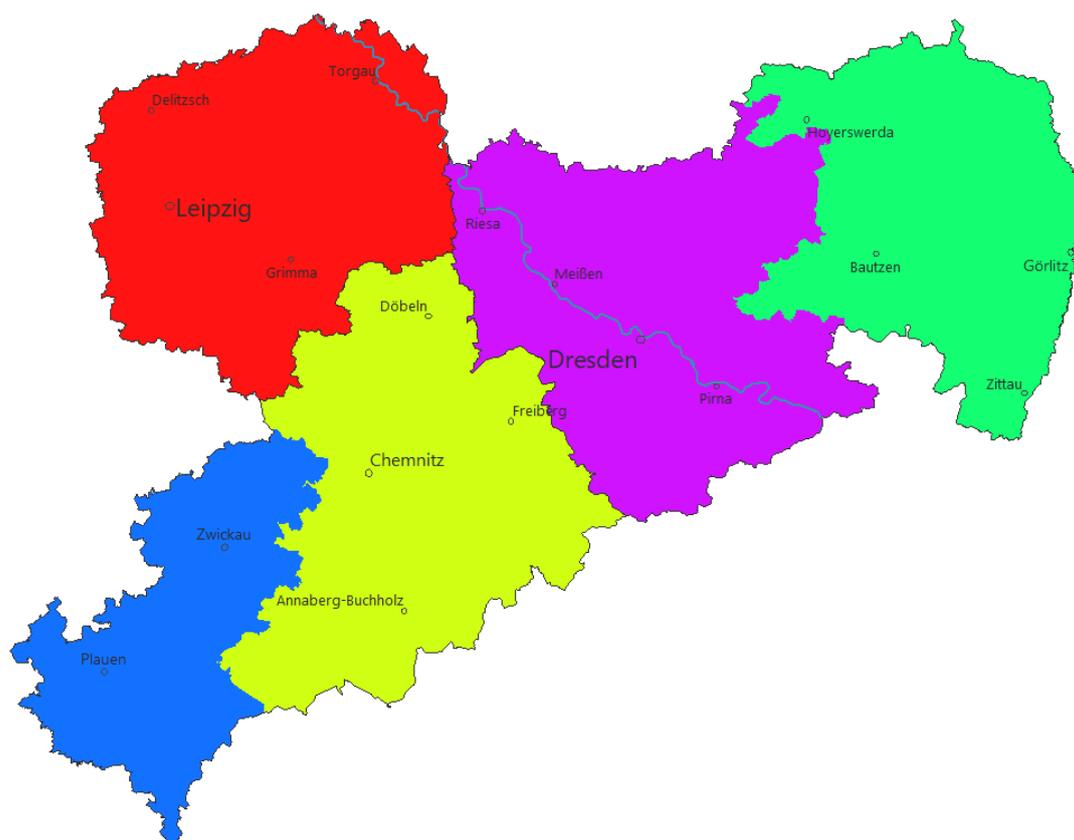


### 3 Methodenbericht

Der vorliegende Bericht beschreibt das methodische Vorgehen, das Stichprobenverfahren, die zentralen Feldergebnisse der Studie sowie die Gewichtung der Daten.

1. Studien-Design
2. Stichprobenziehung
3. Feldarbeit und Interviewereinsatz
4. Datenprüfung und Gewichtung
5. Hinweise zur Tabellierung

#### 3.1 Studien-Design: Regionalisierung und Disproportionalität



Durch eine Erhöhung der Stichprobe konnten 5 Teilgebiete gebildet werden, für die jeweils allgemeingültige Aussagen getroffen werden können – z.B. können wir universelle Aussagen über die Oberlausitz dokumentieren und diese mit Nordsachsen oder den anderen Regionen vergleichen.



Jede Region basiert auf einer Zufallsstichprobe und bietet bei jeweils ca. 400 Befragten (+/- 5%) eine gut vertretbare Schwankungsbreite<sup>3</sup>:

Für den Freistaat Sachsen gehen die fünf Regionen nach ihrem jeweiligen Bevölkerungsanteil ein, die Disproportionalität wird entsprechend ausgeglichen und die Basis beträgt n=2013 Befragte.

Region 1 = Vogtland / Zwickau	13,4% der Bevölkerung
Region 2 = Chemnitz / Erzgebirge	21,8%
Region 3 = Leipzig / Nordsachsen	25,9%
Region 4 = Dresden / Sächsische Schweiz	25,4%
Region 5 = Oberlausitz	13,5%

### 3.2 Stichprobenziehung

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es kein zentrales und allgemein zugängliches Verzeichnis aller Personen oder Haushalte. Die Möglichkeit, aus den Registern der Einwohnermeldeämter Stichproben von Bürgern ziehen zu lassen, besteht nur für wenige wissenschaftliche Studien im öffentlichen Interesse. Hierbei handelt es sich um Studien, die wichtige Zahlen und Zusammenhänge liefern, damit Entscheidungen in der Politik und für die Gesellschaft getroffen werden können. Es handelt sich dabei um Informationen, die nicht in den Statistiken der Statistischen Ämtern enthalten sind. Zudem sind diese Studien sehr aufwändig und benötigen eine lange Vorlaufzeit und Planung.

Darum wird zur raschen Beantwortung drängender tagesaktueller Fragen ein anderes Stichprobenverfahren eingesetzt. Ein Verfahren, welches schnell und günstig und für alle Themen geeignet ist. Das Ziel dieses Verfahrens ist es, eine Bevölkerungsbefragung als Abbild der Gesamtbevölkerung zu liefern. Für das Gelingen dieses Ziels müssen Bedingungen erfüllt sein. Damit die Bevölkerungsbefragung auf die Gesamtbevölkerung hochrechenbar ist muss sie einer Zufallsauswahl entstammen und repräsentativ sein. Repräsentativität wird hier interpretiert als die Eigenschaft, dass die Zusammensetzung der Stichprobe in wichtigen Merkmalen denen der Grundgesamtheit entspricht. Es dürfen hier keinerlei systematische Verzerrungen existieren, die größer als der Zufallsfehler sind. Dass es Abweichungen in Form eines Zufallsfehlers gibt, ist eine Eigenschaft von Zufallsstichproben und -prozessen. Bei einer Zufallsstichprobe hat jede Einheit auf jeder Auswahlstufe eine Auswahlchance größer als Null. Solche Stichproben sind Grundbedingung für die Schlussfolgerung von Stichprobenergebnissen auf die Grundgesamtheit.

Das statistische Verfahren, welches auf einer sogenannten Flächenstichprobe beruht und sich Schritt für Schritt den Befragungspersonen nähert, wurde erstmals in den 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts in der Bundesrepublik Deutschland angewandt und seitdem kontinuierlich verbessert und neuen Gegebenheiten angepasst.

<sup>3</sup> Vertrauensintervall zur Bestimmung der Fehlertoleranz:

$$K(p, n) = \frac{1,96 \cdot \sqrt{p(1-p)}}{n} \text{ bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5\%}$$



## Grundgesamtheit

Die Grundgesamtheit der Untersuchung umfasste alle während des Befragungszeitraumes in Privathaushalten lebenden Personen ab 18 Jahren. Untersuchungsgebiet war der Freistaat Sachsen.

## Auswahlverfahren

Die Auswahl der Befragungspersonen erfolgte durch eine mehrfach geschichtete, mehrstufige Zufallsstichprobe. Stufung deswegen, weil es wie oben erwähnt, kein Register aller Befragungspersonen gibt und das methodische Verfahren ist, sich Schritt für Schritt den unbekanntenen Zielpersonen zu nähern. Schichtung ist deswegen notwendig, weil es die mathematische Methode ist, durch Bildung von sogenannten homogenen Schichten zu einem Präzisionsgewinn für die errechneten Werte zu kommen.

## Schichtung

Sämtliche Gemeinden des Untersuchungsgebietes wurden nach regionalen Kriterien in Schichten eingeteilt. Jede Gemeinde gehörte zu genau einer Schicht, keine Gemeinde gehörte zu keiner Schicht. Ziel einer Schichtung ist eine Verringerung der Streuung eines aus der Stichprobe geschätzten Wertes.

## Schichtungsmerkmale

Als Schichtungsmerkmale dienten zwei räumliche Merkmale. Das sind zum einen die drei regionalen administrativen Einheiten, um sicherzustellen, dass alle Landesteile Sachsens in der Stichprobe enthalten sind. Zum anderen wird eine Stadt-Land-Einteilung verwendet, die ein besseres Stadt-Land-Kriterium darstellt als die politische Gemeindengrößenklasse. Es bildet in zehn Merkmalsausprägungen die Stadt-Umland-Beziehungen auf Gemeindeebene für Ballungsräume, Stadtregionen, Mittel- und Unterzentren ab. Hier fließt die oben erwähnte Bildung homogener Schichten ein, die Schichten sind so gebildet, dass sie homogen bzgl. der Region (Erzgebirge, Lausitz, Vogtland, Sächsische Schweiz, ...) wie auch ihres Verstädterungsgrades sind.

- Direktionsbezirke Chemnitz, Dresden, Leipzig
- BIK-Gemeindetypen1

Gemeindetyp (entsprechend der BIK Regionen)

0 = 500.000 und mehr Einwohner (Strukturtyp 1)

1 = 500.000 und mehr Einwohner (Strukturtyp 2,3,4)

2 = 100.000 bis unter 500.000 Einwohner (Strukturtyp 1)

3 = 100.000 bis unter 500.000 Einwohner (Strukturtyp 2,3,4)

4 = 50.000 bis unter 100.000 Einwohner (Strukturtyp 1)

5 = 50.000 bis unter 100.000 Einwohner (Strukturtyp 2,3,4)

6 = 20.000 bis unter 50.000 Einwohner

7 = 5.000 bis unter 20.000 Einwohner

8 = 2.000 bis unter 5.000 Einwohner

9 = unter 2.000 Einwohner

Strukturtyp 1 Kernbereich der BIK Region

Strukturtyp 2 Verdichtungsbereich der BIK Region

Strukturtyp 3 Übergangsbereich der BIK Region

Strukturtyp 4 Peripherer Bereich



## Aufteilung auf die Schichten

Die Aufteilung der Auswahleinheiten der ersten Auswahlstufe (Sample-Points) erfolgte proportional zur Zahl der Haushalte in den Schichten (Zellen), und zwar so, dass auch die einzelnen Schichtungsmerkmale optimal die Haushaltsverteilungen der entsprechenden Randkategorien wie Direktionsbezirke und BIK-Gemeindetypen abbilden. Die Größenzuordnung bezieht sich auf die Einwohnerzahl der betreffenden BIK Region. Bei Gemeinden außerhalb dieser Regionen erfolgt die Zuordnung entsprechend der politischen Gemeindegrößenklasse

Die Schichten wurden in fünf Regionen eingeteilt und jeder dieser Regionen die gleiche Anzahl Sample-Points zugeteilt. So ergab sich eine disproportionale Stichprobenanlage.

Die Regionen wurden auf Basis der Stadt- und Landkreise gebildet:

Vogtland / Zwickau	14523 Vogtland, 14524 Zwickau
Chemnitz / Erzgebirge	14511 Chemnitz, 14521 Erzgebirgskreis, 14522 Mittelsachsen
Leipzig / Nordsachsen	14713 SK Leipzig, 14729 LK Leipzig, 14730 Nordsachsen
Dresden / Sächsische Schweiz	14612 Dresden, 14627 Meißen, 14628 Sächsische Schweiz- Osterzgebirge
Oberlausitz	14625 Bautzen, 14626 Görlitz

## Auswahlstufen

Für die Auswahlverfahren auf jeder Stufe ist es wichtig, dass es sich jeweils um Zufallsauswahlen handelt, jenes ist einfach zu bewerkstelligen, wenn es sich um Auswahlen per (Zufalls-) Programm handelt, schwieriger, wenn Menschen beteiligt sind. Hier werden klare zweifelsfreie Vorschriften benötigt, die ausschließen, dass jemand befragt wird, weil er „zufällig“ vor Ort ist und Zeit und Lust dazu hat. Das ist zwar die vielleicht umgangssprachliche Verwendung des Begriffes Zufall, nicht aber die im mathematisch/statistischen Sinne.

Für die erste Auswahlstufe wurde der Freistaat Sachsen in rund 2800 Flächen aufgeteilt anhand der kommunalen, statistischen Bezirke und unter Zuhilfenahme eines geografischen Informationssystems (GIS) zur Straßeneinteilung der BRD. Diese Flächen oder Sample-Points bildeten die Auswahleinheiten der ersten Auswahlstufe.

Mit Wahrscheinlichkeiten proportional zur Zahl der Haushalte in den Sample Points wurde nun in jeder Zelle die erforderliche Anzahl von insgesamt 505 Sample-Points gezogen, also je 101 Sample-Points pro Region. Ein zusätzlicher Schichtungseffekt ergab sich dabei durch Sortierung der Auswahleinheiten nach Kreisen, Gemeinden und ggf. nach Stadtbezirken innerhalb jeder Zelle. Jedem dieser Samplepoints wurde ein darin liegender Start-Haushalt zugeordnet. Diese Start-Adressen wurden aus frei zugänglichen Telefonverzeichnissen ermittelt und sind keine Befragungshaushalte. Der Vorteil von „echten“ Adressen im Gegensatz zu reinen Koordinaten liegt zum einen darin, dass diese dort liegen, wo Haushalte und Personen wohnen und nicht in unbebauten Gebieten oder reinen Gewerbegebieten, zum anderen darin, dass im Falle von Mehrfamilienhäusern auch hier ein eindeutiger und zufällig bestimmter Haushalt als Startpunkt vorgegeben werden kann.

In der zweiten Auswahlstufe wurden durch Zufallsauswahl die für die Stichprobe pro SamplePoint sieben benötigten Haushaltsadressen erhoben. Dieses erfolgte nach einer, den Interviewern vertrauter, immer gleicher Begehungsvorschrift, die die Ermittlung der Haushalte festlegte. Darin geregelt ist das Intervall, also der wievielte Haushalt jeweils in die Stichprobe fällt, bei dieser Studie war es jeder dritte Haushalt. Ebenso festgelegt war die Richtung und Auswahl des Begehungsweges, also wann wie abzubiegen war, wann



umzukehren war, wann die Straßenseite zu wechseln war, wie die Auswahlreihenfolge in Mehrfamilienhäusern zu erfolgen hatte. Wichtig hierbei ist nicht, dass diese Begehungsvorschrift genau so ist, wie sie formuliert ist, sondern, dass sie zum einen für alle Eventualitäten eine Regel bereithält, also allgemein anwendbar ist und so dem Interviewer keinen Spielraum bei der Auswahl lässt. Nur so ist die Zufallsauswahl auch in dieser Stufe gewährleistet.

In diesen vorgegebenen Befragungshaushalten ermittelten die Interviewer in der dritten Auswahlstufe die zu befragende Zielperson. Dieses erfolgt über den sogenannten Schwedenschlüssel, ein systematischer Auswahl-schlüssel, der allen zum Haushalt gehörenden Personen ab 18 Jahren die gleiche Chance gewährleistet ausgewählt zu werden. Hierbei wird zuerst ermittelt, wieviel Personen ab 18 Jahren in dem ausgewählten Haushalt wohnen, dann wird per Programm ermittelt, die wievielt älteste Person letztlich die Befragungsperson ist. So ist die Zielperson eindeutig festgelegt. Jeder subjektive Einfluss der Interviewer auf die Auswahl der Befragungs-personen war damit ausgeschlossen.

### 3.3 Feldarbeit und Interviewer-Einsatz

Für die Befragungen in Sachsen kamen dabei insgesamt 45 Personen zum Einsatz, alles erfahrene Interviewerinnen und Interviewer, von denen über die Hälfte schon mehr als 10 Jahre tätig sind.

Geschlecht	24 Männer und 21 Frauen
Durchschnittsalter	62 Jahre
Bildung	16 x Hauptschule oder Mittlere Reife 10 x Abitur, Fachhochschule 19 x Hochschule

Neben einem Laptop für die persönliche CAPI-Befragung, inkl. Fragebogen, StandardRandom-Adresslisten mit Startadresse und Uploadfunktionen, standen den Interviewer/innen Listenhefte zur Verfügung, welche den Befragten bei den jeweiligen Fragen vorgelegt werden mussten. Am Ende des Interviews wurde die Bereitschaft zur Teilnahme an Tiefeninterviews oder Gruppendiskussionen (online) abgefragt. Zu diesem würden die Teilnehmer separat eingeladen werden, weshalb (bei Teilnahmebereitschaft=Ja) die Telefonnummer erhoben wurde (Frage S10). Ein studienspezifisches Datenschutzblatt sowie ein offizielles Anschreiben konnten auf Verlangen vorgelegt werden.



Das Hygienekonzept umfasste die folgenden Maßnahmen:

- Verhaltensrichtlinien für Interviewer/innen
- FFP2- oder OP-Masken
- Gesichtsschild
- Desinfektionsspray
- Impf- bzw. Testnachweis

Darüber hinaus hatten die Interviewer/innen die Möglichkeit, die Befragung auch Online (Jitsi Videokonferenz) durchzuführen. Grundvoraussetzung hierfür war jedoch die SR-Auswahl und das vorherige, persönliche Einverständnis der Zielperson - eine Abweichung der methodischen Auswahl war nicht vorgesehen. Erstaunlicherweise wurde von dem Angebot seitens der Zielpersonen kein Gebrauch gemacht.

### **Qualitätssicherung und Interviewerkontrolle**

Bei allen F2F-Projekten wird standardmäßig ein Anteil von zehn Prozent aller Interviews überprüft. Wie bei der Gesamtstudie wird auch bei den Kontrollen eine Zufallsstichprobe gezogen, die mindestens zehn Prozent der durchgeführten Interviews umfasst. Die Befragten werden erneut kontaktiert und gebeten, einige Fragen über das Interview zu beantworten. Die beim Interview eingeholte Einwilligung umfasst ausdrücklich auch diese erneute Kontaktaufnahme

## **3.4 Datenprüfung und Gewichtung**

Zufallsbasierte Stichproben oder Zufallsauswahlen haben den Vorteil, dass Ergebnisse der Wahrscheinlichkeitstheorie Anwendung finden und statistische Schlüsse gezogen werden können. Die Zufallsauswahl ist dadurch gekennzeichnet, dass jedes Element die identische Chance aufweist, ausgewählt zu werden - wir sprechen in diesem Fall von Repräsentativität. Die Gewichtung so gewonnener Umfragedaten stellt einen multiplikativen Faktor (kleiner, größer oder gleich 1) dar, der die relative Bedeutung der Erhebungseinheiten in Bezug auf die Schätzung verbessern hilft.

In der vorliegenden Studie kommen zwei unterschiedliche Gewichtungsverfahren zum Einsatz:

- Designgewicht: Ausgleich der disproportionalen Stichprobenanlage für das Gesamtgebiet (potenziell unterschiedliche Auswahlwahrscheinlichkeiten pro Region)
- Anpassungsgewicht: Kompensierung möglicher Verzerrungen infolge von Antwortausfällen auf Zielpersonenebene



Für die Randverteilungen (Verteilungen lt. Microzensus 2020 und regionale Bevölkerungsfortschreibungen) wurden die folgenden Merkmale verwendet:

- Schulbildung
- Anzahl Personen im Haushalt
- Erwerbstätigkeit
- Alter je Geschlecht
- BIK-Klassen in Regionen
- Anzahl Personen in Regionen

Bei der Personengewichtung erhält jede befragte Person einen Gewichtungsfaktor, sodass die gewichtete Menge aller befragten Personen im Hinblick auf ihre demographischen Merkmale die Verteilung in der Bevölkerung maximal gut widerspiegelt.

### 3.5 Hinweise zur Tabellenauswertung

Für die Auswertung der Fragen wurde eine umfangreiche Tabellierung vorgenommen. Es liegen ein Gesamtband für den Freistaat Sachsen und jeweils ein Tabellenband für jede Region vor.

Jede Frage wurde in Kreuztabellen mit jeweils 16 Untergruppen (verteilt auf 2 Seiten) dargestellt. Merkmalsausprägungen mit sehr geringen Fallzahlen wurden dabei nicht berücksichtigt, z.B. „Oberschicht“ mit n=3 oder jüdische, muslimische oder weitere Religionsgemeinschaften, die zusammen auf n=20 kommen.

Neu im vorliegenden Band sind die beiden Untergruppen „Region“ (wurde erst durch die Aufstockung und das neue Studien-Design möglich) und „Stadt“ (Dresden, Leipzig, Chemnitz). Letztere wurde statt der Untergruppe Bezirksdirektion aufgenommen. Mit der Abschaffung der drei Bezirksdirektionen zugunsten der Landesdirektionen Sachsen wurde auch im Freistaat der Trend fortgesetzt, Behörden der Mittelinstanz aufzugeben und bestehende Aufgaben auf unteren Behörden der Kreis- und Stadtebene oder auf Ministerien zu verlagern.

